

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

ebenfalls zum Anlass, gegen einen vermeintlich stattfindenden „Bevölkerungsaustausch“ zu agitieren.

Thorsten Weiß, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, beispielsweise veröffentlichte am 19. Januar 2025 auf X ein Bild ihres Tweets mit folgendem Wortlaut:

„Sind wir erschöpft? Ja.

Sind wir enttäuscht?

Sehr. Dürfen wir deshalb aufgeben? Nein. Vor allem der 3. und 4. Generation sage ich: Dieses Land ist auch Euer unser Land. Kämpft dafür. Demographie wird Fakten schaffen.“

Weiß schrieb dazu:

„Demographie wird Fakten schaffen.‘ Der Bevölkerungsaustausch ist eine rechtsextreme Verschwörungstheorie.“²⁸⁷⁷

Eugen Schmidt (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) schrieb über die Aussage Cheblis auf Telegram:

„Dieser Satz kann nur als eine klare Drohung gegenüber all jenen verstanden werden, die – um es mit Merkels Worten zu sagen – schon ‚etwas länger hier leben‘. Was wir derzeit erleben, zeige wie diese ‚Fakten‘ in die Tat umgesetzt werden: Schulklassen, in denen kaum noch Deutsch gesprochen wird, und Stadtviertel, die längst zu Parallelgesellschaften geworden sind. Über 35% der Jugendlichen in Deutschland haben bereits einen Migrationshintergrund - und die Zahlen steigen weiter.

Der Bevölkerungsaustausch, vor dem die AfD seit Jahren warnt, ist keine Theorie mehr, sondern Realität, Und er wird gezielt gefördert - durch Vertreter der Asylindustrie und Aktivisten wie Chebli, die ihre Absichten nicht einmal mehr verbergen.

Wir müssen uns entschieden gegen diese Entwicklung wehren! Es darf nicht passieren, dass kulturfremde Migranten mit Unterstützung antideutscher Akteure unser Land übernehmen. [...] Die AfD ist die einzige Partei, die sich dieser

²⁸⁷⁷ Weiß, Thorsten: Tweet vom 19.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Herausforderung entschlossen stellt. Am 23. Februar haben Sie die Wahl: Setzen Sie Ihr Kreuz für Deutschland - für unsere Zukunft, unsere Kultur und unsere Kinder!*²⁸⁷⁸

Markus Frohnmaier (MdB, BW) äußerte sich am 20. Januar 2025 auf X in ähnlicher Weise:

„Die etablierten Medien tun alles, um den sogenannten ‚Bevölkerungsaustausch‘ als rechtsextreme Verschwörungstheorie abzustempeln. Doch währenddessen verkündet SPD-Liebling Sawsan Chebli kühl: ‚Demographie wird Fakten schaffen‘.

Welche Fakten meint sie genau?

*Ist das eine klare Ansage – oder sogar eine Drohung?*²⁸⁷⁹

Richard Graupner (MdL BY) kommentierte die Aussage Cheblis auf Telegram wie folgt:

„Nun ist es Frau Chebli nicht vorzuwerfen, dass sie eine Tatsache benennt. Der Bevölkerungsaustausch ist Realität und er ist in vollem Gange. Frau Chebli weiß das. Wir wissen das. Aber Frau Chebli freut sich darüber und sie fordert indirekt mehr davon. Die AfD hingegen fordert aus diesem Grunde Remigration. Denn auch Remigration wird Fakten schaffen! Fakten jedoch zugunsten, und nicht zu Lasten des deutschen Volkes. — Darum am 23.02. mit beiden Stimmen AfD“²⁸⁸⁰

Norbert Kleinwächter (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BB) schrieb in einem Tweet vom 21. Januar 2025:

„Wir wollen keinen Bevölkerungsaustausch, Sawsan!

Die #SPD-Politikerin Sawsan Chebli hetzt ihre muslimischen Anhänger zur Übernahme Deutschlands auf: ‚Demographie wird Fakten schaffen.‘ Die #Regierung schweigt. Ich nicht.“

Der Tweet enthielt zudem ein Video, in dem Kleinwächter äußerte:

„Hier appelliert Sawsan Chebli in absolut rassistischer Art und Weise an die dritte und vierte Generation der Einwanderer, dass sie trotz aller Frustration nicht aufgeben sollen, sondern durch Demografie, also Kinderkriegen, Fakten

²⁸⁷⁸ Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 20.01.2025, abgerufen am 21.01.2025.

²⁸⁷⁹ Frohnmaier, Markus: Tweet vom 20.01.2025, abgerufen am 21.01.2025.

²⁸⁸⁰ Graupner, Richard: Telegram-Beitrag vom 20.01.2025, abgerufen am 21.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*schaffen sollen. Und Fakten schaffen bedeutet natürlich eben diese Unterwanderung unseres Landes mit Ausländern, mit Migranten unumkehrbar zu machen. [...] Und während das ja immer von den migrantischen Communities und auch einer Sawsan Chebli weit von sich gewiesen worden war, dass in irgendeiner Weise eine Absicht eines, Stichwort Bevölkerungsaustausches bestehe, argumentiert sie hier selbst damit. [...] Und wenn Demografie tatsächlich Fakten schafft, warum sollten wir uns als Deutsche gegen solche Fakten bitteschön nicht wehren können?*²⁸⁸¹

Die AfD Berlin teilte einen Tweet des Kanals „AfD Hauptstadtfraktion“ vom 24. Januar 2025 mit folgendem Wortlaut:

„Im Berlin Abgeordnetenhaus geht es hoch her: [...] SPD-Chebli träumt vom Bevölkerungsaustausch durch Geburtenquote

*Einzig seriöse Fraktion: Wir.*²⁸⁸²

Reimond Hoffmann, bis Februar 2024 Landesvorstandsmitglied der AfD Baden-Württemberg, teilte am 19. Januar 2025 auf Telegram die Aussage der SPD-Politikerin und kommentierte diese wie folgt:

*„Sawsan Chebli sagt es ganz klar: Sie will den großen Austausch und die deutsche Bevölkerung zur Minderheit machen. Das Spannende ist: Die Ablehnung von Ersetzungsmigration wird vom Verfassungsschutz verfolgt. Aber die Forderung der Ersetzungsmigration wird nicht verfolgt. Absolut verrückt.“*²⁸⁸³

Am 20. Januar 2025 veröffentlichte er zudem ein Videostatement mit folgenden Aussagen:

„Sawsan Chebli will euch euer Land wegnehmen. Sie sagt den Migranten: kämpft dafür! Demografie wird Fakten schaffen. [...] Was bei der politischen Rechten als Verschwörungstheorie durch den Verfassungsschutz eingestuft wird, nämlich die Ersetzungsmigration, genau das befürwortet Sawsan Chebli

²⁸⁸¹ Kleinwächter, Norbert: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 21.01.2025, Kanal: „NKleinwächter“, abgerufen am 24.01.2025.

²⁸⁸² AfD Berlin: Retweet eines Tweets vom 24.01.2025, abgerufen am 05.02.2025.

²⁸⁸³ Hoffmann, Reimond: Telegram-Beitrag vom 19.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*als SPD-Politikerin. Sie hetzt somit gegen das deutsche Volk und wünscht eine Minorisierung. Kämpfen wir dagegen!*²⁸⁸⁴

Die dargelegten Äußerungen zeichnen das Bild eines planvollen Wirkens politischer Akteure, welches auf eine demografische Veränderung zum existenziellen Nachteil der autochthonen Deutschen hinauslaufe, und verbreiten damit völkische Narrative. Sie belegen zudem die Anschauung, Menschen mit Migrationsgeschichte könnten kein vollwertiger Teil des deutschen Volkes werden. Auf diese Weise erfolgt eine menschenwürdigwidrige Überhöhung eines konstruierten ethnisch-kulturellen Kollektivs und die Exklusion von Menschen mit Migrationsgeschichte.

Von Seiten der AfD wurden auch im Zeitraum des Bundestagswahlkampfes weiterhin Positionen vertreten, wonach die etablierten Parteien gezielt einen Bevölkerungsaustausch herbeiführten, um sich ein neues Wahlvolk zu schaffen und auf diesem Weg neue, ihnen zustimmende Wählerinnen und Wähler zu generieren.

Gereon Bollmann (MdB, SH) beispielsweise schrieb im Januar 2025 auf Facebook über Wahlberechtigte mit Migrationsgeschichte:

*„Mehr als das Zünglein an der Waage: 12 Prozent der Wahlberechtigten haben Migrationshintergrund [...] Die Zahl der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund ist in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Das ist nicht zuletzt eine Folge der von den Altparteien geradezu aggressiv betriebenen Einbürgerungspolitik. Ein offenes Geheimnis ist dabei, daß durch ein ‚neues‘, nämlich eingebürgertes, Wahlvolk links-grüne Mehrheiten zementiert werden sollen.“*²⁸⁸⁵

Damit bringt Bollmann deutlich zum Ausdruck, dass die Einbürgerungen planvoll erfolgten und dem eigenen Machterhalt der regierenden Parteien dienten.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, nach der Bundestagswahl 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) hielt am 8. Februar 2025 in Paderborn (NW) eine Wahlkampfrede, in welcher er sich in ähnlicher Weise äußerte:

„Und auch wenn wir uns überlegen, dass die Staatsangehörigkeit schon nach fünf Jahren übertragen werden soll. [...] Und natürlich führt das dazu, dass sich

²⁸⁸⁴ Hoffmann, Reimond: Videostatement; veröffentlicht in: Tweet vom 20.01.2025, Kanal: „Reimond Hoffmann“, abgerufen am 21.01.2025.

²⁸⁸⁵ Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 20.01.2025, abgerufen am 20.01.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

der Charakter unseres Volkes verändert. Aber ich glaube, das wollen die etablierten Parteien. Sie wissen, dass wir sie nicht mehr wählen werden, und deshalb wollen sie uns austauschen. Und das werden wir nicht zulassen.“²⁸⁸⁶

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, schrieb am 14. November 2024 auf X:

„Die Ersetzungsmigration ist die größte Gefahr für unser Volk. Der Wähler austausch aber ist die größte Gefahr für die Demokratie & untergräbt ihre Legitimation. Sehr gefährlich.“²⁸⁸⁷

Fraglich ist, ob die Feststellungen zum Ethnopluralismus dadurch relativiert wurden, dass Maximilian Krahe (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, ab Februar 2025 MdB, SN) im COMPACT-Magazin eine größere Annäherung an migrantische Wählerschaften befürwortet hat. So äußerte er in einem Interview mit Jürgen Elsässer:

„Wir haben nun mal, gerade in Westdeutschland, viele Menschen mit Migrationshintergrund. Es gibt Leute, die integriert sind, aber auch Gruppen, die ihre Eigenidentität bewahren und dennoch deutschfreundlich sind. Auch ihnen müssen wir sagen: Wir haben etwas für euch zu bieten, wir können gemeinsam Dinge klären, indem wir uns gegenseitig respektieren. Das Zauberwort heißt Respekt.

Ich denke, dass diese Erweiterung notwendig ist, wenn wir wirklich Regierungspartei werden wollen. [...] Ich will jetzt auch keine große Verschmelzung, aber die Leute sind da, sie organisieren sich und stehen in fast allen politischen Fragen auf unserer Seite. [...]

Denn eines muss klar sein: Remigration hin oder her – es ist offensichtlich, dass die Völkerwanderung, die hier im letzten Jahrzehnt stattgefunden hat, bleibende Folgen haben wird. [...]

Was ich allerdings sage, ist, dass der Fehler sowohl der Linken als auch der Rechten in diesem Fall darin liegt, dass sie die Einwanderer alle über einen Kamm scheren – bei Muslimen sowieso. Wofür ich werbe, ist, dass man sich

²⁸⁸⁶ Helferich, Matthias: Wahlkampfrede am 08.02.2025 in Paderborn; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Utopia TV Deutschland“, abgerufen am 10.02.2025.

²⁸⁸⁷ Küble, Fabian: Tweet vom 14.11.2024, abgerufen am 15.11.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

die Mühe macht, die einzelnen Gruppen, die wir hier haben, auseinanderzunehmen. [...]

Wenn wir uns wirklich nur auf ein rein ethnisches Prinzip beschränken würden, das heißt, wir sagen, wir sind die Partei der rein ethnisch Deutschen und alle, die das nicht sind – selbst wenn sie uns inhaltlich zustimmen –, die vertreten wir nicht, dann werden wir scheitern. Dann werden sich alle Ausländer, auch diejenigen, die uns mögen, mit unseren linksliberalen Eliten zusammentun und uns plattmachen. Ohne neue Verbündete werden wir das Land nicht verändern können. Das heißt, wir sind in gewisser Weise gezwungen, über den sicheren Grund der eigenen ethnischen Gruppe hinauszugehen und zu sagen: Wer ist ein Partner, ohne dass er uns ins unserer ethnisch-kulturellen Identität infrage stellt, wer respektiert uns so, dass er uns das zugesteht, was unsere Tradition, unsere eigene Art zu leben, unser Deutschtum – um dieses Wort mal zu benutzen – betrifft. Ich möchte vor allem warnen: Ich halte das Remigrationsthema für wichtig, aber es ist nicht das Entscheidende und das Einzige.“²⁸⁸⁸

Vordergründig akzeptiert Kraus damit eine partielle Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationsgeschichte. Gleichwohl macht er deutlich, dass dies aus rein pragmatischen Gründen zur Generierung einer größeren Wählerschaft und aus Anerkennung der demografischen Gegebenheiten tut. Er hält weiterhin an dem ethnopluralistischen Grundgedanken fest, indem er „keine große Verschmelzung“ fordert und sich „gezwungen“ sieht, über den „sicheren Grund der eigenen ethnischen Gruppe hinauszugehen“. Dass Kraus damit nicht von seinem ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff abweicht, sondern, wie er selbst sagt, „Ansprechpartner“ sucht, „die überhaupt ein konservatives Mindset mitbringen“²⁸⁸⁹, deutet sich auch in seiner Solidaritätsbekundung mit Ümit Özdag, Chef der türkischen völkisch-nationalistischen Zafer-Partei, an.²⁸⁹⁰ Überdies ist die Äußerung bislang innerhalb der AfD nicht rezipiert worden und steht den im Übrigen festgestellten Belegen entgegen, sodass aus ihr nicht auf eine Aufgabe des in der AfD vorherrschenden ethnischen Volksbegriffs geschlossen werden kann.

²⁸⁸⁸ „Remigration ist nicht entscheidend“, in: COMPACT, Ausgabe 3/2025, S. 16 f.

²⁸⁸⁹ Ebd.

²⁸⁹⁰ Vgl. WELT: „Wenn AfD-Mann Kraus das ‚Einsetzen der Erdogan-Dämmerung‘ wittert“ vom 21.03.2025, in: www.welt.de, abgerufen am 21.03.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Eine Relativierung der Feststellungen zum Volksbegriff innerhalb der Gesamtpartei ist auch nicht in dem folgenden Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) von Andreas Lichert (MdL HE) zu sehen:

„Und liebe Pressevertreter, Hefte raus! Die Grundrechte und insbesondere die Meinungsfreiheit sind für uns nicht verhandelbar! Und da können sich die Altparteien noch so sehr hinter dem Inlandsgeheimdienst verstecken. Und die Regierung kann noch so viel Angst vor Majestätsbeleidigung haben. Das wird uns in unserem Weg nicht erschüttern. Und jetzt muss ich noch mal kurz ein bisschen technisch werden, aber das muss jeder hier im Raum verstanden haben, was gewissermaßen die juristische Figur ist, mit der unsere Verfolgung durch den Inlandsgeheimdienst überhaupt nur gerechtfertigt werden soll. Es ist der ethnische Volksbegriff, weil wir angeblich die deutsche Staatsbürgerschaft nur an bestimmte Ethnien-Abstammungen knüpfen wollen. Und das wäre tatsächlich so: Würden wir das wollen, stünde nicht mehr der einzelne Mensch, das Individuum im Vordergrund, sondern seine Gruppenzugehörigkeit und das wäre tatsächlich eine Verletzung der Menschenwürde, eine Verletzung von Artikel 1 des Grundgesetzes. Das Problem ist nur, das ist eine Lüge, eine blanke Lüge. Die Beschlusslage der Partei ist eindeutig. Jeder soll die Chance haben, Deutscher zu werden. Aber am Ende einer gelungenen Integration und nicht als Blankoscheck vorneweg durch Blitzeinbürgerung.

Ich konnte das Geraune fast schon hören. ‚Das sagt er ja jetzt nur so. Das ist ein Feigenblatt. Das muss er jetzt sagen.‘ Nein, muss ich nicht. Stattdessen will ich was anderes sagen. Ich meine das nämlich von ganzem Herzen. Denn mit Ausländern, die nach Deutschland kommen und mit uns gemeinsam an einer guten Zukunft Deutschlands und seiner Bürger bauen wollen, mit denen haben wir viel mehr gemeinsam als mit den Deutschland-Abschaffern in den Altparteien. Ganz egal wie lang der deutsche Stammbaum ist. Dankeschön! Und weil das so ist, werden wir am 23. Februar abräumen.“²⁸⁹¹

²⁸⁹¹ Lichert, Andreas: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 03.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Die Behauptung, ein entsprechender nicht verfassungsschutzrelevanter Volksbegriff entspreche der Beschlusslage der Partei, ist nicht zutreffend. Lichert spielt hier mutmaßlich auf die durch die AfD während des laufenden erstinstanzlichen verwaltungsgerichtlichen Verfahrens abgegebene „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität“ an. Dieser kommt nach Bewertung des OVG NRW jedoch keine entlastende Wirkung zu; sie ist an sich zweideutig und es liegen einige Anhaltspunkte dafür vor, dass die Abgabe aus taktischer Motivation heraus erfolgte.²⁸⁹² Die Behauptung ist singulär und stellt sich daher aufgrund der in diesem und den voranstehenden Kapiteln getroffenen Feststellungen nicht als das vorherrschende Volksverständnis in der AfD dar.

cc. Zwischenfazit

Die Auswertung der während des Bundestagswahlkampfes der AfD angefallenen Äußerungen belegt weiterhin ein ethnisch-kulturelles Volksverständnis, dem die Annahme zugrunde liegt, das deutsche Volk bestehe nicht aus der Gesamtheit aller Staatsangehörigen, sondern aus der Gesamtheit der „ethnischen“ Deutschen.

Auch die Beschreibung eines vermeintlich politisch forcierten Verdrängungsprozesses zu Lasten der autochthonen Deutschen in Form eines Großen Austauschs war weiterhin in dieser Form oder unter Verwendung alternativer Begrifflichkeiten wie „Bevölkerungsaustausch“ oder „Ersetzungsmigration“ in zahlreichen Fällen festzustellen.

Belege für ein deterministisches Identitätsverständnis, in dem Menschen anhand ihrer ethnischen Herkunft einer imaginierten, feststehenden kollektiven Identität zugeordnet und Migrantinnen und Migranten als schädlich für die „deutsche“ Identität und Kultur dargestellt werden, fielen ebenfalls im Zeitraum des Bundestagswahlkampfes weiterhin an.

In der Gesamtschau ist daher keine Mäßigung oder ein Abrücken von den unter E. I. 1. a. cc. festgestellten Positionen im Vorwahlzeitraum erkennbar.

²⁸⁹² OVG NRW, Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 209; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 349, 378, 653, 754, 938; vgl. hierzu bereits auch die Ausführungen im Kapitel A. Einführung, S. 19 f.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

b. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

aa. Zusammenhang zwischen Herkunft und Gewaltneigung

(1) Unterstellung einer überproportionalen Neigung zu Gewalt

Auch im Zeitraum vor der Bundestagswahl 2025 waren zahlreiche Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD festzustellen, die einen direkten Zusammenhang zwischen der Herkunft von Menschen und ihrer Kriminalitäts- bzw. Gewaltneigung insinuierten.

Am 20. Januar 2025 wurde bekannt, dass die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) der Landesmedienanstalten bei der Prüfung eines Wahlwerbespots der AfD Brandenburg vom 14. September 2024 „entwicklungsbeeinträchtigende Inhalte“ festgestellt hat. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) hatte die Prüfung in Auftrag gegeben. In der Folge erging ein entsprechender Bescheid der mabb, demzufolge die AfD Brandenburg das Video entweder entfernen oder für Jugendliche unter 16 Jahren unzugänglich machen muss.²⁸⁹³ Am 24. Januar 2025 gab die AfD Brandenburg bekannt, beim Verwaltungsgericht Potsdam (BB) Klage gegen den Bescheid eingereicht zu haben.²⁸⁹⁴

Das KI-generierte, etwa einminütige Video beginnt und endet mit dem Satz „Du entscheidest ...“ und stellt jeweils ein als positiv und ein als negativ bewertetes Szenario gegenüber, wobei der visuelle Kontrast der gewählten Bildsequenzen eine tragende Rolle spielt. So werden Abbildungen von weißen Menschen ausschließlich in positive, Abbildungen nicht-weißer Menschen ausschließlich in negative Kontexte gesetzt. Durch das Zusammenwirken von Text und Bild wird gezielt der Eindruck hervorgerufen, dass nicht-weiße Menschen eine grundsätzliche Neigung zu Kriminalität besäßen. Durch den Begriff „Überfremdung“ und das dazugehörige Bild wird dem Islam zudem ein invasiver Charakter zugeschrieben. Auch werden nicht-weiße sowie muslimische Menschen stets für die Repräsentation eines Gegenentwurfs zum „Ideal“ genutzt, weshalb hier eine implizite gruppenbezogene Abwertung dieser Menschengruppen zu beobachten ist. So heißt es in dem Wahlwerbespot konkret:

²⁸⁹³ RBB24: „Brandenburger AfD muss Zugriff auf Wahlkampf-Video beschränken“ vom 20.01.2025, in: www.rbb24.de, abgerufen am 29.01.2022.

²⁸⁹⁴ Tagesspiegel: „Prüfung von Wahlwerbespot: Medienanstalt rügt AfD-Video - Partei bringt Klage auf den Weg“ vom 24.01.2025, in: www.tagesspiegel.de, abgerufen am 29.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

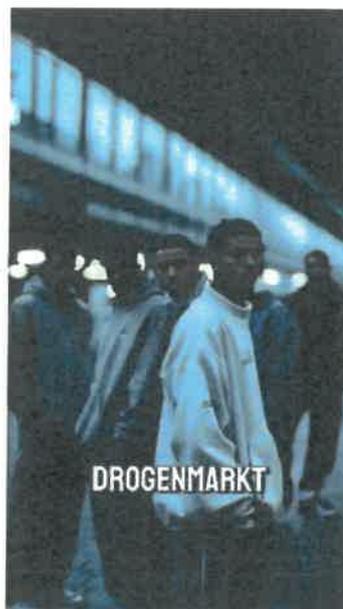
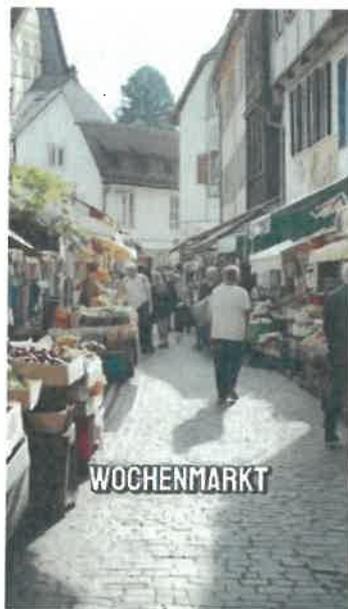
FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Du entscheidest, ob die Ortsmitte deiner Heimatstadt einen Wochenmarkt behält oder einen Drogenmarkt bekommt. Ob die Züge endlich wieder pünktlich fahren oder der Bahnhof zum Tatort wird.

Du entscheidest, ob Eltern ihre Kinder morgens mit gutem Gewissen zur Schule schicken können. Oder ob die Angst vor Gewalt auf dem Schulhof schlaflose Nächte bringt. Ob Brandenburg überhaupt noch Perspektive bedeutet oder Wohlstandsverlust und Überfremdung. Du entscheidest, ob dein hart erarbeitetes Geld für Fahrradwege in Peru oder heile Straßen in der Heimat verwendet wird. Ob es in deine Zukunft investiert wird oder in die Zukunft von Fremden. Du entscheidest, ob Brandenburg das Land der Kiefernwälder bleibt oder zum Land der Windradmonster verkommt.

Ob es sanierte Kitas und Schulen gibt oder neue Asylheime. Du entscheidest, ob es so weitergeht wie bisher. Oder ob es eine Wende gibt. Du entscheidest.“²⁸⁹⁵

Beispielhaft werden in dem Werbespot folgende bildliche Gegenüberstellungen gezeigt:



²⁸⁹⁵ Springer, René: Videobeitrag; veröffentlicht in: Retweet eines Tweets vom 14.09.2024, Kanal: „BrandenburgAfD“, abgerufen am 21.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN



Unmittelbar nach Bekanntwerden der Prüfung des Videos aus dem Jahr 2024 durch die KJM veröffentlichte die AfD Brandenburg am 26. Januar 2025 anlässlich des Bundestagswahlkampfes ein weiteres Video, das dem Wahlkampfsport aus September 2024 in Inhalt und Form ähnelt und ebenfalls stereotype und abwertende Darstellungen enthält. So heißt es darin:

„In einem Deutschland, in dem Rentner Pfandflaschen sammeln müssen, um über die Runden zu kommen. [...] Wo du jede Minute in der Bahnhofsgegend angespannt bleibst, weil du weißt, dass Übergriffe durch die üblichen Verdächtigen zur Normalität gehören. [...] In einem Deutschland, wo Clankriege und Drogenhandel in vielen Stadtteilen zum Alltag gehören. Wo Gesetze gemacht werden, aber die, die sie brechen, keine Konsequenzen zu fürchten haben. Doch in diesem Deutschland sehen wir auch eine Chance. Eine Chance für Veränderung. Für ein Land, das wieder auf seine Bürger hört. Für Politiker, die Verantwortung übernehmen müssen, wenn sie unser Land vorsätzlich in den Ruin führen, dafür Konsequenzen zu tragen haben und einen beruflichen Neuanfang außerhalb der Berliner Politiklandschaft machen müssen. Und es ist Zeit für Remigration. Migranten ohne gültiges Bleiberecht müssen konsequent und zügig in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Besonders für straffällig gewordene Migranten darf es keine Toleranz geben.“²⁸⁹⁶

Folgende Bild Darstellungen sind im Video unter anderem zu sehen:

²⁸⁹⁶ AfD Brandenburg: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 26.01.2025, Kanal: „afd_brandenburg“, abgerufen am 27.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN



Auch in diesem neueren Video werden nicht-weiße Menschen demnach ausschließlich in negative Kontexte gesetzt und beispielsweise als Straftäter und potenzielle Bedrohung für weiße Frauen dargestellt. In der Gesamtschau suggeriert das Video daher ebenfalls eine grundsätzliche Neigung nicht-weißer Personen zu Kriminalität und Gewalt und wertet diese Menschengruppe somit pauschal ab. Offenkundig erfolgte auch in Anbetracht drohender juristischer Konsequenzen keine Mäßigung seitens des brandenburgischen AfD-Landesverbands.

Ähnlich einzuordnen ist ein Facebook-Reel, welches der AfD-Landesverband Hessen am 27. Dezember 2024 veröffentlichte und in welchem die fünf hessischen Spitzenkandidaten zitiert werden. In einer Sequenz des Videos wird zudem eine Grafik gezeigt, die in stereotypisierender Weise nicht-weiße Männer mit bedrohlichen Blicken

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

sowie den Text „Die Frage ‚Suchst du Stress?‘ nicht mehr hören.“ abbildet. Dazu wurde der hessische Spitzenkandidat Jan Nolte (MdB, HE) wie folgt zitiert:

„Wir stellen Sicherheit und Ordnung wieder her. Weil wir Deutschland wieder sicher machen, wirst Du diese Frage nicht mehr hören.“²⁸⁹⁷

(2) Entindividualisierende Darstellung von Migrantinnen und Migranten als aggressiv-gewalttätiges Kollektiv

In der Phase vor der Bundestagswahl äußerten sich Funktionärinnen und Funktionäre der AfD zudem weiterhin in einer Weise, die Zugewanderte und Geflüchtete pauschal als aggressives Kollektiv darstellt und diese Personengruppe somit unter Generalverdacht stellt.

Die nordrhein-westfälische Europaabgeordnete Irmhild Boßdorf beispielsweise verfasste anlässlich des Schwerpunktthemas „Migration – Wir platzen aus allen Nähten!“ im Dezember 2024 einen Gastkommentar für Info-DIREKT. Darin äußerte sie sich in pauschalisierender Weise über „nichteuropäische männliche Migranten“, die sie als gewalttätige Tätergruppe autochthonen Deutschen gegenüberstellte:

„Ob in den Niederlanden, in Frankreich, in Deutschland oder in Österreich: Die Gewalt auf den Straßen erreicht ein neues Höchstmaß. Es geht dabei nicht ‚nur‘ um Überfälle, nicht ‚nur‘ um Schläge ins Gesicht. Es geht auch um Vergewaltigungen, oft sogar in der Gruppe. Es geht um erbarmungslose Bandenkriege von Wien bis Brüssel. Es geht um materielle Verteilungskämpfe.

Ein Phänomen nichteuropäischer männlicher Migranten

Ob man das rasant an Fahrt aufnehmende Phänomen, das immer jüngere Täter gebiert, nun als Gewalt von Cliquen, Banden, Rackets oder Gangs beschreibt: Es ist in der Regel ein Phänomen nichteuropäischer männlicher Migranten. Einheimische Opfer, fremde Täter – das ist die eine Konstante, die uns zeigt, dass zunehmende Migration zunehmende Unsicherheit schafft.“²⁸⁹⁸

Unter der Zwischenüberschrift „‚Schutzsuchende‘ als Täter“ führte Boßdorf ferner aus:

²⁸⁹⁷ AfD Hessen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 27.12.2024, Kanal: „AfD Hessen“, abgerufen am 05.03.2025.

²⁸⁹⁸ Info-DIREKT: „Multikulti schafft Unsicherheit“ vom 31.12.2024, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 07.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Die andere Konstante, aber neueren Datums – das ist Gewalt von ‚Schutzsuchenden‘ gegen Schutzsuchende. [...] Etablierte Politik und weisungsgebundene Behörden wollen nicht wissen, dass ihre Agenda der offenen Grenzen Folgen hat. Brutale Folgen. Es zeigt sich hier im Kleinen – den Flüchtlingsheimen/Migrationsstätten –, was auch im Großen gilt: Wird der Gewalt durch Fremde nicht Einhalt geboten, verlieren wir Sicherheit, Lebensqualität und das Recht auf Unversehrtheit.“²⁸⁹⁹

Am Folgetag warb Boßdorf in einem Tweet unter Verwendung des beigefügten Titels von Info-DIREKT für ihren Gastkommentar.²⁹⁰⁰



Boßdorf beschreibt es hier als eine „Konstante“, also unveränderliche Gegebenheit, dass sich Deutsche als „*Einheimische Opfer*“ und nichteuropäische Zugewanderte als „*fremde Täter*“ gegenüberstehen. Auf diese Weise bringt sie zum Ausdruck, ein friedliches Zusammenleben für gänzlich aussichtslos zu halten, und würdigt Migrantinnen und Migranten pauschal herab.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch Björn Höcke (MdB TH) in seinem Redebeitrag auf einer durch den AfD-Landesverband Bayern organisierten Gedenkveranstaltung am 22. Januar 2025 anlässlich der Gewalttat in Aschaffenburg (BY):

„Diejenigen, die unsere Mädchen und Frauen in Bus und Bahn dumm anmachen, diejenige, die unsere Mädchen und Frauen gruppenvergewaltigen, diejenigen, die kleine Kinder vor den Augen ihrer Eltern vor fahrende Züge werfen, diejenigen, die Menschen mit Macheten in kleine Stücke hacken, diejenigen, die kleine Kinder mit dem Messer niedermetzeln, sie heißen für gewöhnlich nicht Jonas und Tobias, Niklas, Marvin oder Max und Moritz. [...]“

25 Messerattacken am Tag in Deutschland statistisch gesehen. Sehr geehrte Anwesende, liebe Mitbürger, die Kartellparteipolitiker, die haben Deutschland, obwohl wir noch gar nicht im Krieg stehen, Gott sei Dank noch nicht im

²⁸⁹⁹ Ebd.

²⁹⁰⁰ Boßdorf, Irmhild: Tweet vom 01.01.2025, abgerufen am 07.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Krieg stehen mit Russland, sie haben Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu einem killing field im Frieden gemacht.“²⁹⁰¹

Die nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Enxhi Seli-Zacharias äußerte sich anlässlich der Gewalttat in Aschaffenburg (BY) folgendermaßen:

„Schon wieder Messertote.

Schon wieder ein afghanischer Täter. Und schon wieder stirbt ein Kind. Wann rafft es der letzte Horst, dass die unzivilisierten #Messermörder fast ausnahmslos aus arabischen Ländern importiert wurden?“²⁹⁰²

Am 23. Januar 2025 veröffentlichte Steffen Kotré (MdB, BB) ein Video, in dem er ausgehend vom selben Sachverhalt behauptet, dass „mit der fremden Kultur“ auch „Kriminalität und die Morde mit ins Land“ kämen:

„Es bedarf nicht nur Grenzsicherung, sondern Remigration. [...] Abschiebung im großen Stil und Brot, Bett und Seife. Das heißt keinen einzigen Euro mehr für jemanden, der abgelehnt ist, der nicht in unserem Land sein darf und der sich auch sonst wie hier bei uns nicht integriert. Und dieses Programm gibt es nur mit der AfD. Aber wenn wir jetzt gucken, wie die Medien darauf reagieren, dann sind immer andere schuld, aber nur nicht die, die hier diese Leute ins Land gelassen haben. Dann sind es mal die Männer, die schuld sein sollen. Nein, es liegt nicht daran, dass es Männer sind, sondern Leute aus kulturfremden Räumen, die von fast Kriminellen in den Behörden und in der Bundesregierung hier reingelassen worden sind. Und es liegt auch nicht daran, dass sie jung sind. Denn Deutsche machen sowas nicht. Deutsche stechen keine kleinen Kinder ab, um es ganz klar zu sagen.“²⁹⁰³

Steffen Kotré schrieb in einem Tweet vom 22. Januar 2025:

„DAS SCHLACHTEN GEHT WEITER

Die Messerangriffe, die unweigerlich mit der gescheiterten Migrationspolitik zusammenhängen, reißen nicht ab. [...] Mitverantwortlich sind Merkel und alle, die

²⁹⁰¹ Höcke, Björn: Redebeitrag am 22.01.2025 in Aschaffenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 27.01.2025.

²⁹⁰² Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 20.01.2025, abgerufen am 28.01.2025.

²⁹⁰³ Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 23.01.2025, Kanal: „SteffenKotre“ abgerufen am 24.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

die Invasion unseres Landes ermöglicht haben. [...] Jetzt hilft nur eines: Konsequente Remigration. Wir werden diesen importierten Terror beenden und dafür sorgen, dass unsere Heimat wieder sicher wird.

*Wir lassen es uns nicht bieten, dass Menschen in unserem Land abgeschlachtet werden!*²⁹⁰⁴

Das AfD-Bundesvorstandsmitglied Dennis Hohloch (MdB BB) kommentierte in einem Videobeitrag vom 27. Dezember 2024 die Debatte nach der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt mit sechs Todesopfern und zahlreichen Verletzten wie folgt:

*„Liebe Freunde, schaut euch mal an, was die Berliner Polizeipräsidentin hier geschrieben hat: ‚Messer sind brandgefährlich.‘ Wusste ich noch gar nicht. Also wenn ich in der Küche arbeite, ist das meistens nicht so. Aber ich kann euch mal sagen, was brandgefährlich ist: Talahons, Illegale, Traumatisierte, Schützlinge, Flüchtlinge, Schutzsuchende, Flüchtende und vor allem Politiker, die die alle ins Land lassen.“*²⁹⁰⁵

In einem Tweet vom 8. Dezember 2024 hatte Hohloch den Sturz des Assad-Regimes in Syrien außerdem in zynischer Weise als „Rückschlag für die heimische Messerindustrie“ bezeichnet:

*„Ab jetzt dürften die Asylausgaben ja drastisch sinken. Aber auch ein schwerer Rückschlag für die heimische Messerindustrie. #Syrien #Assad“*²⁹⁰⁶

Auf der Wahlkampfveranstaltung des rheinland-pfälzischen AfD-Landesverbands am 8. Februar 2025 in Kusel (RP) bezeichnete die Landratskandidatin Alejandra Catalina Monzon, Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Kusel (RP), Geflüchtete als „Prädatoren“:

„Gerade weil ich als ehemalige Exil-Argentinierin und Tochter von politisch Verfolgten den Wert des Asylrechts sehr schätze, verurteile ich einen Missbrauch durch Asyl-Erschleicher und Flüchtlingssimulanten aufs Allerschärfste. Unsere Mütter und Großmütter haben für unser Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ihre Röcke gegen Hosen getauscht und BHs verbrannt und diese

²⁹⁰⁴ Kotré, Steffen: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

²⁹⁰⁵ Hohloch, Dennis: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 27.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.

²⁹⁰⁶ Hohloch, Dennis: Tweet vom 08.12.2024, abgerufen am 19.12.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Prädatoren kommen hierher, nehmen uns Frauen als ihre Beute, verhöhnen unsere friedvollen Männer als schwach, mobben unsere Kinder und stechen im Wahn wahllos jeden ab, der zufällig ihren Weg kreuzt. Darum bin ich für Remigration mit vollem Recht und Anspruch. Verbrecher gehören bestraft und Täterprofile klar benannt. Es sind keine Flüchtlinge und es sind auch keine politisch verfolgten Freiheitskämpfer. Das Erstaufnahmelager gehört geschlossen und ein Gewerbegebiet darauf erbaut.“²⁹⁰⁷

Monzon unterstellt Geflüchteten hier nicht nur eine pauschale Neigung zu Gewalt und stellt sie als unberechenbare Gefahr dar, sondern entmenschlicht sie durch den Tiervergleich zusätzlich und verletzt somit ihre Menschenwürde.

Nicole Baer (Beisitzerin im Landesvorstand der AfD Schleswig-Holstein) sendete am 9. Januar 2025 einen Tweet, in dem sie ein Lied verbreitete und kommentierte zustimmend mit „*Hammer Lied*“. Im Text des Lieds hieß es:

*„Seid alle nicht gern hier, aber kommt trotzdem in Massen
Seid alle nur Geflüchtet aus eurem Land vor dem Krieg
Aber wollt nicht mehr zurück jetzt, wo es euren Krieg dort nicht mehr gibt
Die Hand, die euch füttert, gehört geliebt und nicht bekriegt
Ich sag's euch ganz ehrlich, ihr habt unser Deutschland nicht verdient [...]
Genug ist genug, ihr seid leider kein Segen, sondern Fluch [...]
Man gab euch alles doch, ihr bekommt den Hals nicht voll genug, sag Deutschland
Sag Deutschland, wann wird der Rückflug denn gebucht?“²⁹⁰⁸*

Den vorangegangenen Äußerungen ist gemein, dass sie auf einer Gegenüberstellung der als Opfer stilisierten autochthonen deutschen Bevölkerung auf der einen und der als pauschal bedrohlich und gewalttätig dargestellten Migrantinnen und Migranten auf der anderen Seite basieren. Die zitierten Funktionärinnen und Funktionäre der AfD propagieren somit einen Antagonismus, dessen Grundlage das ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis bildet.

²⁹⁰⁷ Monzon, Alejandra Catalina: Rede auf der Wahlkampfveranstaltung am 08.02.2025 in Kusel; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 10.02.2025.

²⁹⁰⁸ Baer, Nicole: Musikvideo; veröffentlicht in: Tweet vom 09.01.2025, Kanal: „NicBa71“, abgerufen am 20.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Der Europaabgeordnete Arno Bausemer (ST) veröffentlichte am 9. Januar 2025 einen Facebook-Eintrag, in dem er zustimmend über das abgebildete fremdenfeindliche Plakat der tschechischen Partei SPD (Freiheit und Direkte Demokratie) berichtete. Hierauf war die übersetzte Aussage „Engpässe im Gesundheitswesen werden nicht durch ‚importierte Chirurgen gelöst“ zu lesen. Bausemer bezeichnet die Kritik an dem Plakat als „Maulkorb“, signalisierte seine Unterstützung und machte sich den Inhalt damit zu eigen:



„Der Vorsitzende hatte dieses Plakat gepostet und soll jetzt wegen angeblichen Rassismus vor Gericht gestellt werden.

„Engpässe im Gesundheitswesen werden nicht durch ‚importierte Chirurgen‘ gelöst. Stoppt den EU-Migrationspakt!“

Es muss ja wohl in einer freien Gesellschaft sein, dass man als Opposition die massiv steigende Messer-Kriminalität auch mit drastischen Bildern thematisiert. Egal ob im EU-Parlament oder in unseren nationalen Parlamenten - wir lassen uns von den Verursachern dieses Asyl-Chaos niemals einen Maulkorb verpassen!

Von daher teile ich gerne das Bild und unterstütze damit die Partei meines tschechischen Fraktionskollegen Dr. Ivan David.“²⁹⁰⁹

Martin Reichardt (Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, ST) kam im Rahmen eines Wahlkampfabends in Merseburg (ST) am 7. Februar 2025 auf eine Anhörung im Bundestag zu sprechen, die sich mit der Zunahme von Gewalt gegen Frauen beschäftigte. Dazu äußerte er:

„Aber die gesamte Diskussion da fiel von Seiten der etablierten Politik nicht ein einziges Mal die Frage nach Einwanderung, nach Gruppenvergewaltigung von Deutschen durch Migrantengruppen, nichts. [...] Und da sage ich euch ganz deutlich, die Analyse der Gründe ist ganz einfach: Wenn ich Hunderttausende und Millionen aus Kulturen hole, in denen Frauen nichts gelten, in denen sie

²⁹⁰⁹ Bausemer, Arno: Facebook-Eintrag vom 09.01.2025, abgerufen am 10.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

noch gesteinigt werden, wenn sie irgendwo den falschen Mann angeguckt haben, dann muss ich mich nicht wundern, dass in Deutschland das Leben für Frauen und Mädchen unsicherer wird. Und da haben sich diese ganzen Linken und die Union in einer Weise versündigt an unseren Frauen und an unseren Mädchen. Das werden wir ihnen nicht durchgehen lassen und ich werde es ihnen auch im Familienausschuss immer und immer wieder sagen. Es sind nicht die Männer. Es sind die Männer, die wir hierhergeholt haben und die hier nicht hergehören, weil sie ein frauenverachtendes Weltbild haben. Und es ist umgekehrt eben auch nicht so, dass es ein generelles Problem zwischen Frauen und Männern gibt, sondern es ist ein im Wesentlichen importiertes Problem.“²⁹¹⁰

Reichardt insinuiert hier eine Neigung von Migranten aus dem arabischen und afrikanischen Raum zu Sexualdelikten und verunglimpft sie damit. Er postuliert außerdem in exkludierender Weise, dass Menschen aus bestimmten Kulturen prinzipiell „hier nicht hergehören“ und setzt sie damit in ihrer Menschenwürde herab.

Im weiteren Verlauf seiner Rede thematisierte Reichardt den Fachkräftemangel in Deutschland und äußerte:

„Es kommen keine Fachkräfte, es kommen zu 90 und mehr Prozent Leute, die hier in die Sozialsysteme einwandern und die [...] vielleicht im Niedriglohnsegment irgendwo [...] noch gerade so vielleicht ihren Lebensunterhalt verdienen können. [...] Wir kriegen nicht nur keine Fachkräfte, sondern wir kriegen Messerkriminalität, 36.000 Messerangriffe, wir kriegen Dutzende von Morden, wir kriegen jeden Tag zwei Gruppenvergewaltigungen und das alles für einen Gegenwert an Fachkräften von quasi null. [...] Da kann man wohl schwer von einer deutschen Fremdenfeindlichkeit sprechen. Ich sehe da eher die Zahlen, die von einer offensichtlich importierten Inländerfeindlichkeit sprechen lassen müssten.“²⁹¹¹

Reichardt (MdB, ST) hatte sich bereits in einem Tweet vom 25. November 2024 in vergleichbarer Weise geäußert, als er schrieb:

„Mehr als 600 Frauen wurden Silvester 2015 Opfer sexueller Straftaten. Mehrheitlich wurden diese Taten von sogenannten Flüchtlingen verübt. [...] Seitdem

²⁹¹⁰ Reichardt, Martin: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabend in Merseburg (ST) am 07.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Heimatliebe 062“, abgerufen am 12.02.2025.

²⁹¹¹ Ebd.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

hat sich das Leben von Frauen in Deutschland verändert. Gruppenvergewaltigungen, Morde, sind in Deutschland 2024 alltäglich geworden. Keine Frau ist mehr sicher, zu keiner Zeit, an keinem Ort. [...] Aber keiner benennt den Grund, warum die Gewalt gegen Frauen explosionsartig zugenommen hat. Wenn sie es täten, müssten sie ihre Mitschuld eingestehen, denn sie haben massenweise Männer in unser Land geholt, die dem frauenfeindlichen islamistischen Weltbild folgen.“²⁹¹²

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Kay Gottschalk (MdB, NW) äußerte sich in einem am 25. Januar 2025 veröffentlichten Gespräch mit Sven Tritschler (MdL NW) zur Zulassung der Landesliste zur Bundestagswahl und zu aktuellen Entwicklungen in der Migrationspolitik. Dabei insinuierte er auf sarkastische Weise, beim Verweis deutscher Medien auf psychische Erkrankungen von migrantischen Gewalttätern handele es sich durchweg um bloße Schutzbehauptungen:

„Also ich glaube, die Botschaft sollte man den Menschen auch mittragen, wenn ihr wirklich wollt, dass eure Kinder wieder sicher zur Schule gehen, wenn ihr wollt, dass eure Töchter am Freitag auch sicher von der Diskothek nach Hause kommen, und wenn ihr wollt, dass einfach im Park eure Kinder nicht von irgendwelchen, meistens – ich weiß auch gar nicht, ob nur psychisch Gestörte nach Deutschland einwandern. Deutschland muss das Land sein, in dem die meisten psychisch Gestörten sind.“²⁹¹³

(3) Nutzung von Begriffen wie „Messermigration“

Von Seiten der AfD bzw. ihrer Funktionärinnen und Funktionäre wurden Personen mit Migrationsgeschichte auch im Vorwahlzeitraum in pauschalisierender Weise durch die Verwendung des Präfixes „Messer“ verunglimpft. Wortneubildungen wie „Messermigration“, „Messerzuwanderung“ oder „Messermigranten“ stellen in herabwürdigender Weise eine direkte Kausalität zwischen Migration und der Zunahme von Straftaten mit Stichwaffen her.

²⁹¹² Reichardt, Martin: Tweet vom 25.11.2024, abgerufen am 15.01.2025.

²⁹¹³ Gottschalk, Kay: Gespräch mit Sven Tritschler; veröffentlicht in: Tweet vom 25.01.2025, Kanal: „Sven W. Tritschler“, abgerufen am 28.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Christian Blex agitierte in seiner Rede auf einer Wahlkampfveranstaltung in Lippstadt (NW) am 15. Februar 2025 beispielsweise gegen „Messerzuwanderung“:

„Sie haben afrikanische, arabische Armutszuwanderung, komplett kulturfremd – Messerzuwanderung – in unser Land gelassen.“²⁹¹⁴

Steffen Kotré (MdB, BB) äußerte in einem Video vom 23. Januar 2025:

„Deutschland steht am Abgrund der inneren Sicherheit. Oeynhausen, Solingen, Mannheim, Magdeburg und jetzt Aschaffenburg. Wir haben unsere innere Sicherheit verloren. Schuld daran ist die Grenzöffnung. Schuld daran sind all diejenigen, die uns einreden wollen, unsere Gesellschaft müsse sich multi-kulturell öffnen und kulturfremde Menschen in unser Land lassen. Das ist Schuld daran. Und wir sehen, wie wird das jetzt kaschiert. Natürlich würde ich nicht gern in der Haut der linksgrün-Woken stecken, die mitverantwortlich für die Morde sind, die geleugnet haben, dass mit der fremden Kultur eben auch die Kriminalität und die Morde mit ins Land kommen. Wir hatten es schon vor Jahren im Deutschen Bundestag formuliert, Einwanderung ist immer auch Messereinwanderung.“²⁹¹⁵

In einem auf X veröffentlichten Video äußerte Lena Kotré (MdB, BB) am 22. Januar 2025 angesichts des vorangegangenen durch einen Afghanen verübten Messerangriffs auf eine Kita-Gruppe in Aschaffenburg (BY):

„Remigration hätte das Leben des Kindes und des Mannes, der versucht hat, das Kind zu beschützen, retten können. Es ist unfassbar und es macht mich als Mutter wahnsinnig betroffen, wenn ich das höre. Man gibt morgens sein Kind in der Kita ab und wird es dann am Abend nicht mehr wiedersehen, weil diese ungezügelte Masseneinwanderung von Messermigranten in unser Land hier Einzug gehalten hat. [...] Wir brauchen keine Zuwanderung aus Afghanistan. Wir brauchen keine Zuwanderung von Menschen, die nichts Gutes hier im

²⁹¹⁴ Blex, Christian: Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung in Lippstadt am 15.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.02.2025, Kanal: „hamburger – junge“, abgerufen am 20.02.2025.

²⁹¹⁵ Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 23.01.2025, Kanal: „SteffenKotre“ abgerufen am 24.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Sinne haben. Und wir brauchen schon gar keine Zuwanderung von Messermigranten. [...] Liebe Freunde, das ist eine Machtdemonstration von Messermigranten und es ist auch eine Landnahme von diesen Menschen.*²⁹¹⁶

Lena Kotré (MdL BB) beschrieb in einem anderen Tweet vom selben Tag „[d]iese Morde“ außerdem als „systematisch“:

*„Das sind keine Einzelfälle! Diese Morde passieren systematisch und werden immer häufiger, bis wir endlich die Remigration durchsetzen und unser Land wieder unter Kontrolle bekommen. Selbst der Anschlag von Magdeburg ist mittlerweile aus den Medien und den Köpfen verschwunden – so häufig töten Migranten in Deutschland! Die beiden Toten von heute gehen auf das Konto von CDU, SPD, Grünen und FDP.“*²⁹¹⁷

Die AfD-Landtagsfraktion Brandenburg schrieb in einem Tweet, den die Landtagsabgeordnete Lena Kotré (BB) am 23. Januar 2025 weiterverbreitete:

*„Die Bevölkerung möchte keine Messermigration!“*²⁹¹⁸

Kotré forderte in ihrem dazugehörigen Tweet außerdem:

*„Messermigration beenden, robuste Remigration starten!“*²⁹¹⁹

Beatrix von Storch (MdB, BR) schrieb in einem Tweet vom 28. November 2024:

*„Wir brauchen keine Messer-Verbotzonen. Nirgends. Wir brauchen nur weniger von diesen Messer-Männern, die ständig mit einem Messer durch die Gegend laufen, in unserem Land.“*²⁹²⁰

Der AfD-Bundesverband schrieb in einem Tweet vom 3. Januar 2025:

*„Nicht die Böller verletzen Menschen – sondern Migranten, die mit illegalen Böllern auf unsere Polizisten zielen. Nicht die Messer bringen Menschen um – sondern Messermigranten, die auf einfältige ‚Messerverbote‘ pfeifen.“*²⁹²¹

²⁹¹⁶ Kotré, Lena: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 22.01.2025, Kanal: „KotreLena“, abgerufen am 24.01.2025.

²⁹¹⁷ Kotré, Lena: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

²⁹¹⁸ Kotré, Lena: Tweet vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

²⁹¹⁹ Ebd.

²⁹²⁰ Storch, Beatrix von: Tweet vom 28.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.

²⁹²¹ AfD: Tweet vom 03.01.2025, abgerufen am 17.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Denselben Text enthielt auch ein unter dem Titel „Nicht Autos, Messer oder Böller sind das Problem: Zeit für Abschiebungen statt Verbote!“ veröffentlichter Text von AfD Kompakt.²⁹²²

Der damalige Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Goßner (mittlerweile MdB, BW) veröffentlichte am 23. Januar 2025 eine Grafik mit einem Flugzeug und der Aufschrift „Zeit für eine Abschiebeoffensive!“ auf Facebook und schrieb hierzu:

„Hinter jedem Messermann steckt ein Altparteipolitiker, der ihn eingeladen hat! #Aschaffenburg #Remigration“²⁹²³

Oliver Kirchner (MdB ST) sprach im Rahmen eines Wahlkampfabends in Merseburg (ST) am 7. Februar 2025 sogar von „Messer-Fachmännern“ und „Messer-Dschihad“:

„Wir haben hier noch eigene Straftäter, dann müssen wir nicht noch Straftäter praktisch hier nach Deutschland importieren und wenn ich hier sehe, dass Menschen Frauen und Kinder vor Züge stoßen, die Kinder sterben, die Mütter überleben und die ohne ihre Kinder weiterleben müssen, sowas gab es vor 2015 in Deutschland nicht. Habe ich noch nie gehört, dass es sowas gab. 36.000 Messerangriffe in drei Jahren. 36.000 Messerangriffe in drei Jahren. Das ist der Messer-Dschihad, den die ISIS angekündigt haben, der islamische Staat angekündigt hat und genau das passiert hier auf unseren Straßen. Die messern sich an unserer Aufnahmegesellschaft ab und wir bezahlen den ganzen Spaß. [...] Wie gesagt, Schlauchboot-Fachkräfte und Balkanrouten-Wissenschaftler, da habe ich die Nase voll von. Von Messer-Fachmännern natürlich auch.“²⁹²⁴

Ungeachtet dessen, dass es sich bei einigen der vorstehenden Äußerungen um Reaktionen auf Gewalttaten handelt, können diese angesichts der fortgesetzten Agitation seit der Verdachtsfalleinstufung nicht als spontane emotionale Entgleisungen eingeordnet werden. Vielmehr handelt es sich um ein bewusstes und parteiintern weit verbreitetes Argumentationsmuster, welches auch im Vorwahlzeitraum weiter genutzt wurde. Die dargelegten Verlautbarungen, die Begriffe wie „Messerzuwanderung“, „Messermigranten“ oder „Messer-Fachmänner“ beinhalten, sind in Bezug auf

²⁹²² AfD Kompakt: „Nicht Autos, Messer oder Böller sind das Problem: Zeit für Abschiebungen statt Verbote“ vom 03.01.2025, in: <https://afdkompakt.de>, abgerufen am 17.01.2025.

²⁹²³ Goßner, Hans-Jürgen: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

²⁹²⁴ Kirchner, Oliver: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabend in Merseburg (ST) am 07.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Heimatliebe 062“, abgerufen am 12.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Diktion und Inhalt erkennbar darauf gerichtet, Geflüchteten und Zugewanderten ihre Menschenwürde abzusprechen.

(4) Assoziation von multikulturell geprägten Gesellschaften mit Gewalt und Kriminalität

Die verzerrende Darstellung multikultureller Gesellschaften als dysfunktional, unsicher und instabil durch Funktionärinnen und Funktionäre der AfD setzte sich auch im Zeitraum des Bundestagswahlkampfes fort. Die multikulturell geprägte Gesellschaft wird dabei als Gegenentwurf zu der über Jahrhunderte gewachsenen „Vertrauensgemeinschaft“²⁹²⁵ ethnischer Deutscher und als gleichbedeutend mit dem Niedergang Deutschlands beschrieben. In diesem Kontext werden gesamtgesellschaftliche Negativentwicklungen – insbesondere mit Blick auf die Verbreitung von Kriminalität und Gewalt – simplifizierend und tatsachenwidrig als ausschließlich oder überwiegend migrationsinduziert dargestellt.

Björn Höcke (MdB TH) trat am 18. Januar 2025 beim Wahlkampfauftakt der AfD Thüringen für die Bundestagswahl in Arnstadt (TH) auf. In der Rede nahm er wie bereits in vorangegangenen Aussagen²⁹²⁶ erneut Bezug auf die „Vertrauensgemeinschaft, die über Jahrhunderte gewachsen ist“ und die Schädigung Deutschlands durch „Multi-Kulti-Dekadenz“ und „millionenfache Zuwanderung aus kulturfremden Kontexten“:

„Schluss mit der Ausplünderung unseres Sozialstaates. Schluss mit Gender-Gaga und Multi-Kulti-Dekadenz. Schluss mit identitätszerstörender Einwanderung. Schluss mit Kriegstreiberei. Aber ja zur Zukunft unseres Vaterlandes. [...] Die Migration ist die Mutter aller Krisen. Der Zerfall der inneren Sicherheit, der Zerfall unseres Sozialstaats bzw. die Plünderung unseres Sozialstaats, der Zerfall der schulischen Bildung in Deutschland, vor allen Dingen auch das Auflösen einer relativen Homogenität, ist bedingt durch eine unkontrollierte, millionenfache Zuwanderung aus kulturfremden Kontexten. Gerade der letzte Punkt ist so enorm wichtig, wenn man Demokratiefreund ist. Denn Demokratie braucht, um zu leben und zu funktionieren, einen Konsens. Sie braucht die Existenz einer Vertrauensgemeinschaft, die über Jahrhunderte gewachsen ist, die in einem

²⁹²⁵ Höcke, Björn: Redebeitrag auf der Wahlkampfveranstaltung in Arnstadt (TH) am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 03.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. a. aa.)

²⁹²⁶ vgl. Kapitel E. I. 2. c.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

konfliktträchtigen Prozess das miteinander ausgehandelt hat, was man gut findet und was man schlecht findet. Sie braucht ein Wertefundament, damit sie blühen kann. Nur wenn es ein gemeinsames Wertefundament gibt, können Kompromisse gefunden werden. Nur dann kann Demokratie überhaupt gelebt werden. Das bedeutet relative Homogenität. Und diese relative Homogenität ist in Deutschland, zumindest in den Ballungsgebieten, schon weitestgehend zerstört. Deswegen müssen wir jetzt unbedingt den Bremsklotz einlegen. Wir brauchen eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik. Und dann kommen die Kartellparteipolitiker und sagen, ja, das geht ja nicht. Wir leben in einer globalisierten Welt mit Reisefreiheit, mit Bewegungsfreiheit. Das sind doch alles Menschenrechte. Ja, sage ich dann. Das mag ja alles so sein. Aber das Heimatrecht, das Recht, nicht fremd im eigenen Land zu werden, ist auch Teil meiner Menschenwürde.“²⁹²⁷

Wie bereits in Kapitel F. I. 1. a. ausgeführt, beschreibt Höcke eine „relative“ ethnokulturelle Homogenität als essentiell für sozialen Frieden und Demokratie. Er stellt zudem auf eine über Jahrhunderte gewachsene „Vertrauensgemeinschaft“ ab, welche die Basis für ein „gemeinsames Wertefundament“ darstelle. Gemessen an diesen Anforderungen scheint Höcke unter einer „relativen“ ethnokulturellen Homogenität tatsächlich aber eher eine nahezu absolute bzw. vollständige Homogenität als Grundbedingung für sozialen Frieden anzusehen. Ethnische Inhomogenität indessen führt seiner Ansicht nach unweigerlich zum Verlust der Identität und zu negativen gesellschaftlichen Entwicklungen. Auf diese Weise wird Migrantinnen und Migranten „aus kulturfremden Kontexten“ pauschal eine zerstörerische Wirkung zugeschrieben. Höcke postuliert zudem ein „Heimatrecht“ als Teil seiner Menschenwürde, welches ihm das „Recht, nicht fremd im eigenen Land zu werden“, einräume. Er schreibt damit sich selbst als Bestandteil der „Vertrauensgemeinschaft“ einen höheren rechtlichen Status zu und missachtet im Gegenzug die Menschenwürde Zugewanderter.

Zudem setzte Höcke in seiner Rede die „Multikulturalisierung“ Deutschlands mit dessen „Deformation“ gleich:

²⁹²⁷ Höcke, Björn: Redebeitrag auf der Wahlkampfveranstaltung in Arnstadt (TH) am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 03.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. a. aa.)

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Herr Merz, Herr Spahn, Herr Söder, ihr habt euch schuldig gemacht, weil ihr die Multikulturalisierung dieses Landes, die Deformation dieses Landes ohne Widerspruch über euch ergehen habt lassen, aus machtpolitischen Gründen, weil ihr in eurer Partei ja noch was werden wolltet.“²⁹²⁸

Anlässlich des Messerangriffs in Aschaffenburg (BY) schrieb Björn Höcke (MdB TH) am 23. Januar 2025 auf Facebook:

„Die Kartellparteienpolitik der Aufnahme von Millionen illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch! [...] Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen.“²⁹²⁹

Der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete René Springer schrieb in einem Tweet vom 12. Dezember 2024:

„Multikulturelle Gesellschaften sorgen für soziale Auflösung.“²⁹³⁰

In einem anderen Beitrag vom 29. November 2024 konstatierte Springer:

„Die multikulturelle Gesellschaft zerstört die Substanz unseres Bildungswesens. [...] Wenn in Deutschland vom Fachkräfteproblem gesprochen wird, dann sollte hier als allererstes angesetzt werden! Wir können keine Fachkräfte generieren, wenn unser inklusiv-multikultureller Ansatz die Entwicklung unseres Nachwuchses dermaßen torpediert. Auch hier ist #Remigration die Antwort!“²⁹³¹

Springer hält es für erforderlich, nicht-deutschen Kindern den Zugang zum Bildungswesen zu verwehren oder zumindest einzuschränken, um Nachteile für „die Entwicklung unseres Nachwuchses“ zu vermeiden. Sofern eine solche Ungleichbehandlung

²⁹²⁸ Ebd.

²⁹²⁹ Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelterwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 2.)

²⁹³⁰ Springer, René: Tweet vom 12.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.

²⁹³¹ Springer, René: Tweet vom 29.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

an ethnischen Gesichtspunkten festgemacht werden soll, hätte dies eine menschenwürdigkeitswidrige Ungleichbehandlung von Kindern zur Folge.

Der brandenburgische Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré veröffentlichte am 30. Dezember 2024 auf X ein Interview, welches er dem Deutschland-Kurier gegeben hatte. Darin bezeichnete er die Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt, die sechs Tote und etliche Verletzte zur Folge hatte, fakenwidrig als „islamisches Attentat“ und führte aus:

„Aber wir sehen, das ist die Frucht der Saat, die die Altparteien über Jahre und Jahrzehnte in Deutschland gesät haben. Und wir schauen jetzt ins neue Jahr. Wir werden nicht länger ruhen. Und wir werden alles daran setzen, dass wir diese Politik der multikulturellen Umgestaltung Deutschlands beenden. Dass wir hier in Deutschland wieder Deutschland noch entdecken können.“²⁹³²

Der hessische Bundestagsabgeordnete Jan Nolte äußerte in seinem Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) im Hinblick auf die kommende Legislaturperiode:

„Das deutsche Volk ist in Not und es gibt viele Deutsche, die haben keine vier Jahre mehr. In diesen vier Jahren werden doch wieder Menschen durch vollziehbare Ausreisepflichtige umgebracht werden. [...]

Ja, und ich hätte dann gerne, dass Robert Habeck mal zu den Schülern geht, zu den vielen Schülern, die vor laufenden Kameras von Migrantengangs verprügelt und gedemütigt wurden. [...] Die sollen zu den Eltern des 13-jährigen Finn fahren, den man auf einem Kieler Schulhof ins Herz gestochen hat, oder die sollen zu den Eltern hier in Wiesbaden fahren, des neunjährigen Jungen, den wollten zwei Migranten zwingen, einen brennenden Böller in den Mund zu nehmen. Meine Damen und Herren, wir versinken in Barbarei und Gewalt. Das ist keinen Tag länger auszuhalten. [...]

Und es ist extrem, hier über Jahre eine Massenmigration durchzuführen, die Deutschland nachhaltig verändert, auch aus demografischen Gründen, die dazu führt, dass wir Parallelgesellschaften im Land haben, die dazu führt, dass die Sicherheitslage immer schlechter wird, unter denen das Sozialsystem kollabiert, ohne dass irgendjemand das deutsche Volk jemals gefragt hätte, wollt ihr

²⁹³² Kotré, Steffen: Interview mit dem Deutschland-Kurier; veröffentlicht in: Tweet vom 30.12.2024, Kanal: „Steffen Kotré“, abgerufen am 02.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

eigentlich, dass Deutschland sich in dieser Art und Weise nachhaltig verändert?“²⁹³³

Steffen Kotré (MdB, BB) stellte in einem auf der Plattform X veröffentlichten Videobeitrag ebenfalls einen Zusammenhang zwischen „Masseneinwanderung“ und „erhöhter Kriminalität“ her:

„Es gibt weniger Abschiebungen als im Vorjahr. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass die Verantwortlichen der Altparteien gar nicht abschieben wollen. Sie wollen weiter Masseneinwanderung und damit unser Volk, unsere Gemeinschaft schädigen. Wir wissen, Masseneinwanderung führt zu erhöhter Kriminalität. Sie führt dazu, dass unser Sozialstaat ausgehöhlt wird, wir bald kein Geld mehr haben. Und gelegentlich leider tötet Massenmigration auch. [...] Liebe Freunde, es ist kein Menschenrecht, in Deutschland zu sein. Und es ist ethisch geboten, diejenigen, die uns Schaden zufügen, wieder außer Landes zu schaffen. Wir werden im großen Stil abschieben. Wir haben Hunderttausende, die wir abschieben müssen, die eben von uns alimentiert werden. Das ist schon, ich würde sagen, fast schon kriminell von der Bundesregierung, dass sie an Leute hier unsere harte Arbeit, das Geld, verteilt, damit sie bleiben, obwohl sie gar nicht berechtigt sind. [...] Aber genau das passiert hier hunderttausendfach, wenn nicht gar millionenfach in Deutschland. Und das ist geschuldet eben der linksgrünen Politik für Masseneinwanderung zum Schaden von Deutschland.“²⁹³⁴

Die oben angeführten Aussagen spiegeln die Überzeugung von AfD-Funktionärinnen und Funktionären wider, wonach die Wandlung der Bevölkerungsstruktur hin zu einer multikulturellen Gesellschaft die autochthone Bevölkerung in ihrer Sicherheit und Unversehrtheit existenziell gefährde. Indem Zugewanderten pauschal vorgeworfen wird, Deutschland durch „Auflösung“ der Gesellschaft, Schädigung des Volkes und „Barbarei“ zu bedrohen, erfolgt eine massive Herabwürdigung dieser Personengruppe.

²⁹³³ Nolte, Jan: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 03.02.2025.

²⁹³⁴ Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 28.11.2024, Kanal: „SteffenKotre“, abgerufen am 18.12.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

bb.Zuschreibung okkupatorischer Absichten bzw. der Übernahme Deutschlands

Im Vorwahlzeitraum waren weiterhin auch Aussagen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD festzustellen, in denen Migrantinnen und Migranten okkupatorische Absichten zugeschrieben werden.

Die hessische Europaabgeordnete Christine Anderson deutete in einem Tweet vom 11. Dezember 2024 eine anlässlich des Zusammenbruchs des Assad-Regimes durchgeführte Versammlung von Syrern in Essen (NW) als „Machtdemonstration“ und unterstellte den Beteiligten, sich zu „neuen Herren aufschwingen“ zu wollen:

„Die Polizei ist völlig überfordert, der Autoverkehr bricht teilweise zusammen. So sieht es aus, wenn ein ehemals stabiles Land in #Parallelgesellschaften zersplittert. Wo sich die respektlosen Gäste von einst mittlerweile zu den neuen Herren aufschwingen & machen, was sie wollen. Es ist nicht nur der Jubel zum Sturz von #Assad, es ist auch eine #Machtdemonstration gegenüber den schwachen Deutschen. Allerdings: Assad ist jetzt weg & damit auch euer Fluchtgrund! Geht nach Hause, feiert dort & vor allem: baut euer Land wieder auf! Ich wünsche gute Heimreise! #Remigration“²⁹³⁵

Die Aussage insinuiert, syrische Geflüchtete hätten es sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zu erobern und die „schwachen Deutschen“ zu dominieren.

Noch schärfer äußerte sich am 8. Januar 2025 Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, in einem Tweet:

„Die Invasoren führen sich bereits auf wie die neuen Herrn im Lande.“²⁹³⁶

Martin Renner (MdB, NW) sprach in einem Facebook-Eintrag vom 11. November 2024 mit Blick auf die Migrationspolitik von einer „Invasoren-Problematik der neuerlich hierher Hereindrängenden“:

„Heute feiern wir das Begräbnis des heiligen Martin. [...] Die heutigen Politiker – obwohl schon lange vom wahren christlichen Glauben abgefallen – benutzen regelmäßig die Mantelteilung des Heiligen um Barmherzigkeit und Nächsten-

²⁹³⁵ Anderson, Christine: Tweet vom 11.12.2024, abgerufen am 13.12.2024.

²⁹³⁶ Küble, Fabian: Tweet vom 08.01.2025, abgerufen am 08.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

liebe gegenüber den in unser Land hereinbrechenden Migranten von den Bürgern einzufordern. Aber dieser Ansatz ist grundsätzlich verlogen, schief und in die Irre führend. [...] Auch und gerade in Zeiten der Invasoren-Problematik der neuerlich hierher Hereindrängenden. Mitmenschlichkeit ist und bleibt eine individuelle Angelegenheit und kein staatlich aufgeplusterter und durch Scheinargumente vorgetragener Popanz, der die christlich begründete Pflicht zur Eigenvorsorge und Eigenverantwortung des Individuums, seiner Familie und auch seiner Gemeinde – auch Subsidiarität genannt – negiert und auch zerstören will.“²⁹³⁷

Steffen Kotré (MdB, BB) sprach in einem Tweet vom 22. Januar 2025 im Kontext des Messerangriffs in Aschaffenburg (BY) von einer „Invasion unseres Landes“ und „importierte[m] Terror“²⁹³⁸.

Durch den Rückgriff auf das Bild einer Invasion, also ein militärisches Eindringen feindlicher Truppen in fremde Räume, zeichnen Renner und Kotré hier das Szenario eines überfallartigen, massenhaften und feindlichen Eindringens nach Deutschland und suggerieren letztlich die Notwendigkeit der kompromisslosen Verteidigung und Zurückdrängung.

Der AfD-Landesverband Schleswig-Holstein agitierte im Januar 2025 auf Facebook gegen „Talahons“²⁹³⁹ und bezeichnete diese als „Jogginghosen-Krieger“:

„Keinen Bock auf ‚Talahons‘? Am 23. Februar AfD wählen! Deutschland, das Land der Dichter und Denker - oder mittlerweile das Land der Schattenboxer und Bauchtaschen? Während Goethe und Schiller im Grab rotieren, versammeln sich auf TikTok die ‚Talahons‘: Gucci-Cap, Einweg-Vape und ein ‚Bruder, was los?!‘ auf den Lippen. Wer kennt sie nicht, die jungen Migranten, die selbstsicher vor den Kameras posen? Doch genug ist genug! Unsere Innenstädte verkommen zu Laufstegen für Jogginghosen-Krieger, die sich in der Spiegelung der Schaufenster bewundern. Während fleißige Bürger arbeiten,



²⁹³⁷ Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 11.11.2024, abgerufen am 07.02.2025.

²⁹³⁸ Kotré, Steffen: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

²⁹³⁹ Der in der Jugendsprache verbreitete Begriff „Talahon“ ist eine mit Stereotypen behaftete Bezeichnung für junge Männer mit zumeist muslimisch geprägter Migrationsgeschichte.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

chillt diese spezielle Gruppe an ‚Kulturbereicherern‘ in Shisha-Bars und postet Videos mit Fake-Louis-Vuitton-Gürteln.“²⁹⁴⁰

Mary Khan-Hohloch (MdEP, HE) verglich im Dezember 2024 die Situation der Ukraine im russischen Angriffskrieg mit jener Deutschlands angesichts der Migrationspolitik:

„Statt sich derartig verbissen in die Eskalation geopolitischer #Konflikte hineinzusteigern, sollte die #EU lieber für den Schutz der eigenen Grenzen sorgen! [...] Die #Ukraine verteidigt ihre Souveränität. Aber warum verwehrt man uns dasselbe? Wer sich nicht um die #Sicherheit und #Integrität der eigenen Grenzen kümmert, sorgt für Chaos, Kriminalität und sozialen Zerfall. Und das ist keine Prognose, sondern eine Bestandsaufnahme. Grenzschutz rettet Leben! #Deutschland muss wieder handlungsfähig werden. Unsere Grenzen müssen kontrolliert und illegale Migration gestoppt werden. #Schengen ist tot und begraben. Dass die EU zum 1. Januar 2025 auch noch Bulgarien in die Freizügigkeit aufzunehmen will, zeigt: Auch das neue Kabinett von der Leyen verfolgt die radikale Migrationspakt-Agenda ungebrochen und ist fest entschlossen, unser #Europa der souveränen Nationen zu einem Siedlungsgebiet zu machen.“²⁹⁴¹

Khan-Hohloch zieht hier einen völlig unsachlichen Vergleich zwischen den die Existenz der Ukraine bedrohenden Auswirkungen des russischen Angriffskriegs mit den Folgen der Migrationspolitik für Deutschland. In Kombination mit der Unterstellung, Deutschland werde zum „Siedlungsgebiet“ gemacht und dadurch in seiner Integrität und Souveränität verletzt, wird Migrantinnen und Migranten eine den Bestand des Landes gefährdende Wirkung zugeschrieben.

In den oben dargelegten Äußerungen werden Geflüchtete und Zugewanderte kollektiv als kulturfremde Eindringlinge und Invasoren verunglimpft, welche Deutschland erbeuten und beherrschen wollten. Menschen mit Migrationsgeschichte werden auf diese Weise pauschal als erhebliche Bedrohung für Deutschland dargestellt, die es konsequent abzuwehren gelte. Die fortlaufende Diffamierung und Verächtlichmachung dieser Personengruppe, die in letzter Konsequenz auch zu einer abgewerteten Behandlung der Betroffenen führt, verstoßen gegen das Prinzip der Menschenwürde.

²⁹⁴⁰ AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 14.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.

²⁹⁴¹ Khan-Hohloch, Mary: Tweet vom 04.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

cc. Konstruktion einer kulturellen Inkompatibilität und Regressivität von Migranten

Weiterhin lassen sich in Verlautbarungen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD Postulate einer generellen Inkompatibilität und Regressivität von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten finden.

Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) machte in einem am 11. Februar 2025 veröffentlichtem Interview pauschal die arabische bzw. islamische Kultur für Respektlosigkeit, Verwahrlosung und soziale Konflikte verantwortlich:

„Sie müssen sich jetzt auch vorstellen, Sie sagten jetzt gerade, wir sind an vielen Asylunterkünften, Sie sind gar nicht an Asylunterkünften vorbeigefahren, das waren schlichtweg normale Mietswohnungen. Sie haben einen Ausschnitt aus der Lebensrealität hier, vor allem aus dem Gelsenkirchener Süden gesehen, also viel Müll, der einfach schlichtweg abgelagert wird von Menschen, die den Müll teilweise einfach aus dem Fenster rauswerfen. Wenn jetzt wärmere Bedingungen wären, würden Sie sehen, wie es dann vor den jeweiligen Eingangstüren aussieht, man grillt dann gerne, plötzlich auf dem Bürgersteig, also alles das, was für Sie kulturfremd ist, wird dann hier gelebt, weil schlichtweg bestimmte Bevölkerungsethnien hier in einer Masse angekommen sind und wir kennen das Problem, keine Wohnsitzauflage, dann fährt man dahin, wo man eben jemanden kennt und dann passiert das, was wir da hinten wahrnehmen, es ist ein Straßenzug an arabischen Geschäften. [...] Sie müssen sich vorstellen, wir reden vom Bevölkerungsaustausch, dafür landen wir im Verfassungsschutzbericht. [...] Das ist eine reine Umvolkung, die man hier erlebt. Sie sehen teilweise zu bestimmten Uhrzeiten, dass Kinder von sechs, sieben Jahren kleine Mädchen schon Kopftücher tragen. Sie können auch gerne durch die Innenstadt, Sie sehen allein die Masse, die Masse, ich kenne das von früher nicht. Es ist die Masse von immer jünger werdenden Mädchen, die Kopftuch tragen. Das ist nicht die deutsche Kultur. [...]

Diese völlige enthemmte Respektlosigkeit, die in dieser Gesellschaft Einzug erhalten hat. Und ich sage Ihnen das ganz deutlich, das hat sehr wohl mit einer bestimmten Kultur zu tun. Das ist so. Das hat mit einer Kultur zu tun und das wollen einige aber hier einfach schlichtweg ignorieren. [...] Aber ich erlebe immer wieder in dieser Gesellschaft, dass Menschen tatsächlich so einen Bogen

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*machen, weil sie einfach immer wieder den Konflikten aus dem Weg gehen. Das ist so spürbar, wie die Deutschen und das sind dann die Bio-Deutschen, von denen Sie gerade gesprochen haben, die gehen den Konflikten aus dem Weg. Sie meiden, sie wechseln lieber die Straßenseite, weil sie sagen, das ist mir zu heikel. Und ich finde, das ist so traurig, wie die Selbstbehauptung in diesem Land so dermaßen nachgelassen hat. Aber wen wundert es? Es wird von dieser Politik vorgelebt.*²⁹⁴²

Seli-Zacharias klassifiziert Geflüchtete in ihren Ausführungen pauschal als „kultur-fremd“, stellt andererseits aber auch auf „bestimmte Bevölkerungsethnien“ ab und offenbart damit, dass ihre abwertende Haltung letztlich auf dem ethnischen Volksbegriff fußt. Dies wird auch durch die Gegenüberstellung von „Bio-Deutschen“ und „Talahons“ verdeutlicht und mündet in der Feststellung einer „Umvolkung“. Seli-Zacharias geht es somit keineswegs um die Kritisierung desolater Zustände im Umfeld von Unterkünften für Geflüchtete, sondern um die pauschale Verächtlichmachung dieser Personengruppe.

Thorsten Weiß (MdB) schrieb in einem Telegram-Beitrag vom 23. Januar 2025 unter Bezugnahme auf den Messerangriff eines Afghanen auf eine Kitagruppe in Aschaffenburg (BY):

*„Die Massenzuwanderung von Menschen aus gewaltaffinen mittelalterlichen Kulturen ist tödlich. Trotzdem wird diese Entwicklung gefördert und Abschiebungen planmäßig verhindert.“*²⁹⁴³

In einem Tweet vom 25. November 2024 prangerte das AfD-Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) an, eine „verfehlte Migrationspolitik und Asylmissbrauch“ habe zum „100000fachen Import von Menschen aus zutiefst rückständigen und frauenfeindlichen Kulturen geführt“.²⁹⁴⁴

Der Kandidat der AfD Thüringen für die Bundestagswahl 2025 Robert Teske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) veröffentlichte auf TikTok am 17. Januar 2025 ein Wahlkampfvideo, in dem er die Remigration von „Illegalen und nicht Integrierbaren“ forderte:

²⁹⁴² Seli-Zacharias, Enxhi: Aussagen im Interview mit Hallo Meinung; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.02.2025, Kanal: „Hallo Meinung“, abgerufen am 12.02.2025.

²⁹⁴³ Weiß, Thorsten: Telegram-Beitrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

²⁹⁴⁴ Reichardt, Martin: Tweet vom 25.11.2024, abgerufen am 15.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Deiner Oma droht Altersarmut. Deutschlands Sozialkassen sind leergeplündert. Offene Grenzen, Toleranzbesoffenheit des deutschen Establishments haben dafür gesorgt, dass kein Geld mehr für unsere Großeltern da ist. [...] Im Februar diesen Jahres hast du die Wahl. Altersarmut für Oma und Opa oder Remigration von Illegalen und nicht Integrierbaren.“²⁹⁴⁵

Die oben stehenden Aussagen unterstellen, dass Zugewanderte aus bestimmten Kulturen angesichts ihrer Herkunft per se nicht integrierbar seien und werten sie damit pauschal ab. Die Forderungen nach einer generellen Remigration solcher vermeintlich nicht integrierbarer Migrantinnen und Migranten stehen im Gegensatz zu einem rechtlich gebotenen differenzierenden, individuelle Gegebenheiten berücksichtigenden Vorgehen und weisen den Betroffenen damit einen rechtlich niedrigeren Status zu als Personen aus anderen Kulturen.

dd.Forderung kollektiver Rückführungsmaßnahmen

Im Zeitraum vor der Bundestagswahl 2025 waren überdies weiterhin zahlreiche Äußerungen festzustellen, welche die kollektive Rückführung von Migrantinnen und Migranten fordern. Dabei wurde vorrangig auf die „Remigration“ all jener Personen abgestellt, die für vermeintliche Missstände in Deutschland verantwortlich gemacht werden.

Anlässlich des vorangegangenen durch einen Afghanen verübten Messerangriffs auf eine Kita-Gruppe in Aschaffenburg (BY) nahm Björn Höcke (MdB TH) in einem Facebook-Eintrag vom 23. Januar 2025 Bezug auf seine bereits in der Vergangenheit²⁹⁴⁶ formulierte Forderung nach einem groß angelegten „Remigrationsprojekt“ in Verbindung mit einer „Politik der ‚Wohltemperierten Grausamkeit‘“:

„Die Kartellpartei politik der Aufnahme von Millionen illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch! Als ich vor einigen Jahren in ‚Nie zweimal in den denselben Fluß‘ den fortgeschrittenen Prozeß des deutschen Staatszerfalls beschrieb, führte ich zu möglichen Gegenmaßnahmen aus: ‚Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird

²⁹⁴⁵ Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 17.01.2025, Kanal: „robert-teske“, abgerufen am 03.02.2025.

²⁹⁴⁶ Vgl. Gutachten AfD und Teilorganisationen 2019, S. 396 f.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚Wohltemperierten Grausamkeit‘, wie es Peter Sloterdijk sagte, herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.‘ Und ich mahnte, was oft unterschlagen wird, aus meiner ethischen Verantwortung heraus im folgenden Satz an: ‚Man sollte daher so human wie irgend möglich, aber auch so konsequent wie nötig vorgehen.‘ Ich setzte damit bewusst einen Kontrapunkt zur damaligen Bundeskanzlerin Merkel, die den Migrantensunami über Deutschland hinweggehen ließ, weil sie die unschönen Bilder an der Bundesgrenze fürchtete. Ich tat es, wohl wissend, Opfer von Haß und Hetze durch das polit-mediale Establishment zu werden, weil ich ahnte, wie grausam die Folgen für Deutschland werden würden. Die Bluttat von Aschaffenburg steht für diese grausamen Folgen. [...] Trump weiß, es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht. Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen. Es ist Zeit für Deutschland!“²⁹⁴⁷

Höcke knüpft hier an seine Ausführungen im 2018 erschienenen Gesprächsband „Nie zweimal in denselben Fluß“ an und erneuert seine Forderung, im Rahmen der Remigrationspolitik auch Maßnahmen zu ergreifen, die dem moralischen Empfinden der Bevölkerung seiner Einschätzung nach zuwiderlaufen könnten. Auch stellt er humanes und konsequentes Handeln einander implizit gegenüber. Seine Aussage, es gebe „kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht“, lässt den Schluss zu, sich hierbei nicht an international geltendes Recht gebunden zu sehen. Eine rechtliche Schlechterstellung von Menschengruppen auf Grundlage eines imaginierten „Recht[s] eines souveränen Volkes“ wäre letztlich willkürlich und würde die Betroffenen in ihrer Menschenwürde verletzen.

²⁹⁴⁷ Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 3. a.)

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Das Bundesvorstandsmitglied Heiko Scholz (MdL HE) kommentierte die Gewalttat von Aschaffenburg am 22. Januar 2025 mit folgendem Wortlaut:

„Ich kann, ich will (!) es nicht mehr lesen! Deshalb #Remigration! Konsequente Remigration!

„Unser Gesindel haben wir im Land, wir brauchen keines aus dem Ausland zusätzlich importieren.“ Otto Landsberg (1869-1957), deutsch-jüdischer Sozialdemokrat (#SPD) und Justizminister in der Weimarer Republik im Kabinett Scheidemann –

#Aschaffenburg“²⁹⁴⁸

Das in Bezug genommene Zitat Landsbergs konnte hier nicht verifiziert werden. Unabhängig von dessen Kontext macht sich Scholz aber die Formulierung zu eigen, die Regierung importiere „Gesindel“ aus dem Ausland. Zwar äußerte er dies mit Bezug auf einen konkreten Gewalttäter, schließt aber sogleich die pauschalisierende Forderung nach umfassenden Rückführungsmaßnahmen an.

Thorsten Weiß (MdA) schrieb am 22. Januar 2025 auf X:

„Der Täter ist Afghane! Abgeschlachtet hat er einen 2-jährigen Jungen. Millionenfache Remigration jetzt! #Aschaffenburg“²⁹⁴⁹

Lena Kotré (MdL BB) teilte am 23. Januar 2025 den Tweet eines anderen Nutzers, der die Forderung „#Remigration statt #Brandmauertote“²⁹⁵⁰ und das beigefügte Bild beinhaltete.



Nach der Amokfahrt eines Afghanen am 13. Februar 2025 in München (BY) veröffentlichte der bayerische Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende Rainer Rothfuß auf Telegram einen Videobeitrag, in dem er seine Auffassung des Begriffs „Remigration“ erläuterte:

²⁹⁴⁸ Scholz, Heiko: Facebook-Eintrag vom 22.01.2025, abgerufen am 23.01.2025.

²⁹⁴⁹ Weiß, Thorsten: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

²⁹⁵⁰ Kotré, Lena: Retweet eines Tweets vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Und da geht es nicht nur um die Abschiebung schwerer Straftäter, sondern auch um die Rückführung vieler Hunderttausender, die kaum integrierbar sind in unsere Wirtschafts- und Sozialsysteme, es sei denn, es handelt sich um die sozialen Sicherungssysteme.“²⁹⁵¹

Der bayerische AfD-Landesverband verabschiedete am 23. November 2024 auf seinem Landesparteitag in Greding (BY) einstimmig die „Bayerische Resolution für Remigration“. Diese wurde vom stellvertretenden Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Rainer Rothfuß eingereicht und fordert die Abschiebung von „Personengruppen mit schwach ausgeprägter Integrationsfähigkeit und -willigkeit“:

„Personengruppen mit schwach ausgeprägter Integrationsfähigkeit und -willigkeit sollen mittels obligatorischer Rückkehrprogramme in ihre Heimat rückgeführt und bei der dortigen Reintegration in ihre Herkunftsgesellschaft sowie beim (Wieder-)Aufbau ihrer Heimat unterstützt werden.“²⁹⁵²

Die AfD Bayern und ihr stellvertretender Landesvorsitzender Rothfuß halten demnach eine Abschiebung von Straftätern und Ausreisepflichtigen nicht für ausreichend, sondern erweitern die Zielgruppe um Personen, die für „kaum integrierbar“ gehalten werden. Eine entsprechend auslegungswide und willküröffene Einstufung erfolgt offenbar unabhängig von einer möglichen individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit.

Im Vorwahlzeitraum waren zudem zahlreiche Äußerungen von Vertretern der AfD festzustellen, in denen pauschal „millionenfache“ Remigration gefordert wurde.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, nach der Bundestagswahl 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) beispielsweise hielt am 3. Januar 2025 auf der Aufstellungsversammlung der AfD Nordrhein-Westfalen zur Bundestagswahl 2025 eine Rede, in der er äußerte:

„Was soll denn die Antwort sein auf all das Blut von Einheimischen, was in unseren Innenstädten fließt? Die Antwort kann nur lauten: Remigration, millionenfache Remigration!“²⁹⁵³

²⁹⁵¹ Rothfuß, Rainer: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 13.02.2025, Kanal: „rainer-rothfuss“, abgerufen am 14.02.2025.

²⁹⁵² Alternative für Deutschland Landesverband Bayern: „Bayerische Resolution für Remigration zum Landesparteitag in Greding am 24.11.24“.

²⁹⁵³ Helferich, Matthias: Rede auf der Aufstellungsversammlung am 03.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 09.01.2025, Kanal: „Matthias Helferich MdB“, abgerufen am 03.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Der thüringische Bundestagswahlkandidat Robert Teske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) forderte in einem Wahlkampfvideo vom 15. Januar 2025 auf TikTok Remigration und „millionenfache“ Abschiebungen, um soziale Probleme in Deutschland zu lösen:

„Was? Natürlich können wir millionenfach abschieben! Alleine über den Berliner Flughafen werden jedes Jahr 23 Millionen Passagiere bewegt. Und in Frankfurt sind es sogar 59 Millionen! Remigration wäre also ohne Probleme machbar und bietet nur Vorteile: Mehr Platz, günstigere Mieten, weniger Kriminalität, geringere Steuerlast. Das Problem ist, es ist einfach nicht gewollt. Viele Menschen profitieren nämlich von dieser Masseneinwanderung und wollen, dass es genauso weitergeht. Mit uns, mit der Alternative für Deutschland, wird es das nicht geben. Denn wir stehen für eine Kehrtwende in der Migrationspolitik. Wenn Du diese Kehrtwende auch möchtest, dann musst du am 23. Februar zur Bundestagswahl die Alternative für Deutschland wählen. Und zwar mit beiden Stimmen.“²⁹⁵⁴



Dominik Kaufner (MdL BB) teilte am 12. Dezember 2024 auf X einen Tweet von Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) mit der beigefügten Grafik. Dazu schrieb Kaufner:

„#Remigration kann so einfach sein. Klappt übrigens auch millionenfach.“²⁹⁵⁵

Am 14. Dezember 2024 schrieb er:

„Wir benötigen nicht nur ein Ende der illegalen Migration, sondern vor allem eine großangelegte

#Remigration. Millionenfach.“²⁹⁵⁶

In einem weiteren Tweet vom 21. Dezember 2024 schrieb Kaufner:

„Mir ist es übrigens vollkommen gleich, ob Ausländer ihren Hass auf uns #Deutsche nun mit dem #Islam oder sonst irgendwie begründen. Die nie enden wollenden Diskussionen um religiöse oder politische Motive, um psychische Störungen, Traumata und ein Gefühl der Fremdheit im Aufnahmeland verstellen

²⁹⁵⁴ Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 15.01.2025, Kanal: „robert-teske“, abgerufen am 03.02.2025.

²⁹⁵⁵ Kaufner, Dominik: Retweet eines Tweets vom 14.12.2024, abgerufen am 06.01.2025.

²⁹⁵⁶ Kaufner, Dominik: Tweet vom 14.12.2024, abgerufen am 06.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*den Blick auf eine einfache Wahrheit: Millionenfache #Migration ist das Problem und millionenfache #Remigration ist die Lösung.*²⁹⁵⁷

Am Rande der Wahlkampfveranstaltung der AfD in Erfurt (TH) am 22. Februar 2025 posierten Mitglieder der Jungen Alternative mit einem Banner mit der Aufschrift „**RE-MIGRATION RETTET LEBEN!**“. Sophie Elli Wolfram (JA ST) verbreitete ein entsprechendes Foto auf Instagram.²⁹⁵⁸



Die AfD Saarland bewarb im Januar 2025 auf X ihren „Abschiebekalender“, welchen sie im Gegenzug für Spenden für den Bundestagswahlkampf anbot:

*„+++ Unser neuer Abschiebekalender ist da+++
Für jede Spende ab 25,- € erhaltet ihr gratis unseren neuen Abschiebekalender. Nutzt dazu den Verwendungszweck ‚Wahlkampf 2025‘ und euren Namen + Anschrift, damit wir euch den Kalender zuschicken können.“*



Eine beigefügte Grafik zeigte einzelne Seiten des Kalenders, u. a. mit der Aufschrift „**ABSCHIEBEN MILLIONENFACH!**“ und „**REMIGRATION FÜR DEN TALAHON!**“²⁹⁵⁹

Die wiederholt formulierte Forderung nach millionenfacher Remigration geht grundsätzlich weit über den Kreis der tatsächlich ausreisepflichtigen Personen hinaus. Dies weist darauf hin, dass der Aufenthaltsstatus nicht als Grundlage für die Forderung

²⁹⁵⁷ Kaufner, Dominik: Tweet vom 21.12.2024, abgerufen am 06.01.2025.

²⁹⁵⁸ Wolfram, Sophie Elli: Instagram-Eintrag vom 26.02.2025, abgerufen am 31.03.2025.

²⁹⁵⁹ AfD Saarland: Tweet vom 23.01.2025, ohne Abrufdatum.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

nach Abschiebungen herangezogen werden soll. Vielmehr dürften hiervon Menschen betroffen sein, die dem Verständnis der AfD zufolge nicht als deutsch gelten.

Der AfD-Kreisverband Karlsruhe (BW) verteilte im Januar 2025 im Rahmen des Bundestagswahlkampfes Medienberichten zufolge Wahlkampfmaterial in Form eines „Abschiebeticket[s]“ an 30.000 Haushalte. Der im Stil eines One-Way-Flugtickets gestaltete Flyer richtet sich an „*illegale Einwanderer*“ und hat als Zielort „*sicheres Herkunftsland*“. Check-In-Zeit ist der Tag der Bundeswahl sowie die Uhrzeit der Öffnung der Wahllokale („08-18:00“). Erst auf der Rückseite des „Flugtickets“ erfolgt eine Konkretisierung der Forderungen, u. a. dass die Zahlung von Bürgergeld an die Staatsbürgerschaft geknüpft sein soll. Ebenso findet sich auf dem Ticket der Slogan „*Nur Remigration kann Deutschland noch retten*“ sowie die Aussagen „*Zuhause ist es auch schön*“ und „*Staatsbürger werden nicht abgeschoben*“.^{2960 2961}



Funktionärinnen und Funktionäre der AfD weisen mediale Kritik an den Remigrationsforderungen der Partei und am Rekurs auf den Begriff Remigration vielfach mit dem vermeintlichen Argument zurück, es gehe lediglich um eine rechtsstaatskon-

²⁹⁶⁰ AfD Karlsruhe: „Abschiebeflyer“, in: <https://afd-ka.de>, abgerufen am 14.01.2025.

²⁹⁶¹ T-online: „AfD schockiert mit ‚Abschiebeticket‘“ vom 13.01.2025, in: www.t-online.de, abgerufen am 14.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

forme und gebotene Rückführung nicht aufenthaltsberechtigter Ausländer. Das häufig geäußerte Postulat einer „millionenfachen Remigration“ steht aber im Widerspruch zur viel geringeren Zahl der tatsächlich ausreisepflichtigen Personen.

Marc Bernhard (MdB, BW) nahm zu der Verteilung der „Abschiebetickets“ wie folgt Stellung:

„Kartellparteien drehen durch wegen 'Abschiebeticket'“

„Weil unser Kreisverband in Karlsruhe über einen Wahlwerbeflyer die Durchsetzung geltenden Rechts fordert, nämlich die umgehende Abschiebung von Illegalen, scheinen einige Vertreter der Altparteien völlig die Contenance zu verlieren. In diesem Zusammenhang wird wie üblich mit billigen Tricks agiert, indem bestimmte Inhalte weggelassen bzw. aus dem Zusammenhang gerissen werden.“²⁹⁶²

Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Rainer Rothfuß (BY) äußerte sich in einem Interview mit der AfD Bayern folgendermaßen zur Kritik an der Verwendung des Begriffs „Remigration“:

„Ja, das Wort Remigration wurde uns total vermiest durch eine Psy-Op, also das heißt durch psychologische Kriegsführung, konzertierte Aktionen mithilfe von Correctiv, der Bundesregierung, 1300 Organisationen, die uns angegriffen haben und den Begriff Remigration letztendlich zum Stein des Anstoßes auserkoren haben. Remigration wurde sofort gleichgesetzt mit Deportation von Millionen von Menschen. Es wurde dann angeknüpft sogar in irrsinniger Weise an die Herrschaft des Nationalsozialismus. Es wurde Deportation im Zuge von Wannsee 2.0 heraufbeschworen. Ein Irrsinn. Wirklich psychologische Kriegsführung gegen die AfD, Manipulation der Massen.“

Die Remigration der angesprochenen Personengruppen wird dabei von Rothfuß als Wiederherstellung einer „natürliche[n] Ordnung“ dargestellt:

„Und da ist es mir ganz wichtig gewesen, jetzt mal einen Punkt zu setzen hier und zu sagen, Moment, Remigration ist ein wissenschaftlicher Begriff. Dahinter

²⁹⁶² Bernhard, Marc: Facebook-Eintrag vom 13.01.2025, abgerufen am 14.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*steckt ein ausgeklügeltes und sogar humanes Konzept. Es ist die Wiederherstellung von Ordnung, natürliche Ordnung, Durchsetzung von Recht und Ordnung.*²⁹⁶³

Die AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) befürwortete in ihrer Dankesrede anlässlich ihrer Wahl zur Kanzlerkandidatin der AfD für die Bundestagswahl 2025 auf dem AfD-Bundesparteitag in Riesa (SN) die Verwendung des Begriffs „Remigration“:

*„Die Versorgung von Asylbewerbern von Geld- auf Sachleistungen umstellen, Sozialleistungen für Nicht-Aufenthaltsberechtigte streichen und Rückführung im großen Stil durchführen. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn es dann Remigration heißen soll, dann heißt es eben RE-MIGRATION.“*²⁹⁶⁴

Weidel geht hier nicht näher auf den Umfang der geforderten Rückführungen ein. Dabei ist anzunehmen, dass die Verwendung des Begriffs „Remigration“ gezielt als Provokation dienen soll und absichtlich nicht näher in einen Kontext eingegliedert wird, um sowohl die innerparteilichen Stimmen der Forderung einer pauschalen Remigration (*„millionenfache Remigration“*²⁹⁶⁵) zu bedienen, dabei gleichzeitig in ihrer Rede jedoch keine rechtliche Angriffsfläche zu bieten. Die Aussage stellt daher isoliert betrachtet keinen Anhaltspunkt für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Weidel verwendet hier aber bewusst einen Begriff, der im Sprachgebrauch der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten fest etabliert ist. Auch in der AfD selbst konnten Anhaltspunkte für eine Verwendung des Begriffs in der vom OVG NRW dargelegten Form festgestellt werden. Die Bezugnahme hierauf lässt jedenfalls auf eine fehlende Distanzierung seitens der Co-Bundessprecherin und -Bundesfraktionsvorsitzenden im Hinblick auf eine verfassungsfeindliche Verwendung des Begriffs in ihrer Partei schließen.

²⁹⁶³ Rothfuß, Rainer: Aussagen im Interview; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.11.2024, Kanal: „AfD Bayern TV“, abgerufen am 25.11.2024.

²⁹⁶⁴ Weidel, Alice: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

²⁹⁶⁵ Beispielhaft: Boßdorf, Irmhild: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023, veröffentlicht im Livestream „Live: Tag 2 der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

C. MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

ee. Zwischenfazit

Im Zeitraum des Bundestagswahlkampfes waren die Themenfelder Asyl und Migration weiterhin besonders bedeutsam in der Agitation der AfD. Dabei stand die Auseinandersetzung mit konkreten Straftaten im Zentrum. Die Partei und ihre Funktionärinnen und Funktionäre nahmen dabei das gewalttätige Verhalten Einzelner zum Anlass, Zugewanderte in abwertender Weise als allgemein bedrohliches Kollektiv darzustellen. Bisweilen brachten Vertreterinnen und Vertreter der AfD auch zum Ausdruck, dass bestimmte Straftaten überhaupt erst mit dem Zuzug von Migranten „importiert“ worden seien. Männlichen Zuwanderern wurde darüber hinaus pauschal eine erhöhte Neigung zu Sexualstraftaten unterstellt, die auf ihre „Kultur“ und ein damit vermeintlich verbundenes archaisches Frauenbild zurückgeführt wurde.

Die im Vorwahlzeitraum festgestellte Agitation war insgesamt erkennbar darauf ausgerichtet, Migrantinnen und Migranten pauschal herabzusetzen und mithin geeignet, Menschen mit Migrationsgeschichte in ihrer Menschenwürde zu verletzen. Verglichen mit Äußerungen, die im übrigen Zeitraum der Verdachtsfallbeobachtung angefallen sind, war während des Bundestagswahlkampfes keine Mäßigung festzustellen

c. Muslim- und islamfeindliche Aussagen und Positionen

Wie bereits im Kapitel E. I. 1. c. aufgeführt, finden sich im Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsschutzrelevante Positionierung der AfD gegenüber Musliminnen und Muslimen und dem Islam insgesamt. Fraglich ist, ob seitens der AfD auch während des Bundestagswahlkampfes eine muslim- und islamfeindliche Positionierung fortgesetzt wurde oder aber eine inhaltliche Mäßigung festzustellen ist. Dies gilt es im Folgenden zu prüfen.

Für die Zeit des Bundestagswahlkampfes lassen sich weiterhin Verlautbarungen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD ermitteln, die vorwiegend auf den muslimischen Glauben oder Aspekte der Religionsausübung Bezug nehmen und eine muslimfeindliche Einstellung belegen könnten. Wie in den bereits dargelegten Zitaten werden auch in den hiesigen Äußerungen pauschal negative Werturteile über den Islam und seine Anhängerinnen und Anhänger verbreitet, die letztere ausgrenzend etwa als gewalttätig, bedrohlich und unerwünscht stilisieren.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

C. MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

aa. Bewusste Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen:

Pauschale Beschreibung als gewalttätig und gefährlich

So veröffentlichte Katrin Ebner-Steiner (MdL BY) etwa im Januar 2025 den Tweet eines Users namens Julian Adrat mit folgendem Inhalt:

„Jetzt ganz langsam und damit ich es klar verstehe: mehr als HUNDERT Jugendliche jagen einen 13-Jährigen, um ihn in Berlin abzustechen!? Der Junge flüchtet in Todesangst in einen EDEKA und versteckt sich zwischen Getränkekästen. Eine POLIZEIHUNDERTSCHAFT rückt an, um Bio-Deutsches Blut vorm jämmerlichen Verrecken zu retten. Und es wird klar: der Geburtendschihad ist längst zum Bürgerkrieg mutiert. Unsere Jungs sind nicht mehr sicher. Je jünger der Jahrgang desto gefährdeter. Deutschland! WACH AUF!“²⁹⁶⁶

In dieser Äußerung wird ein einzelner Vorfall zwischen Jugendlichen an einer Berliner Schule von Ebner-Steiner dazu instrumentalisiert, um die Gesamtheit aller Menschen muslimischen Glaubens zu diskreditieren. Dabei unterstellt sie ihnen, sich gegenüber autochthonen Deutschen bewusst gewalttätig zu verhalten und einen regelrechten „Bürgerkrieg“ zu forcieren. Der Bezeichnung „Bio-Deutsches Blut“ erinnert dabei stark an die rassenideologische Vorstellung der Nationalsozialisten vom „Deutschblüter“, also die Blutsverwandtschaft als exklusiv determinierendes Merkmal einer vermeintlich deutschen Abstammung.

Darüber hinaus erscheint der Begriff „Geburtendschihad“ insofern problematisch, als er erstens eine überdurchschnittlich hohe Fortpflanzungsrate muslimischer Frauen impliziert und die Geburt muslimischer Kinder als unerwünscht kennzeichnet. Zweitens deutet er einen kollektiven Kampf im Sinne eines Heiligen Kriegs zwischen muslimischer Minderheits- und autochthon-christlicher Mehrheitsbevölkerung an, der langfristig einer strategischen Verdrängung letzterer diene.

Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) kommentierte im Januar 2025 eine Aussage der ehemaligen Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli („[V]or allem der 3. und 4. Generation sage ich: Dieses Land ist auch Euer unser Land. Kämpft dafür. Demographie wird Fakten schaffen.“), welche sie als „Sassan Kabul“ bezeichnet, in ähnlicher Weise:

²⁹⁶⁶ Ebner-Steiner, Katrin: Retweet eines Tweets vom 22.01.2025, abgerufen am 23.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

C. MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Sassan Kabul meint damit den Geburten-Dschihad. #dschihad“²⁹⁶⁷

In den vorbenannten Äußerungen werden der Islam und dessen Gläubige von den beiden AfD-Vertreterinnen pauschal als (existenzielle) Bedrohung für die autochthone Bevölkerung dargestellt und damit Ängste und Vorbehalte ihnen gegenüber geschürt. Dies führt zu einer Abwertung und Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen, die nicht länger anhand ihrer individuellen Handlungen gemessen, sondern lediglich als Teil eines vermeintlich gewalttätigen, gefährlichen und planvoll agierenden muslimischen Kollektivs betrachtet werden.

Ein weiterer Beitrag, den die JA Schleswig-Holstein am 28. Februar 2025 auf X veröffentlichte, zielt ebenfalls auf eine Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen ab, nimmt jedoch im Gegensatz zu den vorherigen Äußerungen keine Zuschreibung einer angeblich erhöhten Gewaltneigung vor:

„Ob #Weihnachten oder #Ramadan – am schönsten feiert es sich doch stets daheim. In diesem Sinne #EidMubarak und Gute Heimreise.“²⁹⁶⁸

Menschen muslimischen Glaubens werden auch in diesem Beitrag als grundsätzlich unerwünscht dargestellt und ihnen eine „Heimreise“ nahegelegt. In der Gesamtschau wird ihnen seitens der AfD auf Basis ihrer Religionszugehörigkeit somit letztlich die Subjektqualität abgesprochen, was der Menschenwürdegarantie zuwiderläuft.

bb. Angebliche Verdrängung der europäischen Bevölkerung durch den Islam

Es finden sich im Bundestagswahlkampf weitere Äußerungen, in denen das Narrativ einer angeblichen Verdrängung der einheimischen deutschen Bevölkerung durch muslimische Personen behauptet wird.

In einer Rede auf einer Kundgebung in Cottbus (BB) am 30. Dezember 2024 anlässlich der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt prangerte Hans-Christoph Berndt (MdL BB) eine vermeintliche „Überfremdung“ in Deutschland an und bezeichnete Nordrhein-Westfalen als „Kalifat“:

„Und wir erleben sie jetzt dieses Silvester, wie seit Jahren Silvester, wo migrantische Gangs den Bürgerkrieg proben und proben dürfen. Und mit Böllern auf die Leute schießen dürfen. Wo der Staat eine unglaubliche Toleranz zeigt. Aber

²⁹⁶⁷ Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 20.01.2025, abgerufen am 28.01.2025.

²⁹⁶⁸ Junge Alternative Schleswig-Holstein: Tweet vom 28.02.2025, abgerufen am 04.03.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

C. MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*dieser Staat ist nicht tolerant, das ist kein liberaler, schwacher Staat. Das haben wir in den Corona-Zeiten gesehen. Und wir sehen es auch immer da, wo sich Widerstand gegen die Überfremdung regt. Wir sehen es zum Beispiel in dem Kalifat Nordrhein-Westfalen.*²⁹⁶⁹

Ein Kalifat ist dem islamischen Glauben folgend ein Herrschaftsamt, das durch einen Kalifen als Nachfolger des Propheten Mohammed vertreten wird, der die religiöse und politische Führung der islamischen Gemeinde eines bestimmten Territoriums mit absoluter Machtfülle einnimmt. Die hier getätigte Behauptung Berndts rekuriert somit nicht nur auf einen angeblich stattfindenden Verdrängungsprozess („Überfremdung“), sondern betrachtet diesen für Teile der Bundesrepublik sogar bereits als abgeschlossen.

Auch Lena Kotré (MdL BB) schilderte im Rahmen einer Veranstaltung der rechtsextremistischen Jungen Tat am 14. Dezember 2024 in der Schweiz ihre Bedenken hinsichtlich muslimischer Migrantinnen und Migranten, die „uns [...] das Land streitig machen“ wollten:

*„Und das Christentum muss immer geschützt werden, immer, immer – vor allem vor Einwanderern, die aus dem muslimischen Kulturkreis kommen, es ist einfach so. Ich habe große Sorge vor einer Islamisierung meiner Heimat. [...] Und viele Menschen aus diesem Kulturkreis, die in den letzten Jahren erst zu uns gekommen sind, die wollen uns hier im Prinzip das Land streitig machen, das ist meine feste Überzeugung. Es sind selbstverständlich nicht alle und es sind auch in großen Teilen nicht diejenigen, die schon länger hier sind, aber wir müssen da auf der Hut sein in meinen Augen.“*²⁹⁷⁰

Lena Kotré warnt auf der genannten Veranstaltung vor einer vermeintlichen „Islamisierung“ und Verdrängung des Christentums durch den „muslimischen Kulturkreis“. Damit unterstellt sie dem Islam und seinen Gläubigen einen grundsätzlichen Macht- und Herrschaftsanspruch. Die Behauptung, dies beziehe sich nicht auf alle Musliminnen und Muslime, wirkt in keiner Weise relativierend, da sie damit explizit nur einzelne Personen ausnimmt und das mehrheitliche Bild sogar noch verstärkt.

²⁹⁶⁹ Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag in Cottbus vom 30.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.12.2024, Kanal: „Stefan Böhme“, abgerufen am 02.01.2025.

²⁹⁷⁰ Kotré, Lena: Aussagen im Rahmen einer Podiumsdiskussion am 14.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.12.2024, Kanal: „Junge Tat“, abgerufen am 30.12.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

C. MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Ebenfalls von einer „Islamisierung“ sprach Dimitri Schulz (MdL HE) im „Endzeit-Podcast“ vom 13. Februar 2025 und führt diese als Beweggrund für seine politische Betätigung an.²⁹⁷¹

Auf dem Bundesparteitag der AfD in Riesa (SN) im Januar 2025 sagte Sven Tritschler (MdL NW) in seiner Rede zu einem Sachantrag mit dem Titel „Einer weiteren Islamisierung treten wir entgegen“:

„Ich rede aus dem Grund, weil ich Kölner Abgeordneter bin. Und jeden Morgen, wenn ich zur Arbeit fahre, fahre ich an der Großmoschee in Ehrenfeld vorbei. Das ist Ihnen vielleicht ein Begriff. Und für mich ist das eine Machtdemonstration. Und den Bürgern wurde damals versprochen: ‚Ja ihr kriegt jetzt diese Moschee, aber es wird nie der Muezzin von da rufen. Und vor zwei Jahren hat Frau Reker, die ist Ihnen vielleicht bekannt. Das ist die Dame mit der ‚Armlänge Abstand‘, ein – hat dann den Muezzinruf gestattet. Und sowas erleben wir immer mehr, in immer mehr Städten. Ich weiß, dass das nicht in allen Bereichen in Deutschland im Moment so akut ist. Aber für uns in Nordrhein-Westfalen mit dem Ballungszentrum, mit dem Ruhrgebiet, ist es ein Problem. Und wir möchten diese muslimischen Machtdemonstrationen nicht in unseren Städten haben. Das gehört nicht in unser Land. Das heißt nicht, dass irgendjemand seine Religion nicht frei ausüben kann. Aber wir wollen keine Landnahme, keine Machtdemonstration mitten in unseren Städten. Wir sehen, wo das hinführt. Das führt zu Parallelgesellschaften, das führt zur Spaltung unserer Gesellschaft. Das lehnen wir ab. Unsere Leitkultur muss vorherrschen. Und die heißt nun mal: Kein Muezzinruf und keine Großmoscheen.“²⁹⁷²

Auch der Antragsteller des hiesigen Sachantrags, Pascal Pfannes (Co-Sprecher des Kreisverbands Augsburg), argumentierte in ähnlicher Weise:

„Es ist absolut richtig, dass wir hier keine Pauschalisierung vornehmen sollten. Eine Pauschalisierung wäre zu sagen: ‚Diese und diese Religion, die hindern wir an der Ausübung‘. Dass wir da uns gegen die Glaubensfreiheit in dem einen

²⁹⁷¹ Schulz, Dimitri: Podcast „Endzeit-Podcast“ vom 13.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 13.02.2025, Kanal: „EndzeitreporterMcM“, abgerufen am 14.02.2025.

²⁹⁷² Tritschler, Sven: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

C. MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

oder anderen Bereich aussprechen würden. Das tun wir aber nicht. Die islamische Religionsausübung ist nicht dadurch eingeschränkt, wenn wir sagen: „Wir lassen nicht mehr diese islamischen Herrschaftssymbole in unseren Städten zu: der Muezzinruf und das Minarett.“²⁹⁷³

In den beiden vorbenannten Äußerungen wird nicht nur die muslimfeindliche Vorstellung deutlich, Menschen muslimischen Glaubens verdrängten die autochthone Bevölkerung, sondern hier tritt darüber hinaus eine grundsätzliche Ablehnung der Präsenz und Glaubensbetätigung von Musliminnen und Muslimen in Deutschland zu Tage. In der pauschalen Forderung, den Muezzinruf oder den Bau von Minaretten zu verbieten, zeigt sich eine islamfeindliche Vorstellung, wonach die Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 GG für Angehörige des muslimischen Glaubens nicht oder allenfalls eingeschränkt gelten soll. Wie auch das OVG NRW bereits festgestellt hat, wird die Menschenwürdegarantie schon dadurch verletzt, dass Musliminnen und Muslimen allein wegen ihrer Religionszugehörigkeit der Bau bestimmter religiöser Bauten versagt werden soll, während andere Religionsgemeinschaften vergleichbare religiöse Gebäude errichten dürfen.²⁹⁷⁴

cc. Pauschale Verunglimpfung als Islamisten

Die bereits dargelegten Äußerungen aus dem Zeitraum des Bundestagswahlkampfes basieren insbesondere auf einer pauschalen Zuschreibung einer erhöhten Gewaltaffinität und einem Macht- und Herrschaftsanspruch von Menschen muslimischen Glaubens und behaupten eine angebliche Verdrängung der autochthon-deutschen Bevölkerung. Darüber hinaus lassen sich weitere feststellen, die im Kern darauf abzielen, den Islam und seine Glaubensgemeinschaft pauschal mit dem Islamismus gleichzusetzen. Dabei instrumentalisieren AfD-Funktionärinnen und -Funktionäre insbesondere Gewalttaten, die von Muslimen oder Islamisten verübt wurden, um die Religion der Tatverdächtigen als ursächlich für diese Gewaltausübungen darzustellen.

Albrecht Glaser (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE) schrieb beispielhaft am 21. Dezember 2024 anlässlich der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt:

²⁹⁷³ Pfannes, Pascal: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

²⁹⁷⁴ OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 241; siehe hierzu auch die Bewertung der entsprechenden Forderung im Bundestagswahlprogramm, S. 992.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

C. MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Magdeburg: Es wird zunächst die wichtigste Information unterschlagen. Er ist Saudi und das kann man sofort feststellen. Und er ist Arzt. Er ist also kein aufgehetzter Fußsoldat, der Befehle von seinem Iman ausführt, sondern Überzeugungstäter, der das große Ganze im Blick hat.

Was ist das große Ganze? Der Kampf des Islam gegen Christen und Juden, wie es in vielen Suren des heiligen Koran steht. Ein ‚göttlicher‘ Befehl an alle Muslime, dem sie weltweit nachzukommen haben.

Dabei gehen sie taktisch schlau vor. Wenn sie in Staaten eine kleine Minderheit sind, verhalten sie sich möglichst unauffällig. Sie nennen das ‚Taquia‘, d. h. Verstellung. Es ist ein bewußtes Täuschungsmanöver, das Teil des religiösen Verhaltenscodex ist. Ab einer gewissen numerischen Größe in einer nicht muslimischen Umgebung setzen sie die Nadelstich-Strategie ein. Sie provozieren und fordern lästig: Forderung nach Gebetsräumen überall, in Schulen, Universitäten und am Arbeitsplatz.

Dann fordern sie Halal-Speisen in Kantinen, Schulen und Kindergärten. Dann kämpfen sie für Rechtsänderungen, um das Schächten zu legalisieren, das aus Tierschutzgründen in unserem Rechtsraum verboten ist. Dann bekämpfen sie die Manifestationen christlicher Kultur, wie das von Kreuzen als Schmuck, in öffentlichen Einrichtungen, eben auch Weihnachtsmärkte. Sie greifen sie solange physisch an, bis nach einem Zwischenstadium der Befestigungen, was sie bereits zur Farce werden läßt, dieser lange gepflegte Brauch als Provokation der islamischen Mitbürger stilisiert wird und sie danach endlich abgeschafft werden.

Der saudische Arzt überblickt das Alles und leistet seinen Beitrag zur Eskalation des Glaubenskrieges, der in über 30 Suren des Korans mit den Beschreibungen von Tötungsmodalitäten illustriert wird.

Die Meldung, es sei kein unterstützendes Umfeld bisher festgestellt worden, ist töricht und der Versuch, verharmlosende Parolen in die Welt zu setzen. Ein muslimischer Christenmörder hat immer ein unterstützendes Umfeld. Das ist die ‚Umma‘, die Gemeinschaft der Muslime weltweit, die solche Mordtaten immer mit Wohlgefallen begleitet. Die abgeschmackten Formeln des Bedauerns, die den Standarderklärungen der etablierten Politiker sehr ähneln, von den Repräsentanten der Islam-Verbände sind Täuschungshandlungen, welche uns Abendländer einschläfern sollen.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

C. MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Bei dem Täter von Hanau, an dessen strafrechtlicher Schuldfähigkeit nach Aussagen eines erfahrenen Gerichtspsychiaters gezweifelt werden darf (er hat schließlich auch seine Mutter und sich selbst getötet), hatte jedoch keinerlei ‚Umfeld‘. Er ist also weder ein Vertreter des militanten Rechtsradikalismus, als welchen die Politik und die Medien ihn mit Fleiß umdekorierten wollen, noch im strafrechtlichen Sinn ein Mörder.

Das Ähnliche dürfte wohl auch für den Täter von Halle gelten. Von einem Umfeld ist auch dort nichts bekannt geworden. Wenn auch nur der Hauch eines solchen Verdachts sich hätte erweisen lassen, wäre davon unablässig in Politik und Medien die Rede gewesen. Da er sich ebenfalls selbst getötet hat, verbieten sich Spekulationen über seine Schuldfähigkeit und seine Motive. Dennoch war und ist er stets zitierter Beweis für den Antisemitismus in Deutschland.

Wir erleben also wieder das Trauerspiel der Unterdrückung der tödlichen muslimischen Gefahr und damit der Täuschung der Angehörigen über den wahren Hintergrund des Leides, das ihnen zugefügt worden ist.

Es kommt die nahe Wahl hinzu. Die Lebenslügen von nützlicher Migration und der im Prinzip friedlichen monotheistischen Religion des Islam, die zwar ein paar ‚Islamisten‘ hervorbringt. Aber die haben mit dem wahren Islam (zu deutsch: Unterwerfung) nichts zu tun.“²⁹⁷⁵

Glaser instrumentalisiert die Amokfahrt eines Einzeltäters, um mit eindrücklichen Worten seine muslim- und islamfeindliche Vorstellung darzulegen, wonach ein weltweiter Glaubenskrieg des Islam gegen Juden und Christen stattfindet. So sei dieser – faktenwidrig als islamistisch benannter – Gewaltakt bloßer Ausdruck eines „göttliche[n] Befehl[s] an alle Muslime [...] weltweit“, die Herrschaft des Islam durchzusetzen. Die weltweite muslimische Gemeinschaft unterstütze solche „Christenmorde“ und Worte des Bedauerns seitens islamischer Repräsentanten seien in diesem Zusammenhang bloße „Täuschungshandlungen“. Glaser spricht gar von einer „tödlichen muslimischen Gefahr“ und bestreitet in Gänze die Existenz einer friedlichen Ausprägung des Islam. Teil des von ihm behaupteten Glaubenskriegs sei – neben den Gewaltausübungen – auch ein weitaus subtileres, taktisches Vorgehen der mus-

²⁹⁷⁵ Glaser, Albrecht: Facebook-Eintrag vom 21.12.2024, abgerufen am 23.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

C. MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

limischen Minderheitsbevölkerung in einem (christlichen) Staat, um mittels Provokation, Forderungen und bewusster Täuschung die ursprünglichen Bräuche eines Staates abzuschaffen und „die Manifestationen christlicher Kultur“ zu bekämpfen.

Auch Steffen Kotré (MdB, BB) äußerte sich auf X am 21. Dezember 2024 in einem Video zur Amokfahrt auf dem Weihnachtsmarkt in Magdeburg. Ähnlich wie Glaser setzt er in seinen Ausführungen alle Musliminnen und Muslime mit Vertretern und Kräften des aggressiven Islam gleich und betont, dass „die Scharia, der Islam“ nicht zu Deutschland gehörten:

„Wir trauern um die Opfer des Terroranschlags auf dem Weihnachtsmarkt in Magdeburg. Und wenn sich nun die Politiker jeder Couleur der Altparteien, hier auch in Trauer üben, dann ist das heuchlerisch. Denn sie haben diesen Zustand herbeigeführt, in dem sowas möglich ist. Die Sicherheitsbehörden, die wollten diesen Anschlag nicht verhindern, sie hatten genügend Hinweise. [...] Die AfD möchte ein Deutschland, wie es von der inneren Sicherheit und von den Interessen der Bevölkerung vor 30, 40 Jahren gegeben hat, wo man die Bevölkerung geschützt hat, wo man solche Leute aus dem Verkehr gezogen hat, und vor allem ganz wichtig, wo man die Grenzen kontrolliert hat und auch die Leute, die hier reinkommen. Wir haben es wieder mit einem Phänomen zu tun, dass Kulturfremde hier entsprechend Terror reinbringen ins Land. Und das ist unverständlich. Und wir werden alles dafür tun, dass sowas nicht passiert, wenn wir denn in der Macht sind. Islamistische Anschläge oder einfach Anschläge wie dieser hier, der mit dem Islam zu tun hat, sind unverständlich. Denn die Scharia, der Islam, gehören nicht zu Deutschland. Und auch hier wieder sehen wir, dass wir eingeschleppte Probleme haben und dass wir Deutsche friedlich miteinander umgehen, aber die Aggressivität, die Morde und auch der Verlust der inneren Sicherheit auf das Konto von Ausländern gehen.“²⁹⁷⁶

Insgesamt werden in diesen Äußerungen Menschen, die sich zum islamischen Glauben bekennen, pauschal als potenziell lebensbedrohliche Gewalttäter dargestellt und dem Islam ein aggressiver Macht- und Herrschaftsanspruch unterstellt. Dem steht auch nicht entgegen, dass es sich bei den zuvor genannten Äußerungen um solche handelt, die sich auf konkrete Gewaltexzesse bezogen. Bei spontanen, als Reaktion

²⁹⁷⁶ Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 21.12.2024, Kanal: „Steffen Kotré“, abgerufen am 02.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

C. MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

auf eine konkrete Gewalttat abgegebenen Äußerungen kann es sein, dass vereinzelt zu generalisierenden Verantwortungszuschreibungen und gruppenbezogenen erniedrigenden Bezeichnungen gegriffen wird, die mit etwas zeitlichem Abstand nicht in gleicher Form verwendet worden wären und weder sichere Rückschlüsse auf die Grundhaltung der betreffenden Person zulassen noch repräsentativ für die Gesamtpartei sind.²⁹⁷⁷ Gerade letzteres ist hier jedoch aufgrund der umfassenden Beleglage nicht der Fall. Vielmehr zeigen die zahlreichen Zitate in vorherigen und auch in diesem Kapitel auf, dass bewusst mit generalisierenden Zuschreibungen gearbeitet wird und sich dies konsequent bei konkreten Terroranschlägen fortsetzt.

dd.Zwischenfazit

Die während des Bundestagswahlkampfs angefallenen Äußerungen von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern belegen weiterhin eine muslim- und islamfeindliche Agitation der AfD.

Der Fokus liegt in den hiesigen Aussagen insbesondere in der Behauptung einer vermeintlichen Verdrängung einer autochthon-christlichen Mehrheitsbevölkerung durch muslimische Personen. Die – auch im Bundestagswahlprogramm – behauptete „Islamisierung“ wird dabei als regelrechter (gewaltsamer) Kollektivkampf im Sinne eines Heiligen Kriegs stilisiert, an dem sich auch die muslimischen Frauen mit einem „Geburtenschihad“ beteiligten. Der Islam und dessen Gläubige werden von den AfD-Funktionärinnen und -Funktionären pauschal negativ als (existenzielle) Bedrohung dargestellt. Als Anknüpfungspunkt für diese Argumentationslinie wird dabei seitens der AfD auf (vermeintlich) durch Muslime oder Islamisten ausgeübte Straftaten und Tötungsdelikte verwiesen. So wird etwa die Amokfahrt eines saudischen Staatsbürgers auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt im Dezember 2024 wiederholt thematisiert.

Die festgestellten Äußerungen lassen in der Gesamtschau keinerlei Mäßigung im Vergleich zu den in Kapitel E. I. 1. c. festgestellten Positionen erkennen. Insgesamt sind die hiesigen Aussagen weiterhin dazu geeignet, Ängste und Vorbehalte gegenüber dem Islam und Menschen muslimischen Glaubens zu fördern.

²⁹⁷⁷ OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 234; siehe dazu bereits oben S. 915 f.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

d. Antisemitische Aussagen und Positionen

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die im Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung festgestellten antisemitischen Agitationen von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern auch während des Bundestagswahlkampfes fortgesetzt wurden.

Als Basis der hiesigen Ausführungen dienen die in Kapitel E. I. 1. d. angeführte Begriffsbestimmung und die dort skizzierten ideologischen Erscheinungsformen. Dabei meint der Sammelbegriff Antisemitismus im Kern eine feindselige Positionierung gegenüber als homogene Gruppe imaginierte Jüdinnen und Juden, denen aufgrund ihrer (tatsächlichen oder zugeschriebenen) Religion und/oder Herkunft mit Hass, Vorurteilen oder Ressentiments begegnet wird. Diese Positionierung richtet sich gegen die Diskriminierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG, die als Konkretisierung der Menschenwürde in Art. 1 Abs. 1 GG zu verstehen sind.²⁹⁷⁸ **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

aa. Antisemitisch konnotierte Codes und Chiffren

Wie oben bereits dargelegt, tritt Antisemitismus seit dem Ende der NS-Diktatur in verbalisierter Form nur selten als unverstellter Judenhass, sondern vorrangig in Form sprachlicher Codes und Chiffren auf („Umwegkommunikation“). Beispielhaft wurde in diesem Zusammenhang auf die Chiffren „George Soros“ und „die Familie Rothschild“ verwiesen, die sinnbildhaft für den finanziell und politisch omnipotenten Juden stehen, welcher im Hintergrund steuernden Einfluss auf westliche Gesellschaften ausübe, um daraus Macht und finanziellen Reichtum für sich und seinesgleichen zu generieren.

Des Weiteren verbinden sich diese Chiffren in den letzten Jahren zunehmend mit teils verschwörungstheoretischen Narrativen, etwa mit den Erzählungen einer „globalen Elite“, einer „von Globalisten gesteuerten Weltregierung“ oder dem „Great Reset“.

Die rechtsextremistische Erzählung vom „Deep State“ (deutsch: „Tiefer Staat“) fügt sich in diese Erzählungen ein und meint einen „Staat im Staate“, auch „Schattenstaat“ genannt, in dem verdeckte Machtstrukturen oder Gruppierungen angeblich illegitimen Einfluss auf eine staatliche Regierung nehmen. Im Umkehrschluss wird mit diesem

²⁹⁷⁸ Vgl. BVerfGE 144, 20, Rn. 541.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

negativ konnotierten politischen Schlagwort der vermeintlich fremdgesteuerten Staatsregierung („Marionetten“) ein souveränes politisches Handeln abgesprochen. Diese verschwörungstheoretische Vorstellung, der Staat werde nicht von seiner offiziellen Regierung, sondern von einem verborgenen Machthaber regiert, findet sich insbesondere in antisemitischem Kontext wieder. So werden in diesem Zusammenhang vornehmlich Repräsentanten einer angeblich weltweit agierenden „jüdischen Hochfinanz“ als steuernde Machthaber ausgemacht, die „im Hintergrund die Strippen ziehen“ und im Geheimen die Weltpolitik lenkten.

Norbert Kleinwächter (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BB) veröffentlichte anlässlich der Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten im November 2024 einen Videobeitrag auf X, in dem er sich explizit auf den „Deep State“ und „George Soros“ bezieht und damit antisemitische Codes bedient:

„Das Wichtigste ist aber ein Versprechen, das Donald Trump gegeben hat und für das er natürlich immer als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt wurde. Das Versprechen lautet nämlich, diesen Deep State auszuhöhlen. Trump hat oft vom Deep State gesprochen, hat oft von Akteuren gesprochen, die im Endeffekt die Zügel in der Hand halten und sozusagen die Politiker sogar noch dominieren. Und hier ist die historische Aufgabe, den Beweis zu erbringen, dass es diesen Deep State tatsächlich gibt und die Akteure hinter Schloss und Riegel zu bringen. Wir sehen ja ihr Wirken auch in Europa. Wir sehen es in der parlamentarischen Versammlung des Europarats beispielsweise, in der ich auch bin, wo wir dann sehen, dass in den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte lauter Richter gewählt werden sollen, die aus George Soros Open Society Foundation kommen. Also diese ganze Philanthropie, die ein Bill Gates machen, die ein George Soros machen und so weiter, die haben politischen Einfluss auch in Europa. Trump sagt, das ist ein Deep State, der im Endeffekt die Politik dominiert außerhalb der demokratischen Institutionen. Trump hat nun als US-Präsident meiner Ansicht nach die Pflicht, genau diesen Deep State absolut auszustradieren. Denn es kann nicht sein, dass es außerhalb der demokratischen Institutionen, außerhalb der demokratischen Wahlen noch irgendwas gibt, was eigentlich die Politik leitet. Und wenn wir diesen Deep State los sind, wenn wir diese Philanthropie los sind, wenn es die tatsächlich gibt mit ihrem negativen

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

*Einfluss, mit ihrem antidemokratischen Gehabe, dann haben wir auch in Europa wieder eine bessere Chance auf Demokratie und freie Entfaltung.*²⁹⁷⁹

Auch Hans-Christoph Berndt (MdL BB) teilte auf X einen Tweet von Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, ab Februar 2025 MdB, SN), welcher auf die antisemitische Chiffre der „Globalisten“ zurückgriff, die angeblich demokratische Wahlen zu beeinflussen versuchten:

*„In #Georgien wird das Wahlergebnis ignoriert und erklärt die pro-westliche Präsidentin, über das Ende ihrer Amtszeit einfach im Amt zu bleiben. In #Rumänien wird die Wahl kassiert, weil der Sieger nicht passt. Das ist ‚unsere Demokratie‘ der Globalisten. Völker, wehrt Euch!“*²⁹⁸⁰

In ähnlicher Weise sprach Christine Anderson (MdEP, HE und parlamentarische Geschäftsführerin der ESN-Fraktion) zum Jahresbeginn 2025 auf Facebook von den „globalen“ und „falschen Eliten“:

*„Auch in diesem Jahr wird die politische & gesellschaftliche Achterbahnfahrt des Wahnsinns weitergehen. Die globalen Eliten werden nicht aufhören, unsere Freiheit, unsere Selbstbestimmung und unsere Nationen von innen heraus anzugreifen. Und wir werden niemals aufhören, uns mit aller Macht dagegen zu wehren. Die Dinge kommen in Bewegung. Der Wandel wird spürbar. Und das macht diese falschen Eliten noch gefährlicher, weil sie merken, daß die Zeit ab jetzt gegen sie läuft. Seien wir also weiter wehrhaft, trotzig und immun gegen das Gedankengift, welches sie uns über ihre Medien verabreichen wollen. Seien wir weiter Selbstdenker. Bleiben wir weiter kritisch und misstrauisch, jedoch ohne dabei in Paranoia zu verfallen. Trotz allem einen klaren Geist zu behalten ist essentiell. Denn Spaltung & Paranoia zu verbreiten gehört auch zu ihrem Plan. Bleiben wir daher alle zusammen weiter stark, wach und geistig unabhängig. Mehr als je zu vor bin ich mir heute sicher: WIR WERDEN GEWINNEN!“*²⁹⁸¹

Explizit benennt Anderson die „globalen Eliten“ als externe Machthaber, die „unsere Nationen von innen heraus anzugreifen“ und die Menschen zu spalten versuchten. In Anlehnung an die antisemitische Legende der „Brunnenvergiftung“ spricht sie

²⁹⁷⁹ Kleinwächter, Norbert: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 06.11.2024, Kanal: „NKleinwächter“, abgerufen am 11.11.2024.

²⁹⁸⁰ Berndt, Hans-Christoph: Retweet eines Tweets vom 06.12.2024, abgerufen am 19.12.2024.

²⁹⁸¹ Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 02.01.2025, abgerufen am 07.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

überdies von einem „Gedankengift“, das diese „falschen Eliten“ den Menschen über die Medien verabreichen wollten.

bb. Weitere antisemitische Aussagen und Positionen

Neben den antisemitisch konnotierten Chiffren und Codes, die im Zeitraum des Bundestagswahlkampfes angefallen sind, konnte ein weiterer Beleg eines AfD-Abgeordneten festgestellt werden, welcher neben dem Begriff „Globalisten“ auch Argumentationsmuster eines sekundären Antisemitismus enthält.

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) verbreitete anlässlich der öffentlichen Kritik an der Unterstützung der AfD durch Elon Musk am 31. Dezember 2024 auf X einen englischsprachigen Fremdbeitrag, den er mit einer deutschen Übersetzung kommentierte. Dieser enthält ein geschichtsrevisionistisches Narrativ, das letztlich an die „Schuld kult“-Erzählung angelehnt ist und antisemitische Ressentiments fördert. So übersetzte Berndt den Beitrag wie folgt:

„Was jetzt in Deutschland passiert, entscheidet die Zukunft Europas. Wenn die Deutschen endlich ihren Weltkriegs-Schuldkomplex loswerden, war es das für die Globalisten. Deutschland ist/war ihre wichtigste Bastion. Deshalb drehen sie so durch, wenn Musk die @AfD unterstützt.“²⁹⁸²

Darin kommt die Behauptung zum Tragen, Jüdinnen und Juden profitieren indirekt vom Holocaust. So diene – der Argumentation folgend – der angebliche deutsche „Weltkriegs-Schuldkomplex“ letztlich der Zementierung „globalistischer“ Machtverhältnisse. Diese Erzählung rekurriert unmittelbar auf die sekundär-antisemitische Strategie einer Täter-Opfer-Umkehr, wonach Jüdinnen und Juden vorgeworfen wird, sie steckten hinter dieser „Jahrhundert-Lüge“ des Holocausts und profitierten von dieser auf Deutschlands Kosten.

Wie im gesamten Begutachtungszeitraum wurde auch im Bundestagswahlkampf vereinzelt Solidarität mit Israel ausgesprochen. So äußerte die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) am 2. Februar 2025 im Interview bei Caren Miosga im Kontext einer Gedenkveranstaltung des Bundestags zum Holocaust mit einem Zeitzeugen:

²⁹⁸² Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 31.12.2024, abgerufen am 02.01.2025. (Doppelverwendung eines Belegs aus dem Kapitel F. 1. 4.)

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Wir haben dort ebenfalls der Rede, der sehr andächtigen Rede, gelauscht. Und wir haben auch Beifall geklatscht, natürlich. Und für uns steht die Existenz Israels an erster Stelle. Ich weiß, dass das Framing ein komplett anderes ist, das mediale Framing. Aber es ist nun mal so. Wir gedenken dem Holocaust zusammen mit den Juden in der AfD. Das ist eine Vereinigung bei uns.“²⁹⁸³

Zwar ist die Anerkennung des Existenzrechts Israels eine Selbstverständlichkeit, deren einmalige Behauptung nicht dazu führen würde, zahlreiche Anhaltspunkte für Antisemitismus zu relativieren. Angesichts der äußerst geringen Dichte an festgestellten Belegen bestätigt es jedoch die Bewertung, dass eine vorherrschende antisemitische Grundtendenz in der Partei auch in der Phase des Bundestagswahlkampfes nicht feststellbar war. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich hier um ein deutliches und allgemeines Bekenntnis der höchsten Führungsperson der AfD handelt, das anders als die Mehrheit der im übrigen Begutachtungszeitraum festgestellten Solidaritätsbekundungen auch nicht gleichzeitig mit antimuslimischen Narrativen kombiniert wurde.

cc. Zwischenfazit

Die wenigen in der Zeit des Bundestagswahlkampfes angefallenen antisemitischen Äußerungen von AfD-Repräsentantinnen und -Repräsentanten der Bundes- und Landesebene sind hinsichtlich ihrer Codierung und thematischen Schwerpunktsetzung bis auf einen Ausreißer ähnlich aufgebaut. Es konnte im besagten Zeitraum weiterhin kein unverstellt geäußerter Hass gegen Menschen jüdischer Herkunft festgestellt werden.

Zumindest vereinzelt kann jedoch weiterhin die Verwendung klassischer antisemitischer Narrative belegt werden. Diese offenbarten sich aber ausschließlich durch Andeutungen, Codes und Chiffren („George Soros“, „Globalisten“, „globale Eliten“ oder „Deep State“). Überwiegend sind diese Belege Ausdruck eines politischen Antisemitismus, der Jüdinnen und Juden in verschwörungstheoretischer Manier als Strippenzieher des Weltgeschehens imaginiert. Lediglich ein Beleg ließ sich ermitteln, der auf die Ideologieform des sekundären Antisemitismus rekurriert.

²⁹⁸³ ARD: „Was für ein Deutschland wollen Sie, Frau Weidel?“; veröffentlicht in: www.ardmediathek.de am 02.02.2025, abgerufen am 03.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

In der Gesamtschau weisen die festgestellten Verlautbarungen aus dem Zeitraum des Bundestagswahlkampfes – wie auch schon im bisherigen Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung – weder in der Qualität noch in der Anzahl eine solche Intensität auf, dass von einem innerhalb der AfD vorherrschenden antisemitischen Weltbild gesprochen werden kann. Der Eindruck, dass zuletzt eher weniger antisemitische Aussagen in der Partei festzustellen waren, hat sich hier bestätigt. Entsprechend kann weiterhin keine Verdichtung antisemitischer Anhaltspunkte hin zu einer Gewissheit festgestellt werden.

2. Demokratieprinzip

Anknüpfend an Kapitel E. I. 2. ist in diesem Unterkapitel zu prüfen, ob gegen das Demokratieprinzip gerichtete Aussagen und Positionen im Zeitraum des Bundestagswahlkampfes in gleichem Maße angefallen sind oder ob eine Mäßigung oder Verschärfung im Hinblick auf solche stattgefunden hat.

Mehrere Abgeordnete sowie Funktionärinnen und Funktionäre der AfD äußerten sich im Zeitraum zwischen dem Koalitionsbruch Anfang November bis hin zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 diesbezüglich relevant.

a. Inabredestellen der Volkssouveränität der Bundesrepublik Deutschland – angebliche Steuerung durch die USA

Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Rainer Rothfuß äußerte im Dezember 2024 in einem Interview mit COMPACT, in der Bundesrepublik herrsche eine von ausländischen Mächten gelenkte Politik, die Deutschland „unsouverän“ halte:

„Wir wissen mittlerweile aber auch, dass sogar das State Department in den USA eingreift, Personal unterhält, auch Mittel bereitstellt, um die AfD möglichst als politische Kraft in Deutschland klein zu halten. Was ist der Grund? Deutschland soll ja unsouverän bleiben, soll ja weiterhin eben den Interessen Brüssels und Washingtons dienen können und das geht eben nur mit Parteien, die diesen Schwur gesprochen haben, alles für Brüssel, alles für Washington. Und da sind wir außen vor. Und das muss man eben auch immer mit einbeziehen. In dieser innenpolitischen Situation spielt eben die geopolitische Interessenlage mit rein.“

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Deutschland darf, soll nicht souverän werden. Das würden wir mit der AfD als Deutschland sicherlich werden. Deswegen diese Einflussnahme“²⁹⁸⁴

Rothfuß unterstellt hier, dass die USA (zu dem Zeitpunkt der Aussage) dedizierte Mitarbeiter beschäftige, deren Aufgabe es sei, Deutschland durch die Unterdrückung der AfD zu destabilisieren und auf die deutsche Regierung Einfluss zu nehmen, um sie dahingehend zu steuern, einzig im Interesse der USA und der EU („Brüssel“) zu agieren. Dabei spricht Rothfuß nicht nur von einer geplanten Einflussnahme, sondern stellt die Souveränität der Bundesrepublik zu diesem aktuellen Zeitpunkt gänzlich in Abrede.

Ähnliches äußerte Rothfuß in einem Interview im Vorfeld des Bundesparteitags 2025 der AfD in Riesa (SN) einen Monat später:

„Wir wollen nicht mehr der Vasall und die Melkkuh Brüssels sein und auch nicht mehr Washingtons, sondern wir wollen einfach unseren eigenen Standpunkt entwickeln. Wir wollen den eigenen Interessen dienen. Wir wollen gute konstruktive Beziehungen haben nach Westen wie nach Osten. und das taugt eben denen in Brüssel nicht, die meinen, die Richtung vorgeben zu können.“²⁹⁸⁵

Auf dem Bundesparteitag selbst suggerierte Björn Höcke (MdB TH) als Antragsteller im Rahmen eines Sachantrags die Außenpolitik betreffend, die Bundesrepublik sei ein „Objekt fremder Interessen“:

„Wenn der Bundesfachausschuss den Antrag übernimmt, freut uns das natürlich. Es ist ja letztlich nur ‘ne Petitesse, aber doch ‘ne bedeutende. Weil wir ja im Augenblick – und das ist der Status quo – ja tatsächlich Objekt fremder Interessen jetzt schon sind. Und die Aufgabe der AfD ist es eben, dass Deutschland wieder frei und souverän und selbstbestimmt wird. Das ist unser Auftrag. Und deswegen müssen wir das ‚sein‘ einfügen und sind dann auch glattgezogen im Bundestagsprogramm.“²⁹⁸⁶

Die vorgenannten Aussagen diffamieren durch die Unterstellung fehlender Souveränität nicht nur die Bundesrepublik Deutschland und ihre Regierung, sondern zielen

²⁹⁸⁴ Rothfuß, Rainer: COMPACT-Interview; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.12.2024, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 12.12.2024.

²⁹⁸⁵ Rothfuß, Rainer: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

²⁹⁸⁶ Höcke, Björn: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

auch darauf ab, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die politischen Prozesse Deutschlands zu schwächen.

b. Inabredestellen der Pressefreiheit

Auch die Pressefreiheit wurde im Rahmen des Bundestagswahlkampfes von einigen AfD-Abgeordneten in Frage gestellt.

So teilte der Bundestagswahlkandidat Markus Matzerath (mittlerweile MdB, NW) am 17. Dezember 2024 auf Facebook einen Beitrag des AfD-Stadtverbands Stolberg (NW), in dem von „Versagerparteien“ die Rede war, welche die Medien kontrollierten:

„Bitte spenden Sie und helfen Sie mit, dass unser Land nicht von einem Regierungschaos ins nächste stürzt. Die Medien sind fest in der Hand der Versagerparteien.“²⁹⁸⁷

Volker Richter (MdL HE) veröffentlichte am 4. Januar 2025 auf Facebook einen Eintrag, der bezogen auf die Regierungsparteien folgende Aussage trifft:

„Sie haben Schützenhilfe von der vierten Macht im Staat, welche sich nicht als freie und unabhängige Journalisten begreifen, sondern ihre persönliche politische Meinung in einer Form des Erziehungsjournalismus zu Tage bringen, die jeder Beschreibung spottet.“²⁹⁸⁸

Die Unterstellung, die etablierten Medien agierten lediglich im Interesse der Regierungsparteien und beeinflussten auf diese Weise Wahlentscheidungen, ist dazu geeignet, die Legitimität von Wahlergebnissen bei Bürgerinnen und Bürgern generell in Zweifel zu ziehen, weil diese nicht ungefiltert den eigentlichen Wählerwillen zum Ausdruck brächten.

²⁹⁸⁷ Matzerath, Markus: geteilter Facebook-Eintrag vom 17.12.2024, abgerufen am 27.01.2025.

²⁹⁸⁸ Richter, Volker: Facebook-Eintrag vom 04.01.2025, abgerufen am 13.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

c. Nutzung von Begriffen wie „Systempartei“, „Kartellpartei“, „Blockpartei“

In der Wahlkampfphase konnten regelmäßig Rede- und Social-Media-Beiträge festgestellt werden, in welchen die etablierten Parteien und insbesondere die Regierungsparteien durch die Nutzung verschiedener Begriffe diffamiert werden. Insbesondere die Bezeichnung als „Kartellpartei“, welche neben einer Diffamierung auch zusätzlich die Unterstellung eines illegalen Handelns beinhaltet, kann in einer Vielzahl von Aussagen festgestellt werden:

So teilte Götz Frömming (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BR; mittlerweile MdB, BB) im November 2024 einen Tweet des Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke (MdL TH) mit folgendem Inhalt:

„Fakt ist aber auch, daß die BILD und die Kartellparteien seit vielen Jahren für die sog. ‚Energiewende‘ trommeln, deren Rückgrat die Windenergie sein soll. Die BILD wird immer noch gelesen, die Kartellparteien mehrheitlich gewählt... #Demokratie funktioniert nicht mit Stimmungsmache, sondern nur mit gut informierten, nicht manipulierbaren und weitsichtigen Bürgern.“²⁹⁸⁹

Auch der damalige JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (zudem AfD-Bundesvorstandsmitglied und MdB, BB) sprach im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg in einem Tweet vom 4. Dezember 2024 von einer „*Eskalationsdiplomatie der Kartellparteien*“.²⁹⁹⁰

Am 8. Januar 2025 schrieb Fabian Küble (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand und zudem für die AfD Mitglied des Stadtbezirksbeirats Plauen) in einem Beitrag auf X:

„Die Altparteien haben uns alles genommen: Heimat, Freiheit, Sicherheit. Die Kartellparteien sind unser Unglück“²⁹⁹¹

René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) schrieb am 4. Dezember 2024 auf X anlässlich des Besuchs eines Politikers in Georgien:

²⁹⁸⁹ Frömming, Götz: Retweet eines Tweets vom 17.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.

²⁹⁹⁰ Gnauck, Hannes: Tweet vom 04.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.

²⁹⁹¹ Küble, Fabian: Tweet vom 08.01.2025, abgerufen am 08.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

„Man kann in der Bundesrepublik nicht ständig vor einem angeblichen Untergang der Demokratie warnen, gezielt die Opposition bekämpfen und dann in ein anderes Land reisen, um dort den Sturz einer demokratisch gewählten Regierung zu unterstützen. Kartellpolitiker wie Roth sind der Inbegriff der Altparteien-Heuchelei und einer fremdinteressengesteuerten Außenpolitik.“²⁹⁹²

Götz Frömming (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BR; mittlerweile MdB, BB) sprach in einem Tweet vom Dezember 2024 von „Kartellparteien“:

„Unter dem Vorwand, die Sicherheit im Bundestag zu erhöhen, planen die Kartellparteien eine Art Berufsverbot für unsere Mitarbeiter, sofern sie Mitglied in eingestuften AfD-Landesverbänden oder Vorfeldorganisationen sind.“²⁹⁹³

Auf dem Wahlkampfabschluss des hessischen AfD-Landesverbands am 20. Februar 2025 in Neuhoef (HE) stellte der hessische Landtagsabgeordnete und Bundesvorstandsmitglied Heiko Scholz ebenfalls auf das Narrativ eines bestehenden Kartells innerhalb der Regierung ab. In seinem Redebeitrag bezeichnete Scholz die Regierungsparteien als skrupelloses „Altparteienkartell“:

„Abschiebungen, wie vorige Woche in Hessen, werden zu Wahlkampfzwecken vorgetäuscht. Wie dumm hält eigentlich diese Frau Faeser unseren deutschen Wähler? [...] Kein Land dieser Welt kann eine derartige unqualifizierte und unkontrollierbare Migrationsflut verkraften. Und sobald wir in Regierungsverantwortung sind, werden wir dem ein Ende bereiten. Wir, das Volk, sind der Souverän und nicht die Erfüllungsgehilfen eines skrupellosen, machtbesetzenden Altparteienkartells, liebe Freunde.“²⁹⁹⁴

Lena Kotré (MdL BB) schrieb in einem Tweet vom 10. November 2024:

„Kennt die Gier der Kartell-Politiker überhaupt noch Grenzen? In Berlin und Brandenburg offenbar nicht!“²⁹⁹⁵

Sie wiederholte die Nutzung des Kartellbegriffs in einem Beitrag auf dem Netzwerk X, wo sie in einem Tweet vom 25. November 2024 u. a. eine Schlagzeile der JUNGEN FREIHEIT mit Bezug zum Thema Einwanderung („Einwanderung ins Sozialsystem –

²⁹⁹² Springer, René: Tweet vom 04.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.

²⁹⁹³ Frömming, Götz: Tweet vom 16.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.

²⁹⁹⁴ Scholz, Heiko: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Hessen in Neuhoef (HE); veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 06.03.2025.

²⁹⁹⁵ Kotré, Lena: Tweet vom 10.11.2024, abgerufen am 11.11.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Nur noch jeder dritte Bürgergeld-Empfänger ist Bio-Deutscher“) teilte und dazu schrieb:

„Diese zwei Meldungen stehen repräsentativ für die politische Kultur der deutschen Polit-Elite seit Generationen: Alles für andere, nichts für die eigenen Leute. Von Linkspartei bis CDU - die Kartellparteien können nicht anders und werden für immer ausschließlich antideutsch handeln.

Weil die AfD hier eine Ausnahme bildet, werden wir nicht nur politisch, sondern auch geheimdienstlich bekämpft. In ihrer Vorstellung ist es geradezu antisozial, für das eigene Volk einzustehen - ungefähr so, wie ein misshandeltes Kind als erwachsener Mensch aggressiv auf genuine Zuwendung reagiert, weil es Gewalt für eine normale zwischenmenschliche Beziehung hält.

Wir müssen die Kartellpolitiker vollständig absetzen. Deswegen: Werdet Mitglied in der AfD, engagiert euch, macht mit bei der Rettung unseres Landes! Jeder wird gebraucht.“²⁹⁹⁶

Die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) verwendete in ähnlicher Manier den Begriff der „Blockparteien“, als sie die Warnung des hessischen Innenministers, auf den Plattformen der sozialen Medien sammelten sich zum Teil „ungefilterte Meinungen, darunter auch gezielte Falschnachrichten“ zum Anlass für folgende Äußerung nahm:

„Nun möchte die CDU gegen ‚ungefilterte Meinungen‘ vorgehen mithilfe des willfähigen Geheimdienstes/Verfassungsschutzes. Die Blockparteien zeigen immer mehr ihr wahres Gesicht. Das ist Zensur der Meinungsfreiheit.“²⁹⁹⁷

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) äußerte in einer Rede am 30. Dezember 2024 auf einer Kundgebung in Cottbus (BB) anlässlich der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt:

„Und das zeigt doch die ganze Hässlichkeit und Erbärmlichkeit dieser späten BRD. Die ganze Hässlichkeit und Erbärmlichkeit der Lage, in die uns CDU, SPD, FDP und Grüne gebracht haben. [...] Ja, wir haben es in diesem Jahr noch nicht geschafft, die Vorherrschaft dieser Altparteien zu brechen. Aber liebe Freunde, wir sind sehr dicht davor. Und gerade nach den Wahlen im Osten in

²⁹⁹⁶ Kotré, Lena: Tweet vom 25.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.

²⁹⁹⁷ Weidel, Alice: Tweet vom 15.01.2025, abgerufen am 17.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

diesem Sommer und nachdem, wie es sich jetzt in diesen Parlamenten entwickelt hat, ist doch dieses Parteienkartell dabei, sein Ansehen zu verspielen, seine Legitimation zu verspielen. Bei jedem, der auch nur halbwegs neutral die Sache sieht, haben diese Parteien doch offenkundig ihre Glaubwürdigkeit verloren. [...] Elon Musk sagt wiederholt ‚Nur die AfD kann Deutschland retten!‘. Nur die AfD kann Deutschland retten. Und das Kartell von Staatsparteien und Staatsmedien bekommt Schnappatmung.“²⁹⁹⁸

Von „Kartellparteien“ sprach auch Franz Schmid (MdL BY sowie damaliger Bundesschatzmeister der JA und Vorsitzender der JA BY) in einem Tweet vom 17. März 2025.²⁹⁹⁹

Tatsächlich konnten im Laufe des Wahlkampfs zahlreiche weitere Instanzen dokumentiert werden, in denen demokratischen Parteien ein Zusammenschluss zu einem Kartell unterstellt wurde. Da diese Zitate jedoch noch weitere für dieses Kapitel relevante Aussagen enthielten und um eine Doppelverwendung zu vermeiden, wurden sie an anderer Stelle in diesem Kapitel behandelt.³⁰⁰⁰

Die Häufigkeit, in welcher in diesem kurzen Zeitraum die Unterstellung eines „Parteienkartells“ geäußert wurde, weist darauf hin, dass der Begriff und seine Wortabwandlungen innerhalb der Parteirhetorik etabliert sind. Zusätzlich kann anhand dessen die Wahlkampfstrategie identifiziert werden, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Unabhängigkeit der übrigen Parteien zu schwächen.

²⁹⁹⁸ Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag in Cottbus vom 30.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.12.2024, Kanal: „Stefan Böhme“, abgerufen am 02.01.2025.

²⁹⁹⁹ Schmid, Franz: Tweet vom 17.03.2025, abgerufen am 31.03.2025.

³⁰⁰⁰ Folgende, bereits anderweitig innerhalb dieses Kapitels referenzierte Aussagen verwenden ebenfalls die Unterstellung eines „Parteienkartells“: Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 21.12.2024, abgerufen am 16.01.2025; Moosdorf, Matthias: Tweet vom 22.12.2024, abgerufen am 16.01.2025; Brandner, Stephan: Rede am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 03.02.2025; Höcke, Björn: Redebeitrag am 24.01.2025 in Aschaffenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 27.01.2025; Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 24.01.2025, abgerufen am 27.01.2025; Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 26.01.2025, abgerufen am 18.02.2025; Bernhard, Marc: Tweet vom 31.01.2025, abgerufen am 06.02.2025; Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 04.02.2025, abgerufen am 07.02.2025; Nolte, Benjamin: „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.02.2025, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 18.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

d. Gleichsetzung der Bundesrepublik etwa mit dem Nationalsozialismus und der DDR oder allgemein mit einer Diktatur

Es konnten auch im Rahmen des Bundestagswahlkampfes Belege generiert werden, in denen Politikerinnen und Politiker der AfD die Bundesrepublik Deutschland mit totalitären Systemen gleichsetzen. Hierbei werden sowohl Parallelen zum historischen Nationalsozialismus und der ehemaligen DDR gezogen als auch generell totalitäre Methoden unterstellt.

So schrieb Volker Richter (MdL HE) am 2. Februar 2025 auf Facebook:

„Wie Grüne, SPD und Linke eine Massenpsychose auslösen und dabei den inneren Frieden riskieren.

Die Skrupellosigkeit mit der manche Menschen miteinander umgehen, zeigte sich in den vergangenen Jahren in vielen totalitären Systemen. Dabei waren die jeweiligen Ideologien moralische Rechtfertigungen für zutiefst unmenschliches Verhalten.

Das ist vielen bekannt, was liegt nun also näher, als eigenes skrupelloses Verhalten einer gegnerischen politischen Kraft zu unterstellen und so entsprechend eine Vielzahl an Menschen, die mit Sicherheit das Gute wollen und nichts böses, für sich zu instrumentalisieren?

Hiermit halte ich fest: Diese Methodik der totalitären Herrschaft über die eigene Bevölkerung hat Deutschland voll im Griff.“³⁰⁰¹

Stephan Brandner (MdB, TH) trat am 18. Januar 2025 beim Wahlkampfauftakt der AfD Thüringen für die Bundestagswahl auf. Dabei diffamierte er Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) als „Frau Reichsmarschall Eckardt“:

„Ja, ihr kennt immer die schnaufende Göring-Eckardt im Nacken mit der Stoppuhr. Irgendeiner sagt mir mal, ich weiß gar nicht, ob man das hier wiederholen darf. Manche nennen sie Frau Reichsmarschall-Eckardt. Mache ich mir nicht zu eigen, Gott will, ich habe es nur gehört. Aber ihre Attitüde, ihr Gehabe ist tatsächlich manchmal so, wie man sich das vorstellt in den Geschichtsbüchern.“³⁰⁰²

³⁰⁰¹ Richter, Volker: Facebook-Eintrag vom 02.02.2025, abgerufen am 13.02.2025.

³⁰⁰² Brandner, Stephan: Rede am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 03.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Auch wenn Brandner hier explizit betont, er mache sich diese Aussage „*nicht zu eigen*“, so kann doch durch seine Wiedergabe dessen davon ausgegangen werden, dass er die Bezeichnung zumindest als korrekt empfindet und sie sich rein aus taktischen Gründen nicht zuschreiben lassen möchte, da er sich der Problematik bewusst ist.

Die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) ließ im Rahmen der AfD-Wahlkampfveranstaltung am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) einen Videobeitrag einspielen, in dem das Erstellen einer Strafanzeige durch Robert Habeck gegen einen Mann, der ihn durch das Verbreiten eines Memes mit dem Aufdruck „*Schwachkopf professional*“ beleidigt hatte, thematisiert wird. In dem Einspieler äußert sich Alice Weidel folgendermaßen zu dem Sachverhalt:

„Das gehört zur Meinungsfreiheit dazu. Und ich finde, man darf das nicht verbieten. Wenn jemand die Meinung hat, dass ein anderer keine Ahnung hat – wie ein Kinderbuchautor von Wirtschaft und Energie – dann darf er doch ‚Schwachkopf‘ sagen. Was ist daran so falsch? Es ist nicht mal falsch, oder?“³⁰⁰³

Über das juristische Vorgehen Habecks gegen derartige Äußerungen sagt Weidel zudem:

„Das ist ein Element der Einschüchterung. Das kennt man aus der DDR, dann ist man da gleich nach Hohenschönhausen geschafft worden. Ich kann nur jedem empfehlen, sich das mal anzugucken, was die mit den Menschen, mit Regimekritikern, die Honecker als Faschisten bezeichnet hat, was man mit den Menschen in Hohenschönhausen gemacht hat.“³⁰⁰⁴

Nicht nur diffamiert Weidel Robert Habeck dadurch, dass sie implizit dessen Bezeichnung als „*Schwachkopf*“ zustimmt, sie unterstellt ihm ebenfalls, die Strafanzeige wegen Beleidigung als Einschüchterung analog zu den Methoden der damaligen DDR anzuwenden.

Auf dem Bundesparteitag der AfD in Riesa (SN) am 11. Januar 2025 ließ sich Christine Anderson (MdEP, HE) im Rahmen eines Saalantrags zu dem Thema aus und sagte:

³⁰⁰³ Weidel, Alice: Videoeinspieler auf der Wahlkampfveranstaltung am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 03.02.2025.

³⁰⁰⁴ Ebd.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

„Unser Antrag wurde fristgerecht eingereicht, aber versehentlich hat er keinen Eingang in das Antragsbuch gefunden, weswegen ihn wir jetzt als Saalantrag stellen. Die Antragsteller, als da wären: meine Wenigkeit, der KV Fulda, Andreas Lichert, Jan Nolte, Uwe Schulz, Pierre Lamely, Nicole Hess, Anja und Arno Arndt, beantragen, in unser Wahlprogramm die Abschaffung des §188 StGB – im Volksmund als ‚Majestätsbeleidigung‘ bekannt – aufzunehmen. Der Punkt ist einfach der, liebe Freunde. Der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hört ja nun nicht auf, ein Schwachkopf zu sein, nur weil er diese, wie ich finde, doch sehr zutreffende Bezeichnung strafrechtlich sanktionieren lässt. Nein, es macht es schlimmer. Es macht ihn zu einem totalitären Schwachkopf. Liebe Freunde, ein freiheitlicher Rechtsstaat, der strafrechtliche Normen missbraucht, um Bürger wegen Kritik an Regierungsmitgliedern zu schikanieren, zu verfolgen und zu kriminalisieren, hört eben auf, ein freiheitlicher Rechtsstaat zu sein. Durch die Aufnahme dieser Forderung unterstreichen wir einmal mehr, dass einzig und allein die AfD für den freiheitlichen Rechtsstaat einsteht.“³⁰⁰⁵

Damit kritisiert Anderson nicht nur die Strafrechtsnorm des § 188 StGB, sondern behauptet zugleich, die Bundesrepublik sei nicht länger ein Rechtsstaat.

Martin Renner (MdB, NW) setzte in der Wahlkampfperiode weiterhin das durch ihn auch schon in der Vergangenheit regelmäßig angewendete rhetorische Stilmittel ein, die etablierten Parteien mit verschiedensten, an die SED angelehnten Wortkreationen zu diffamieren.

So schrieb er am 13. Januar 2025 auf Facebook:

„Allen ‚System-Pfuschern‘ der ‚Neuen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands‘ (NSED) und des polit-ökonomisch-medialen Machtkartells sei lächelnd gesagt:

‚Ihr erlebt gerade Euer blaues Wunder.‘

Und – Euch zur Erinnerung: Blau ist die Farbe der ‚Alternative für Deutschland‘“³⁰⁰⁶

Am 4. Februar 2025 schrieb Martin Renner (MdB, NW) auf Facebook:

³⁰⁰⁵ Anderson, Christine: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

³⁰⁰⁶ Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 13.01.2025, abgerufen am 03.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

„Deutschland ist kurz vor dem Ende und der große Wumms wird in Bälde Deutschland endgültig in den Abgrund stürzen.

Deshalb darf am 23.2.2025 keine Partei dieses Altparteien-Kartells mehr gewählt werden.

Wie konnte es passieren, dass in unserem Deutschland alle Parteien der ‚Neuen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (N-SED)‘- außer der AfD - so irre, so undemokratisch und so totalitär geworden sind.

Ich erkläre das seit 12 Jahren ständig und leicht nachvollziehbar in Hunderten von Vorträgen.“³⁰⁰⁷

e. Bezeichnung der Bundesrepublik als Diktatur im Zusammenhang mit konkreten Sachthemen

aa. Angeblich mangelnde Gewaltenteilung bzw. Aushöhlung demokratischer Prozesse

Auch die Negierung der Gewaltenteilung kam im fortgesetzten Beobachtungszeitraum vereinzelt vor.

Der Bundestagswahlkandidat Stefan Möller (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) trat am 18. Januar 2025 in Arnstadt (TH) beim Wahlkampfauftakt der AfD Thüringen für die Bundestagswahl als Redner auf. Dort äußerte er:

„Dieser Staat ist repressiv geworden und zwar ziemlich unverblümt. Wenn man beispielsweise jetzt die Forderung von Nancy Faeser anguckt, dass Polizisten entlassen werden, nur weil sie in der falschen Partei sind. Oder wenn wir anschauen, dass diese Woche ein Soldat entlassen worden ist aus dem Knast, der dort reingekommen ist, weil er sich nicht hat impfen lassen, weil er keine Lust hatte, eine experimentelle Impfung zu ertragen. Das ist Deutschland 2024 und das ist Deutschland noch 2025 und das müssen wir ändern. Denn das, was diese Politiker, unsere Konkurrenten, unsere [Anm.: zeigt Anführungsstriche] Demokratie nennen, das ist gar nicht unsere Demokratie, sondern das, was sie meinen, ist deren Macht. Es geht um deren Macht. Denn mit Demokratie hat das alles nicht viel zu tun, für Demokratie reicht's nicht, dass man wählen gehen

³⁰⁰⁷ Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 04.02.2025, abgerufen am 07.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

kann, das gibt's auch in Staaten, die nicht demokratisch sind. Denn dazu muss es auch entsprechend fair zugehen. Da gehört ne ganze Menge mehr dazu.“³⁰⁰⁸

bb. Angebliche Gewaltausübung gegen die Bevölkerung und politische Gegner

Mehrere Social-Media- und Redebeiträge aus den Reihen der AfD unterstellten der Regierung gewaltsames Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung. Dabei ist insbesondere der Vorwurf hervorzuheben, die Regierung übe durch die vermeintliche Hinnahme von Gewalttaten durch Migranten (passiv) Gewalt an dem deutschen Volk aus und sei dadurch für diese Gewalttaten mitverantwortlich.

Christine Anderson (MdEP, HE) schrieb am 26. Januar 2025 auf Facebook:

„Blut klebt an den Händen der Kartell-Politiker. Wie viele tote oder vergewaltigte Kinder, Frauen und Männer wollen wir noch hinnehmen, während unsere Grenzen weiter ungeschützt offenstehen? Wie lange wollen wir uns noch von hunderttausenden - längst abschiebepflichtigen - Illegalen ausnutzen und auf der Nase herumtanzen lassen? Wer die Grenzen nicht schützt und Migration nicht kontrolliert, reißt unser Land absichtlich ins Chaos. Alle Statistiken beweisen es. CDU Kanzlerkandidat Friedrich Merz ist ein Lügner, ein Schwätzer und ein erbärmlicher Wendehals. Wir brauchen keine machtgeilen Politdarsteller. Wir brauchen STACHELDRAHT, BETON und PUSHBACKS! Jetzt!“³⁰⁰⁹

Im Februar 2025 wurde auf journalistenwatch.com ein Artikel von Nicole Höchst (MdB, RP) veröffentlicht. Darin stellte sie u. a. die Gewalttat von Aschaffenburg (BY) als Ergebnis einer „gegen das deutsche Volk gerichtete[n] Migrationswaffe“ dar:

„Da schickst du dein kleinen zweijährigen Jungen morgens in die Kita und siehst ihn nicht lebend wieder, weil ein Monster, das nicht mehr hätte im Land sein dürfen, dein Augenlicht ausgelöscht hat. [...] Was für ein Skandal! Alle Menschen mit totrotgrüner Gesinnung heucheln nun wieder Anteilnahme und spucken den Opfern und ihren Familien im nächsten Augenblick ins Gesicht, indem Sie zu Demonstrationen gegen all die politischen Kräfte aufrufen, die die Menschen in diesem Land vor solchen monströsen Gewalttaten und die gegen das deutsche Volk gerichtete Migrationswaffe schützen wollen.“

³⁰⁰⁸ Möller, Stefan: Rede am 18.01.2025 in Arnstadt; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 03.02.2025.

³⁰⁰⁹ Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 26.01.2025, abgerufen am 18.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Sie machen am Rande dieser Demos Selfies mit selbstzufriedenem Lächeln und sagen so jedem Menschen in Deutschland, dass Ihnen die Morde und das Metzeln völlig egal sind. Sie demonstrieren nicht gegen die Mörder oder die fehlgeleitete Migrationspolitik. Sie zeigen der großen Mehrheit der jüngst Befragten, die sich ein Ende der entzlichen und folgenschweren Migrationspolitik wünschen, den ausgestreckten Mittelfinger. Bitte erklären Sie ihren Wählern endlich, dass sie gar nicht gewillt sind, die Wähler und ihre Kinder ernsthaft zu schützen. Erklären Sie, dass Sie ihre hart erarbeiteten Steuergelder an Sozialmigranten und feindliche Fremde umverteilen möchte.

Sie sind in Wahrheit empathielose, politische Geisterfahrer und die Totengräber des Vertrauens der Menschen in diesen Staat und seine Organe. Und sie gehen dabei über Leichen: Die unrühmliche Mehrheit des Deutschen Bundestages hat am Freitag den CDU Zuwanderungsbegrenzungsgesetzentwurf abgelehnt, den sich 69 Prozent der Befragten wünschten laut ‚Tagesspiegel‘ wünschten. Das alles macht die Menschen unfassbar wütend, denn sie sehen, welche Parteien auf die Mord- und Vergewaltigungsoffer der Masseneinwanderung spucken. [...]

In Wahrheit ist die Brandmauer keine Heldentat. Sie ist weit entfernt davon. Sie ist so etwas wie die Garantie auf ein Dauerabo auf Regierungsbeteiligung der Deutschland feindlich gesinnten parlamentarischen Minderheit. Mit Demokratie hat diese Brandmauer nichts zu tun. Mit Grabsteinen, Deutschlandvernichtung, Krieg, Armut und Elend leider eine ganze Menge.³⁰¹⁰

Höchst verbreitete den Beitrag im Nachgang auch auf Facebook.³⁰¹¹

Matthias Moosdorf (MdB, SN) kommentierte in einem Facebook-Eintrag vom 21. Dezember 2024 die Amokfahrt in Magdeburg (ST) folgendermaßen:

„Die Verbrecher der Kartellparteien sind für die Tat mitverantwortlich. Das moralisierende Wegschauen ist Teil einer Politik, in der Einheimische wie Fischfutter behandelt werden. Sie dürfen zahlen, sollen das Maul halten, wenn sie es nicht tun, schuriegelt man sie.

³⁰¹⁰ Journalistenwatch: „Höchst brisant: Empathielose politische Geisterfahrer. Die Brandmauer des Grauens besteht allein zum Machterhalt einer Minderheit“ vom 02.02.2025, in: <https://journalistenwatch.com>, abgerufen am 07.02.2025.

³⁰¹¹ Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 02.02.2025, abgerufen am 07.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*Die kommende Bundestagswahl könnte diesem Irrsinn ein Ende machen, wenn... Ja, wenn die Deutschen endlich aufwachen würden. Stattdessen wieder nur dämmliches Framing.*³⁰¹²

Ebenso schrieb er in einem Tweet am folgenden Tag zu dem Thema:

*„Magdeburg zeigt noch einmal deutlich, wie sehr diese Kartellparteien abgewirtschaftet haben. [...] Der ganze linke Verbrecherclan schaut weg. So lange bis sie ihre Krokodilstränen vergießen können. Diese gelten jedoch eher ihrem Kontroll- und damit Machtverlust als den Opfern ihrer Politik. Im Mittelalter hätte man Politiker mit diesem Karma nicht nur abgewählt. Einstweilen bleibt nur, die AfD zu wählen. Wir sind die einzige Partei, die die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen wird - wenn wir dazu genügend Stimmen haben!“*³⁰¹³

Der damalige Co-Vorsitzende der JA Thüringen, Eric Engelhardt, veröffentlichte am 1. März 2025 ein Video auf X, in dem er ausführt:

*„Jemand bricht in deine Wohnung ein, verletzt deine Mutter und du sagst zum Einbrecher: ‚Du siehst aber traumatisiert aus. Hier, nimm noch etwas Geld.‘ Das ist die Realität in Deutschland. Millionen brechen in dein Land ein, verletzen Deutsche und du bezahlst sie noch. Die politische Elite führt einen Kampf gegen das eigene Volk. Sie wollen, dass unser Land ruiniert, unsere Sicherheit zerstört und unsere Identität vernichtet wird. Das lassen wir nicht zu. Deutschland ist unsere Heimat, eine Heimat, die es nicht nochmal gibt. Deswegen wehren wir uns dagegen, damit auch deine Mutter wieder sicher leben kann.“*³⁰¹⁴

Gerhard Schenk (MdL HE) schrieb am 12. Februar 2025 auf Facebook:

*„Zensur, Hausdurchsuchungen, Druck am Arbeitsplatz. Die Opposition ist einem immensen Verfolgungsdruck ausgesetzt. Nur so können anscheinend die Altparteien ihren Kurs der wirtschaftlichen und kulturellen Zerstörung weiter fortsetzen. Absicht? Unvermögen?“*³⁰¹⁵

Harald Laatsch, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, bezeichnete die Bundesrepublik Deutschland in einem Tweet vom 20. Dezember 2024 als „Unrechtsstaat“:

³⁰¹² Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 21.12.2024, abgerufen am 16.01.2025.

³⁰¹³ Moosdorf, Matthias: Tweet vom 22.12.2024, abgerufen am 16.01.2025.

³⁰¹⁴ Engelhardt, Eric: Tweet vom 01.03.2025, abgerufen am 04.03.2025.

³⁰¹⁵ Schenk, Gerhard: Facebook-Eintrag vom 12.02.2025, abgerufen am 13.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

„Jetzt plant die Bundesregierung eine offizielle Urlaubsreiseerlaubnis für Menschen die angeblich aus dem Land ‚flüchten‘ mussten.

Deutschland ist ein Unrechtsstaat gegen seine eigene Bevölkerung. Damit das so bleibt haben sich die Täter das Bundesverfassungsgericht gesichert.“³⁰¹⁶

Der Deutschland-Kurier veröffentlichte am 18. Februar 2025 einen Videobeitrag des bayerischen Landtagsabgeordneten Benjamin Nolte mit dem Titel „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!“ auf seinem YouTube-Kanal. Darin agitierte Nolte gegen die „Kartellparteien“ und die „Deutschlandabschaffer[n] von CDU und CSU“:

„Liebe Patrioten, liebe Freunde der Freiheit, liebe User und Zuseher des Deutschland-Kuriers, mein Name ist Benjamin Nolte und ich bin Abgeordneter für die AfD im Bayerischen Landtag. Unser Brauchtum und unsere Traditionspflege, einst Zeichen unserer Identität und unseres Stolzes, wurde von den Kartellparteien in den letzten Jahren zur Zielscheibe ihrer Kulturvergessenheit gemacht. Allen voran von den Deutschlandabschaffern von CDU und CSU. Einst konservative Wertebewahrer sind CDU und CSU heute nur noch kulturmarxistische Marionetten. Von Heimatliebe und Respekt für unsere Traditionen ist nichts mehr übrig, außer vielleicht in Wahlkampfreden.“³⁰¹⁷

Der AfD-Kreisverband München (BY) teilte am 23. Januar 2025 auf Facebook einen Artikel von www.dushanwegner.com mit folgendem Inhalt:

„Als gestern ein Afghane in Aschaffenburg ein 2-jähriges Kind und einen 41-Mann zu Tode messerte (nius.de, 22.1.2025), war ich, wie viele von uns, zunächst einfach nur von Schmerz und Wut ergriffen.

Nach aktuellem Informationsstand war der 28-jährige Afghane im Jahr 2022 nach Deutschland gekommen (nius.de, 22.1.2025). Er wurde von den Behörden dem ‚Betäubungsmittel-Milieu‘ zugerechnet, eine Umschreibung für Drogenkonsument und/oder Drogendealer. [...] In ihrem Bemühen, Deutschland den maximalen Schaden zuzufügen, wollte die Regierung offenbar tausende Afghanen im wehrfähigen Alter nach Deutschland fliegen lassen. Etwas davon wurde wohl

³⁰¹⁶ Laatsch, Harald: Tweet vom 20.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.

³⁰¹⁷ Nolte, Benjamin: „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.02.2025, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 18.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

umgesetzt. War der Täter von Aschaffenburg einer von diesen Baerbock-Besuchern? Einige Mitarbeiter der deutschen Botschaften im Ausland, dem ‚grünen‘ Außenministerium unterstellt, scheuen offenbar nicht einmal vor Gesetzesbruch zurück, um afghanischen Männern den Weg nach Deutschland zu ermöglichen (rp-online.de, 28.06.2024). Legal? Illegal?

Für die Grünen ‚schießegal‘ - Hauptsache zum Schaden Deutschlands.

(Täuscht euch nicht: Das ist nicht nur ein deutsches Phänomen: Auch in anderen EU-Ländern erlebt man seit Jahren, wie Flugzeugladungen junger, gesunder Männer aus Afrika landen und von verhuschten NGO-Schergen schnell und geplant in die Gesellschaften eingeschleust werden. Das alles wird von bösen Kräften orchestriert, die vermutlich weit über Baerbock stehen, aber Figuren wie die Wohlfrisierte als öffentliches Gesicht benötigen.)

Als Essayist ist es meine Aufgabe, meine Bestürzung in Worte zu bringen, und zwar auf eine Weise, die nach Ludwig Wittgenstein ‚der Fliege den Weg aus dem Fliegenglas weist‘. Doch was kann man noch formulieren, was nicht bereits formuliert worden ist?

Dass das Blut der Opfer importierten Terrors an den Händen der Gutmenschen klebt? [...]

CDU und FDP könnten jederzeit, gemeinsam mit der AfD, den Migrationswahnsinn und das unnötige Sterben durch ausreisepflichtige Gewalttäter beenden. Doch sie tun es nicht.

Bei SPD und Grünen sind Partei und Wählerschaft moralisch dermaßen ‚durch‘, dass die die Toten ganz bewusst in Kauf nehmen, um ihren Migrationswahnsinn durchzuziehen, bis zum blutigen Ende. [...]

Brandmauer steht für die Verweigerung jeder Zusammenarbeit oder Koalition mit der AfD - wie hoch der Preis an Menschenleben damit auch sei. Die Azteken-Priester opferten einst ihre Kinder durchs Messer und auf blutigste Weise, um die Götter zu besänftigen. Die deutsche Brandmauer-Ideologie opfert das Leben von Kindern und Eltern, liefert sie buchstäblich ans Messer, wohl um irgendwelchen höheren Migrations-Mächten zu gefallen.

Das ist die Realität im Deutschland des Jahres 2025: Die Brandmauer ist eine gefährliche Ideologie, und sie hat Deutschland noch immer im Griff.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Der (bislang) beinharte Ideologe Friedrich Merz ist bereit, wöchentlich den Tod von Menschen für seine Brandmauer-Ideologie in Kauf zu nehmen.“^{3018 3019}

Der AfD-Kreisverband München (BY) macht sich durch Teilen des Beitrags ohne kritische Auseinandersetzung den Inhalt zu eigen.

f. Allgemeine Diffamierung der staatlichen Institutionen

Ebenfalls konnten im Zeitraum ab dem Koalitionsbruch weiterhin mehrere Instanzen festgestellt werden, in denen Funktionärinnen und Funktionäre der AfD staatliche Institutionen allgemein diffamieren.

So unterstellten mehrere AfD-Politikerinnen und Politiker staatlichen Institutionen beispielsweise die planvolle Zerstörung oder Vernichtung Deutschlands:

Marc Bernhard (MdB, BW) verunglimpfte am 31. Januar 2025 auf X die etablierten Parteien als „Kartellparteien“, „Deutschlandzerstörer“ und „Antidemokraten“:

„Sie wollen die Grenzen einfach nicht schließen: Kartellparteien zerstören Deutschland!

Das heutige pseudo-,demokratische‘ Schauspiel ist vorbei. Angesichts der täglichen Messerübergriffe, Gruppenvergewaltigungen und Toten war dieses Geringel mehr als nur unwürdig für unser Parlament. Nicht die Sicherheit und das Leben der Menschen, sondern ‚Brandmauern‘ und Wahlkampfaktik spielen für die Kartellparteien offenkundig die wichtigste Rolle.

Das ‚Zustrombegrenzungsgesetz‘ hat bloß rein kosmetischen Charakter, doch nicht einmal diesen minimalen Schritt sind die Deutschlandzerstörer bereit, zu gehen. Die absurde Debatte über dieses Gesetz beweist, dass die Altparteien unsere Grenzen nicht schützen wollen.

Grüne, FDP, SPD, Linke und CDU sind klar unwählbar. Diese Antidemokraten haben heute eindrücklich unter Beweis gestellt, dass sie nicht das Wohle Deutschlands und das der Bürger im Sinne haben.“³⁰²⁰

³⁰¹⁸ AfD München: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025. .

³⁰¹⁹ Wegner, Dushan: „Brandmauertote, die Opfer einer Ideologie“ vom 23.01.2025, in: www.dushan-wegner.de, abgerufen am 24.01.2025.

³⁰²⁰ Bernhard, Marc: Tweet vom 31.01.2025, abgerufen am 06.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

Tomasz Froelich (damaliger stellvertretender JA-Bundesvorsitzender; MdEP, HH) verbreitete einen Tweet von Marvin Neumann (ehemaliger Bundesvorsitzender der JA und Mitarbeiter eines MdB) aus Januar 2025. Darin kommentierte Weber einen ZEIT-Artikel anlässlich der Wahl des Begriffs „Biodeutsch“ als „Unwort des Jahres“ mit folgendem Wortlaut:

„Das BRD-Sprachregime mag keine Begriffe, die an die Existenz von Abstammungsdeutschen erinnern. Nicht sonderlich überraschend, aber wieder symptomatisch für einen ethnozidal-antideutsch ausgearteten Verfassungsppluralismus.“³⁰²¹

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, postete am 15. Januar 2025 (unter Nutzung seines Pseudonyms „Fabian Keubel“) den folgenden Beitrag auf X, der von der JA Sachsen-Anhalt geteilt wurde:

„Eine Unvereinbarkeitsliste auf der obskure Kleinstorganisationen, nicht aber verbrecherische Massenorganisationen wie die Altparteien stehen, obwohl letztere Deutschland so schweren Schaden zugefügt haben, wie niemand sonst, ist letztlich halt auch nur ein absurder Witz.“³⁰²²

Küble und die JA Sachsen-Anhalt diffamieren hier nicht nur die von ihm sogenannten Altparteien, sondern unterstellen ihnen auch illegale, größtmöglichen Schaden verursachende Machenschaften, welche sie zu der Aufnahme auf die Unvereinbarkeitsliste der AfD qualifizieren müssten.

Auf dem Wahlkampfabschluss des hessischen AfD-Landesverbands am 20. Februar 2025 in Neuhof (HE) trat der hessische Bundestagsabgeordnete Uwe Schulz als Redner auf. Dort bezeichnete er die regierenden Parteien in Deutschland unter anderem als „globalisierte bunte Vasallen“:

„Der Fisch stinkt vom Kopf. Und daher ist es so wichtig, die Köpfe zu ändern. Anstelle von Schwachköpfen brauchen wir Schlauköpfe, auch wenn sie blonde Zöpfchen tragen. Anstelle von Deutschland-Vernichtern brauchen wir Deutschland-Retter. Anstelle von globalisierten bunten Vasallen brauchen wir Ritter des

³⁰²¹ Froelich, Tomasz: Retweet eines Tweets vom 13.01.2025, abgerufen am 01.04.2025.

³⁰²² Junge Alternative Sachsen-Anhalt, Retweet eines Tweets vom 15.01.2025, abgerufen am 07.03.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

*Grundgesetzes. Wir brauchen Kämpfer, die unsere Farben Schwarz-Rot-Gold ganz offen und voller Stolz tragen und tapfer unser Heimatland Deutschland zurückerobern. Gehen Sie daher zur Wahl, bringen Sie noch ein paar Kumpels mit und beobachten Sie ab 18 Uhr die Leute, die ihre Wählerstimmen auszählen.*³⁰²³

Im Rahmen der von der AfD Bayern organisierten Gedenkveranstaltung anlässlich einer Gewalttat in Aschaffenburg vom 22. Januar 2025 äußerte Björn Höcke (MdB TH) in seinem Redebeitrag:

„Die Kartellparteipolitiker, die haben Deutschland, obwohl wir noch gar nicht im Krieg stehen, Gott sei Dank noch nicht im Krieg stehen mit Russland, sie haben Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu einem killing field im Frieden gemacht. [...]

*Die Deutschen sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten vom politmedialen Establishment in Deutschland in Angst und Schuld gehalten worden. Und wenn sie nicht langsam wach werden, wenn sie nicht langsam den aufrechten Gang lernen, dann wird von ihnen schon in Bälde nichts mehr übrig sein [...]. Ich kann die Namen nicht mehr aufzählen, die unschuldig in den letzten Jahren ums Leben gekommen sind durch eine verfehlte Politik der offenen Grenzen.*³⁰²⁴

Er äußerte außerdem in einem Facebook-Eintrag vom 23. Januar 2025:

„Die Beileidsbekundungen der Kartellparteipolitiker sind flach, hohl und stereotyp. Entweder ist das ihrer Empathielosigkeit geschuldet oder dem Wissen, daß sie durch die Politik der offenen Grenzen, die sie alle bis heute mittragen, große Schuld auf sich geladen haben. Als bezeichnend und gleichzeitig beschämend empfand ich den Beitrag der CDU-Spitzenfunktionärin Julia Klöckner auf X. Sie schrieb: ‚Es sind immer wieder Männer. Nicht Frauen. #Aschaffenburg‘ Wahrscheinlich um von der Jahrhundertschuld der CDU abzulenken, scheut diese Dame nicht davor zurück, Männer gegen Frauen auszuspielen und unsere Gesellschaft auch noch in dieser Hinsicht zu polarisieren. Um es nochmal deutlich auszusprechen: Die Kartellparteipolitik der Aufnahme von Millionen

³⁰²³ Schulz, Uwe: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Hessen in Neuhoef (HE); veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 06.03.2025.

³⁰²⁴ Höcke, Björn: Redebeitrag am 24.01.2025 in Aschaffenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 27.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch!

[...] Trump weiß, es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht. Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen. Es ist Zeit für Deutschland!“³⁰²⁵

Andreas Galau (MdL BB) teilte am 23. Januar 2025 einen Telegram-Beitrag von Björn Höcke (MdL TH) mit diesem Inhalt.³⁰²⁶

René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) schrieb in einem Tweet vom 17. November 2024:

„Die CDU steht neben vielen Dingen - der Massenmigrationspolitik der Ära Merkel, machthungriger Opportunismus, inhaltliche Widerstandslosigkeit etc. - vor allem für ein unsouveränes Vasallendeutschland, das den vaterländischen Verrat als Realpolitik kaschiert.“³⁰²⁷

Am 14. Januar 2025 unterstellte Klaus Gagel (MdL HE) auf Facebook, die Regierungsparteien der vergangenen 20 Jahre hätten nicht im Interesse Deutschlands gehandelt:

„Während des vergangenen Wochenendes wurde in Riesa auf unserem Bundesparteitag über die Kanzlerkandidatur unserer Spitzenkandidatin Alice Weidel ab- und mit großer Mehrheit dafür gestimmt.

Die AfD stellt damit erstmals einen Kanzlerkandidaten. Die deutschen Bevölkerung hat damit nun auch endlich Aussicht auf eine potentielle Kanzlerin, die tatsächlich deutsche Interessen vertritt. Und dies ist auch bitter notwendig. Nach

³⁰²⁵ Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. b.)

³⁰²⁶ Galau, Andreas: Telegram-Beitrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

³⁰²⁷ Springer, René: Tweet vom 17.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

DEMOKRATIEPRINZIP

über zwanzig Jahren antideutscher Politik der Altparteien steht unser Land so schlecht da wie noch nie in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik.“³⁰²⁸

In weiteren Aussagen wurden den etablierten Parteien Korruption sowie unlautere Methoden zur Machtergreifung bzw. zum Machterhalt unterstellt:

René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) sprach in einem Tweet vom 2. Dezember 2024 von einer „*inkompetente[n], in großen Teilen korrupte[n] Parteienelite*“.³⁰²⁹

Nicole Höchst (MdB, RP) veröffentlichte im Januar 2025 auf Facebook folgende Aussage:

„Wer erinnert sich noch an ein Deutschland, in dem Recht und Ordnung herrschte? Ohne Hunderttausende illegale Migranten? Ohne tägliche Messerangriffe und Gruppenvergewaltigungen? Wahrscheinlich ist dieser Mangel an Vorstellungskraft ein Ergebnis der Manipulation des herrschenden Politmedienkartells, das Angst um seine Macht hat?“³⁰³⁰

In seinem Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) bezeichnete Andreas Lichert (MdL HE) die Regierungsparteien als „*linksgrüne Ökosozialisten*“, die primär nicht die besten Interessen des Landes im Sinn hätten:

„Aber jetzt setzen wir uns mal kurz eine linksgrüne Brille auf und sagen doch, doch, das stimmt alles, der Mensch ist schuld und überhaupt. Selbst dann müsste man den linksgrünen Ökosozialisten in Deutschland in den Arm fallen, denn die machen so unfassbar viel dummes Zeug, das nicht nur sauteuer ist, sondern vor allen Dingen dem Klima überhaupt nichts bringt. Überhaupt gar nichts.“³⁰³¹

³⁰²⁸ Gagel, Klaus: Facebook-Eintrag vom 14.01.2025, abgerufen am 23.01.2025.

³⁰²⁹ Springer, René: Tweet vom 02.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.

³⁰³⁰ Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 24.01.2025, abgerufen am 27.01.2025.

³⁰³¹ Lichert, Andreas: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 03.02.2025.

g. Zwischenfazit

Auch im Zeitraum des Bundestagswahlkampfes ließen sich zahlreiche Aussagen von AfD-Politikerinnen und Politikern feststellen, die sich gegen das Demokratieprinzip richten. So fiel in der Vorwahlzeit eine Vielzahl verschiedener dem Demokratieprinzip widriger Äußerungen betreffend fast aller Gliederungspunkte aus Kapitel E. 1. 2. an.

Besonders das Inabredestellen der Pressefreiheit stellt im Rahmen des Wahlkampfes eine besondere Untergrabung demokratischer Prozesse dar, da es dazu geeignet ist, das Vertrauen der Bevölkerung in eine unabhängige Berichterstattung zu schwächen, und darauf abstellt, die Wählerinnen und Wähler in ihrer Wahlentscheidung zu verunsichern.

Ebenfalls ist die Häufigkeit des Gebrauchs von Begrifflichkeiten wie „Kartellparteien“ im Wahlkampf hervorzuheben. Durch die immer wiederkehrende Verwendung dieses und daran angelehnter Begriffe von verschiedenen AfD-Politikern kann davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um eine innerparteilich akzeptierte Wahlkampfretorik handelt.

Anhand der Vielzahl der angefallenen Belege sowie deren inhaltlicher Intensität kann auch im Hinblick auf das Demokratieprinzip keine Mäßigung während des fortgesetzten Beobachtungszeitraums im Vorwahlzeitraum festgestellt werden.

3. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip zielt, wie oben bereits dargelegt, auf die Bindung und Begrenzung der öffentlichen Gewalt zum Schutz der individuellen Freiheit ab. Es umfasst als bestimmende Merkmale etwa die Gewaltenteilung – also die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte – und das Gewaltmonopol des Staats.

Während des im voranstehenden begutachteten Zeitraums konnten seitens der AfD das Rechtsstaatsprinzip tangierende Positionen festgestellt werden, wenngleich deren Anzahl und Qualität nicht drauf schließen lassen, dass die Partei von einer gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßenden Tendenz beherrscht wird. Es fanden sich vornehmlich Verlautbarungen mit offener Widerstandsrhetorik und einer eklatanten Infragestellung des Gewaltmonopols.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

Es ist zu prüfen, ob die während der Verdachtsfallbearbeitung angefallenen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Rechtsstaatsprinzip fortbestehen oder aber im Wahlkampfzeitraum eine diesbezügliche mäßigende oder verstärkende Veränderung stattgefunden hat. Diesbezüglich sind zwei Äußerungen zu betrachten, die beide von Björn Höcke (MdB TH) stammen.

So forderte er im Januar 2025 auf X, die Europäische Konvention der Menschenrechte auszusetzen:

„Der Syrer Alaa S. kommt nur 6 Jahre nach dem Mord an Daniel H. aus dem Gefängnis und wird n i c h t abgeschoben. Die Europäische Konvention der Menschenrechte wird vom Gericht für diese Entscheidung herangezogen, um das Prinzip ‚Täterschutz vor Opferschutz‘ praktizieren zu können. Ich frage mich: Was ist mit den Menschenrechten der Deutschen und warum setzt man die Konvention nicht aus, wenn offenkundig der Staatszerfall in Deutschland droht? Letztlich ordnen die Richter - und mit ihr die Kartellparteien - die Existenz des Staates dem Recht bzw. der Auslegung des Rechtes unter. Finde den Fehler! Ich wiederhole hier eine alte Einsicht, wenn ich sage: Es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht!“³⁰³²

Höcke bekundet hier, dass er die Entscheidung des VG Chemnitz aus 2021, wonach der Syrer Alaa S einem Abschiebungsverbot unterliegt, für unbeachtlich hält und stellt insofern die Bindung an Recht und Gesetz in Frage. Begründet wurde das Abschiebungsverbot für Alaa S. mit der Unvereinbarkeit einer Abschiebung nach Syrien mit Art. 3 EMRK („Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.“). Die von Höcke geäußerte Forderung, die Europäische Konvention der Menschenrechte in Gänze auszusetzen, um einen verurteilten Straftäter ohne deutsche Staatsbürgerschaft – trotz vorliegender menschenrechtlicher Bedenken und humanitärer Gründe, die einer Abschiebung entgegenstehen – abzuschicken, ist in letzter Konsequenz als rechtsstaatswidrig zu werten und steht im Widerspruch zu Deutschlands völkerrechtlicher Verpflichtung als EMRK-Mitglied.

³⁰³² Höcke, Björn: Tweet vom 25.01.2025, abgerufen am 27.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

Höcke kritisiert dabei nicht nur die konkrete Gerichtsentscheidung des VG Chemnitz, was noch nicht verfassungsschutzrelevant wäre. Vielmehr fordert er die allgemeine Außerkraftsetzung bindender Menschenrechte – die auch die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes tangieren –, und zielt damit letztlich auf die (widerrechtliche) Rückführung von Menschen mit Migrationsgeschichte ab, die seiner völkisch-ethnischen Vorstellung nach kein Bleiberecht in Deutschland haben.

Gemäß Art. 6 Abs. 3 EU-Vertrag sind die Grundrechte, wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ergeben, im Übrigen als allgemeine Grundsätze Teil des Unionsrechts. Damit missachtet Höcke auch den grundsätzlichen Vorrang des Unionsrechts. Es trifft zwar zu, dass dieser nur gilt, weil die Bundesrepublik als souveräner Staat selbst entscheiden konnte, aufgrund von Art. 23 GG und den Zustimmungsgesetzen zu den europäischen Verträgen Kompetenzen abzugeben.³⁰³³ Insofern wäre dies durch Gesetzesänderung wieder abänderbar, wie die AfD es auch mit der Gründung eines Bund europäischer Nationen anzustreben scheint.³⁰³⁴ Dies ist jedoch nicht Gegenstand der hiesigen Aussage. Höcke möchte das aktuell geltende Recht nicht bei der Entscheidung über die Abschiebung angewendet sehen und ignoriert damit den Grundsatz des Vorrangs des Gesetzes.

Dass sich Björn Höcke hinsichtlich der Rückführung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht an Recht und Gesetz gebunden sieht, veranschaulicht darüber hinaus ein von ihm veröffentlichter Facebook-Eintrag vom 23. Januar 2025 anlässlich des Messerangriffs in Aschaffenburg (BY):

„Die Kartellparteienpolitik der Aufnahme von Millionen illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch! Als ich vor einigen Jahren in ‚Nie zweimal in den denselben Fluß‘ den fortgeschrittenen Prozeß des deutschen Staatszerfalls beschrieb, führte ich zu möglichen Gegenmaßnahmen aus: ‚Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird

³⁰³³ Vgl. Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 93, Rn. 82c.

³⁰³⁴ Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 86: „Dieser Bund europäischer Nationen, den wir als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft anstreben, wahrt die weitgehende Souveränität seiner Mitgliedsstaaten nach innen und ermöglicht die Koordination im Auftreten nach außen.“

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚Wohltemperierten Grausamkeit‘, wie es Peter Sloterdijk sagte, herkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.‘ Und ich mahnte, was oft unterschlagen wird, aus meiner ethischen Verantwortung heraus im folgenden Satz an: ‚Man sollte daher so human wie irgend möglich, aber auch so konsequent wie nötig vorgehen.‘ Ich setzte damit bewußt einen Kontrapunkt zur damaligen Bundeskanzlerin Merkel, die den Migrantentsunami über Deutschland hinweggehen ließ, weil sie die unschönen Bilder an der Bundesgrenze fürchtete. Ich tat es, wohl wissend, Opfer von Haß und Hetze durch das polit-mediale Establishment zu werden, weil ich ahnte, wie grausam die Folgen für Deutschland werden würden. Die Bluttat von Aschaffenburg steht für diese grausamen Folgen. [...] Trump weiß, es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht. Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen. Es ist Zeit für Deutschland!“³⁰³⁵

Höcke erneuert hier seine im 2018 erschienenen Gesprächsband „Nie zweimal in denselben Fluß“ formulierte Forderung, im Rahmen der Remigrationspolitik auch solche Maßnahmen zu ergreifen, die dem moralischen Empfinden der Bevölkerung zuwiderlaufen könnten.³⁰³⁶ Dass er sich hinsichtlich der Rückführungen von Migrantinnen und Migranten nicht an international geltendes Recht gebunden sieht, bekräftigt vor allem seine abermalige Äußerung, es gebe „kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht“. Seine Ausführungen belegen in letzter Konsequenz eine willkürliche rechtliche Schlechterstellung von Menschengruppen auf Basis eines imaginierten „Recht[s] eines souveränen Volkes“, was diese

³⁰³⁵ Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. b.)

³⁰³⁶ Vgl. Gutachten AfD und Teilorganisationen 2019, S. 396 f.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

RECHTSSTAATSPRINZIP

in ihrer Menschenwürde verletzen würde und auch dem Rechtsstaatsprinzip zuwiderläuft.

Im Gegensatz zum vorherigen Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung, in dem vereinzelt Äußerungen mit Widerstandsrhetorik und Infragestellungen des Gewaltmonopols seitens der AfD-Vertreterinnen und -Vertreter festgestellt wurden, fanden sich im hiesigen Begutachtungszeitraum lediglich zwei Äußerungen eines Landtagsabgeordneten, die das Rechtsstaatsprinzip tangieren. Die betreffenden Aussagen stellen in argumentativ ähnlicher Weise die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt in Frage und enthalten eine rechtsstaatswidrige Forderung zur „Remigration“ unter Missachtung geltenden Rechts (etwa durch Außerkraftsetzung völkerrechtlich garantierter Menschenrechte).

Anknüpfend an die Feststellung in Kapitel E. 1. 3. lassen diese beiden Äußerungen weiterhin nicht den Schluss zu, dass die Partei von einer gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßenden Tendenz beherrscht wird, weshalb auch nicht von einer Verdichtung der festgestellten Verdachtsmomente zur Gewissheit ausgegangen werden kann.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
POSITIONIERUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS

4. Positionierungen zum Nationalsozialismus

Im voranstehend begutachteten Zeitraum wurden auf allen Parteebenen Positionierungen der AfD zum Nationalsozialismus festgestellt (siehe hierzu Kapitel E. I. 4). Während eine ausdrückliche Befürwortung, Rechtfertigung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus in den obigen Ausführungen nicht zum Tragen kam, fanden sich hingegen unterschiedliche Formen der Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Verbrechen. Darüber hinaus belegen einige der Äußerungen eine Negation der fortlaufenden aus dem Nationalsozialismus resultierenden moralischen und rechtlichen Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland.

Im Folgenden ist zu prüfen, ob während des Bundestagswahlkampfes weiterhin Positionierungen der AfD-Vertreterinnen und -Vertreter zum Nationalsozialismus festzustellen sind, die Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen und inwieweit sich aus diesen entweder eine Mäßigung oder aber eine weitere Verdichtung der Verdachtsmomente erkennen lässt.

a. Beschönigende und verharmlosende Darstellung des Nationalsozialismus

Im untersuchten Wahlkampfzeitraum ist ein Sachverhalt bekannt geworden, der eine unmittelbar positive Haltung eines AfD-Kommunalpolitikers gegenüber dem historischen Nationalsozialismus zum Ausdruck bringt und in dieser expliziten Deutlichkeit im Vergleich zu den sonstigen AfD-Positionierungen zum NS-Regime eine Ausnahme darstellt.

In einem Presseartikel vom 20. Februar 2025 wurde ein Foto veröffentlicht, das Stefan Kühn (Mitglied im Stadtrat Gräfenhainichen und im Wittenberger Kreistag, ST) auf einem Gruppenfoto zeigt, auf welchem er vor einer modifizierten Reichskriegsflagge von 1933 mit Reichsadler und Eisernem Kreuz posiert. Eine neben ihm abgebildete Person zeigt auf diesem Foto den Hitlergruß:³⁰³⁷

³⁰³⁷ Mitteldeutsche Zeitung: „AfD-Politiker unter Druck: Foto mit Hitlergruß aufgetaucht“ vom 20.02.2025, in: www.mz.de, abgerufen am 07.03.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
POSITIONIERUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS



Zwar fällt die von den Nationalsozialisten verwendete Reichskriegsflagge mit Eisernem Kreuz – also ohne Darstellung eines Hakenkreuzes – in Deutschland nicht unter das Verbot von NS-Symboliken nach § 86a StGB, doch wird sie vornehmlich von Rechtsextremisten als Ersatz für die verbotene Hakenkreuzflagge genutzt. Die Verwendung des Hitlergrußes hingegen ist strafbar nach § 86a StGB. Steffen Kühn distanziert sich offenkundig nicht von derartigen den Nationalsozialismus verherrlichenden Darstellungen, sondern scheint im Gegenteil eine gemeinschaftliche Gruppenposition zu vertreten.

Der AfD-Stadtrat und Bundestagskandidat Taras Maygutiak (BW) wurde im November 2024 wegen des Verwendens verfassungswidriger Kennzeichen (§ 86a StGB) verurteilt, nachdem er in einem Facebook-Eintrag – offensichtlich in gleichsetzender Absicht – eine Hakenkreuz- und eine Regenbogenfahne nebeneinander eingestellt hatte. Das Gericht wertete die Abbildungen nicht, wie von Maygutiak vorgebracht, als dokumentarisch gerechtfertigte und deshalb straffreie Darstellungsform.³⁰³⁸

³⁰³⁸ Badische Neueste Nachrichten: „Amtsgericht Offenburg: AfD-Stadtrat Maygutiak wegen Hakenkreuz-Post verurteilt“ vom 24.11.2024, in: <https://bnn.de>, abgerufen am 29.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
POSITIONIERUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS

b. Ablehnung der für die Bundesrepublik Deutschland aus dem NS-Regime folgenden rechtlichen, finanziellen und moralischen Verantwortlichkeiten

Wie oben bereits dargelegt, können sich Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bereits dann ergeben, wenn die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und die nach 1945 entstandene Erinnerungskultur von Vertreterinnen und Vertretern der AfD in pauschaler und geschichtsrevisionistischer Manier als „Schuld kult“ diskreditiert werden. Diesem rechts-extremistischen Narrativ folgend sei die Erinnerung an den Nationalsozialismus den Deutschen als angebliche „Kollektivschuld“ von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs aufgezwungen worden, um Deutschland und das deutsche Volk fortgesetzt unterdrücken und finanziell ausbeuten zu können. Eine damit verbundene – zu großen Teilen völkerrechtlich bindende – moralische, rechtliche und finanzielle Verantwortungsübernahme wird dabei pauschal zurückgewiesen und die Dimension und Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen negiert.

Besonders eindrücklich erscheint in diesem Zusammenhang ein Videobeitrag des bayerischen Landtagsabgeordneten Benjamin Nolte mit dem Titel „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!“, der vom Deutschland-Kurier am 18. Februar 2025 auf YouTube veröffentlicht wurde:

„Während linke Ideologen fordern, Straßennamen zu ändern, Denkmäler abzureißen und alles, was nach deutscher Geschichte riecht, auszulöschen, klat-schen CDU und CSU artig Beifall. Brauchtum und Tradition, für diese Leute nur etwas, das stört. Stattdessen schwelgt man lieber in multikulturellen Utopien und belehrt uns, warum wir uns für unsere eigene Geschichte schämen sollten. Wir von der AfD sagen, es reicht. Unser Brauchtum und unsere Tradition sind kein Relikt aus der Vergangenheit. Sie sind Teil unserer Identität und unserer Zukunft. Wir stehen für den Schutz von Denkmälern und Traditionen. Abrissbirnen gehören auf Baustellen, aber nicht an unsere Geschichte. Gedenkkultur

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS

*ohne Schuldkult. Wir gedenken mit Respekt unserer Ahnen Werk und das ohne uns ständig auf Knien zu entschuldigen.*³⁰³⁹

Zwar knüpft die Äußerung hier zunächst an die politische Diskussion an, ob Straßennamen von bestimmten Personen – auch solchen, die zu anderen Zeiten als dem Nationalsozialismus, beispielsweise dem Kaiserreich lebten – abzuändern seien. Aufgrund der Allgemeinheit seiner Ausführungen und der Tatsache, dass viele der diskutierten Fälle Personen mit nationalsozialistischen Bezügen betreffen, bezieht er die diesbezügliche Erinnerungspolitik auch mit ein. Nolte diffamiert so die geleistete Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, welche er als regelrechte Auslöschung „deutscher Geschichte“, Denkmäler und Traditionen verunglimpft. Mit seiner Formulierung „Gedenkkultur ohne Schuldkult“ lehnt er jede weitere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ab, wodurch die aus der NS-Vergangenheit gezogenen Lehren nicht länger bedeutsam für die heutige Politik wären. Vielmehr solle der deutschen Geschichte nicht schambehaftet, sondern in positivem Sinne („mit Respekt“) gedacht werden, ohne sich „ständig auf Knien [...] entschuldigen“ zu müssen. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wird damit als lästig dargestellt. Seine Ausführungen stehen der identitätsprägenden Bedeutung des Nationalsozialismus für die verfassungsrechtliche Ordnung im Sinne eines Gegenentwurfs grundsätzlich entgegen.

Ähnlich – wenn auch weniger radikal – argumentierte auch Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) in einem Tweet vom 26. Januar 2025. Darin teilte dieser einen Beitrag über die Grußbotschaft von Elon Musk während der Wahlkampfauftaktveranstaltung der AfD in Halle (ST) am Vortag und kommentierte ihn wie folgt:

„Bin #ElonMusk unendlich dankbar für seine Rede. Mit seiner Unterstützung werden wir unser Verhältnis zu unserer Geschichte normalisieren. Vernünftige, wohldosierte, historische Beschäftigung mit der #NS-Zeit ja, aber Schluß mit dem Schuldkult! Vergangenheit vergehen lassen! #AfD“³⁰⁴⁰

Auch Hans-Thomas Tillschneider fordert einen „Schlussstrich“ hinsichtlich des „Schuldkult[s]“ und empfiehlt, die „Vergangenheit vergehen zu lassen“. Er verlangt

³⁰³⁹ Nolte, Benjamin: „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.02.2025, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 18.02.2025.

³⁰⁴⁰ Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 26.01.2025, abgerufen am 29.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS

hier keine ganzheitliche Überwindung der Erinnerungskultur, sondern billigt zumindest noch eine „vernünftige, wohldosierte, historische Beschäftigung“ mit der NS-Vergangenheit. Der von ihm verwendete „Schuldkult“-Begriff marginalisiert jedoch bereits für sich genommen die verbrecherische Dimension des Nationalsozialismus und die daraus resultierende historische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland.

In diesem Zusammenhang sind auch die folgenden Verwendungen des Begriffs zu bewerten:

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, nach der Bundestagswahl 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) hielt am 8. Februar 2025 in Paderborn (NW) eine Wahlkampfrede, in der von den „Schuldkultmühlen des Establishments“ sprach:

„Und ich bin froh, dass diese Menschen sich zu uns stellen, häufig sogar mutiger sind, weil sie nicht durch die Schuldkultmühlen des Establishments getrieben wurden und uns auch animieren zu sagen: ‚Kämpft um unsere gemeinsame Heimat. Wir stehen an eurer Seite.‘“³⁰⁴¹

Mit den „Schuldkultmühlen des Establishments“ greift Helferich die Vorstellung auf, wonach die etablierten Parteien die von den Siegermächten nach dem Zweiten Weltkrieg angeblich auferlegte „Kollektivschuld“ des deutschen Volkes aktiv reproduzierten und sich damit letztlich der Unterdrückung durch selbige beugten.

In der am 2. Februar 2025 ausgestrahlten Talkshow „Caren Miosga“ zeigte sich die Co-Bundessprecherin und Kanzlerkandidatin der AfD Alice Weidel (MdB, BW) verärgert darüber, dass man „Schuldkult“ mittlerweile „nicht mehr sagen“ dürfe. Auf die Nachfrage der Moderatorin hin, ob sie den Begriff, also „ein Vokabular aus dem Bereich des neurechten und rechtsextremen Geschichtsrevisionismus“, bewusst benutze, erwiderte Weidel:

„Schuldkult ist Schuldkult. Nein, ja, natürlich nicht. Aber es ist ja auch völlig egal. Also mittlerweile ist ja auch sämtliche Sachen, die man nicht mehr sagen darf.“

³⁰⁴¹ Helferich, Matthias: Wahlkampfrede am 08.02.2025 in Paderborn; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Utopia TV Deutschland“, abgerufen am 10.02.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
POSITIONIERUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS

*Man darf Schwachkopf nicht mehr sagen zu einem totalen unfähigen Energie- und Wirtschaftsminister.*³⁰⁴²

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) verwendete im Dezember 2024 auf X die geschichtsrevisionistische Bezeichnung „*Weltkriegs-Schuldkomplex*“, die inhaltlich letztlich ebenfalls an die „Schuld kult“-Erzählung anknüpft. So verbreitete er dort anlässlich der öffentlichen Kritik an der Unterstützung der AfD durch Elon Musk einen englischsprachigen Fremdbeitrag und kommentierte diesen mit dessen deutscher Übersetzung:

*„Was jetzt in Deutschland passiert, entscheidet die Zukunft Europas. Wenn die Deutschen endlich ihren Weltkriegs-Schuldkomplex loswerden, war es das für die Globalisten. Deutschland ist/war ihre wichtigste Bastion. Deshalb drehen sie so durch, wenn Musk die @AfD unterstützt.“*³⁰⁴³

Neben der wiederholten Verwendung des rechtsextremistischen Begriffs des „Schuld kults“ fanden sich in den während des Bundestagswahlkampfes angefallenen Verlautbarungen auch Argumentationsmuster, die als Täter-Opfer-Umkehr zu beschreiben sind, die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen und die Verantwortung des Deutschen Reiches für den Zweiten Weltkrieg negieren.

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, etwa kommentierte am 19. Februar 2025 den folgenden Fremdbeitrag auf X:

*„Man stelle sich vor, der britische Premier Chamberlain hätte im September 1939 den Polen gesagt: ‚Selbst schuld am Krieg mit Hitler, er hat euch doch davor ein Angebot für einen Deal gemacht. Warum musstet ihr so stur sein?‘ Reagan dreht sich im Grab rum, wenn er sieht wie Trump sich schwach an Putin anschleimt.“*³⁰⁴⁴

Küble antwortete diesbezüglich:

„Das wäre richtig gewesen. Dann wäre uns allen, vor allem Großbritannien selbst, viel erspart geblieben. Stattdessen gab es Weltkrieg. Offenbar wollen

³⁰⁴² ARD: „Was für ein Deutschland wollen Sie, Frau Weidel?“; veröffentlicht in: www.ardmediathek.de am 02.02.2025, abgerufen am 03.02.2025.

³⁰⁴³ Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 31.12.2024, abgerufen am 02.01.2025. (Doppelverwendung eines Belegs aus dem Kapitel F. I. 1.d.)

³⁰⁴⁴ Küble, Fabian: Tweet vom 19.02.2025, abgerufen am 04.04.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH
POSITIONIERUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS

*Leute wie sie das wieder. Sie sind gefährlich. Gut das Trump damit nun Schluss macht.*³⁰⁴⁵

Indem Küble die ursprüngliche Äußerung zustimmend kommentiert, beschuldigt er Polen in faktenwidriger Weise der Kriegstreiberei. Mit der Behauptung, Polen sei wesentlicher (Mit-)Verursacher des Zweiten Weltkriegs, nimmt Küble eine perfide Täter-Opfer-Umkehr vor, die das NS-Regime (als eigentlich Schuldigen) gänzlich von seiner Verantwortung freispricht. Diese Sichtweise widerspricht sämtlichen Ergebnissen der historischen und politikwissenschaftlichen Forschungen der vergangenen Jahrzehnte. Überdies stellt dies eine Verharmlosung derjenigen Verbrechen dar, die das NS-Regime gegen Polen und auf besetztem polnischem Territorium begangen hat.

Einen weiteren geschichtsrelativierenden Aspekt greift ein von Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, ab Februar 2025 MdB, SN) am 9. November 2024 geteilter Tweet mit folgendem Inhalt auf:

„Am 9. November, diesem geschichtsträchtigen Gedenktag, geht einem auf, dass es gar keinen Gedenktag für die größte ethnische Säuberung aller Zeiten gibt, die Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa.

*Und das bei etwa 14 Millionen Betroffenen! #Ostpreußen #Schlesien*³⁰⁴⁶

Krah befürwortet einen Gedenktag für die angeblich „größte ethnische Säuberung aller Zeiten“, mit der er auf die Flucht und Vertreibung deutscher Minderheiten aus den ehemaligen Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg rekurriert. Es erscheint besonders verwerflich, diese Aussage ausgerechnet am 9. November zu veröffentlichen – also an jenem Gedenktag, der an die von den Nationalsozialisten initiierten Pogrome gegen Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich im Jahr 1938 erinnert. Denn die Reichspogromnacht markiert den historischen Beginn des Holocaust. In seiner Äußerung nimmt Krah somit eine Relativierung vor, indem er den systematischen NS-Genozid an sechs Millionen Jüdinnen und Juden und weiteren Minderheiten mit der Zwangsmigration der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aufwiegt. Im Ergebnis verharmlost er damit die verbrecherische Dimension des NS-Regimes und nimmt indirekt ebenfalls eine Täter-Opfer-Umkehr, vor, da er die Verantwortlichkeit der Nationalsozialisten in Bezug auf den Beginn des Zweiten Weltkriegs, ohne

³⁰⁴⁵ Ebd.

³⁰⁴⁶ Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 09.11.2024, abgerufen am 27.11.2024.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS

dessen Ausbruch es nicht zur millionenfachen Vertreibung von Deutschen gekommen wäre, bewusst ausklammert.

c. Nationalsozialistisch geprägter Sprachgebrauch

Wie bereits in Kapitel E. I. 4. dargelegt, fand in der Partei nach der Verurteilung Björn Höckes (MdL TH) 2023 wegen der SA-Losung „Alles für Deutschland!“ im Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung keine kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit einer solchen Rhetorik statt. Stattdessen wurden die diesbezüglichen Gerichtsurteile bewusst verharmlosend von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern kommentiert – auch von der Co-Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel.

Im Zuge des Bundestagswahlkampfes etablierte sich der Ausruf „Alice für Deutschland“ als Wahlkampfspruch. Er wurde etwa auf dem Bundesparteitag im Januar 2025 in Riesa (SN) in einer Rede Jörg Urbans (MdL SN) zum offiziellen Wahlspruch in Sachsen ernannt³⁰⁴⁷ und von mehreren Mitgliedern auf Schildern des AfD-Bundesvorstands (Peter Boehringer (MdB, BY, stellvertretender Bundessprecher, Mitglied der Bundesprogrammkommission), Hannes Gnauck (MdB, BB, Beisitzer), Dennis Hohloch (MdL BB, Schriftführer) und Heiko Scholz (MdL HE, Beisitzer) auf der Bühne beworben:³⁰⁴⁸



³⁰⁴⁷ T-online: „AfD-Parteitag - Die Maske ist gefallen“ vom 11.01.2025, in: www.t-online.de, abgerufen am 24.03.2025.

³⁰⁴⁸ Livestream zum AfD-Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Am selben Tag veröffentlichte Björn Höcke (MdL TH) auf X ein Foto des Bundesparteitags, auf welchem er Alice Weidel (MdB, BW) zu deren formeller Wahl zur AfD-Kanzlerkandidatin durch die Partei gratulierte. Dazu schrieb er:

„Alice für Deutschland! #AfDBPT“³⁰⁴⁹

Am 25. Januar 2025 wurden beim Wahlkampfauftakt der AfD Sachsen-Anhalt in Halle abermals blaue Schilder mit der Aufschrift „Alice für Deutschland“ verteilt. So war etwa Tim Pöhlmann (Kreisvorstandsmitglied der AfD Mittelsachsen und damaliger Vorsitzender der JA Mittelsachsen) auf Facebook mit einem solchen Pappschild zu sehen.³⁰⁵⁰ Zudem sollen laut Medienberichterstattung auch Baseball-Caps mit dem Slogan als Textaufdruck auf der Veranstaltung zu sehen gewesen sein.³⁰⁵¹

Auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD Hessen am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) verwendete auch der hessische Co-Landessprecher Andreas Lichert (MdL HE) den Slogan „Alice für Deutschland“ in einem Redebeitrag:

„Und weil das so ist, werden wir am 23. Februar abräumen. Und weil wir die beste Kandidatin haben. Du bist nicht nur die Kanzlerin der Herzen und der Hirne. Am 23. Februar wirst du die Kanzlerin aller Deutschen! Alice für Deutschland!“

Daraufhin skandierte das Publikum: „Alice für Deutschland! Alice für Deutschland!“³⁰⁵²

Auch Oliver Kirchner (MdL ST) griff den Slogan in einer Rede auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Sachsen-Anhalt am 22. Februar 2025 in Magdeburg (ST) auf.³⁰⁵³

Auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD Brandenburg am 14. Februar 2025 in Frankfurt/Oder (BB) trat der als Björn Banane bekannte Björn Winter auf und trug dort unter Einbindung des Publikums seinen Song „Alice für Deutschland“ vor. Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schloss seine Rede auf der Veranstaltung ebenfalls mit dem Ausruf „Alice für Deutschland“, woraufhin erneut das Lied von Björn Banane

³⁰⁴⁹ Höcke, Björn: Tweet vom 11.01.2025, abgerufen am 03.02.2025.

³⁰⁵⁰ Pöhlmann, Tim: Facebook-Eintrag vom 25.01.2025, abgerufen am 24.03.2024.

³⁰⁵¹ Stern: „AFD-WAHLKAMPFAUFTAKT - Und übermorgen die Macht!“ vom 25.01.2025, in: www.stern.de, abgerufen am 24.03.2025.

³⁰⁵² Lichert, Andreas: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 03.02.2025.

³⁰⁵³ Kirchner, Oliver: Redebeitrag am 22.02.2025 in Magdeburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2025, Kanal: „Landesverband AfD Sachsen-Anhalt“, abgerufen am 24.03.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS

gesungen wurde. Berndt und weitere Redner des Abends standen dabei klatschend und teilweise mitsingend im Hintergrund auf der Bühne.³⁰⁵⁴

Des Weiteren kann die Nutzung des Hashtags „#AlicefürDeutschland“ in den sozialen Medien im Wahlkampfzeitraum für dreizehn weitere Abgeordnete der Bundes- und Landesebene belegt werden.³⁰⁵⁵

Die AfD setzt sich also weiterhin nicht kritisch mit der SA-Losung „Alles für Deutschland“ auseinander. In offensichtlich provozierender Absicht wurde vielmehr die phonetisch nahezu gleichlautende Formel „Alice für Deutschland“ auf Wahlkampfveranstaltungen und auch auf dem jüngsten Bundesparteitag vom Bundesvorstand selbst umso häufiger verwendet und skandiert.

d. Zwischenfazit

Unter den im Wahlkampfzeitraum angefallenen Äußerungen zum Nationalsozialismus von AfD-Repräsentantinnen und -Repräsentanten der Bundesebene bis zur Kommunalebene fanden sich insbesondere solche, die auf dem im geschichtsrevisi-onistischen Diskurs üblichen „Schuld kult“-Narrativ fußen. Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Sinne der vorherrschenden Erinnerungspolitik wird hierbei abgelehnt und die aus der NS-Diktatur resultierende moralische und rechtliche Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland negiert oder zumindest herabgewürdigt. Vereinzelt wird dies auch mit Argumentationsmustern der Täter-Opfer-Umkehr verbunden, wodurch die verbrecherischen Handlungen des NS-Regimes insgesamt verharmlost und die zugrunde liegende menschenfeindliche Ideologie beschönigt werden.

³⁰⁵⁴ Björn Banane: „AfD WINTER FEST IN FRANKFURT (ODER)“ am 14.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Björn Banane“ am 14.02.2025, abgerufen am 31.03.2025.

³⁰⁵⁵ Hess, Martin: Facebook-Eintrag vom 19.12.2024, abgerufen am 24.03.2025; Münzenmaier, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 27.12.2024, abgerufen am 24.03.2025; Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 28.12.2024, abgerufen am 24.03.2025; Winhart, Andreas: Facebook-Eintrag vom 30.12.2024, abgerufen am 24.03.2025, Frohnaier, Markus: Facebook-Eintrag vom 07.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Kaufmann, Michael: Facebook-Eintrag vom 11.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 12.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Tritschler, Sven: Facebook-Eintrag vom 18.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Nguyen, Anna: Facebook-Eintrag vom 20.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Frömming, Götz: Facebook-Eintrag vom 25.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 14.02.2025, abgerufen am 24.03.2025; Tabor, Tommy: Facebook-Eintrag vom 17.02.2025, abgerufen am 24.03.2025. Wald, Daniel: Facebook-Eintrag vom 23.02.2025, abgerufen am 24.03.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

POSITIONIERUNGEN ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Mit dem modifizierten Ausruf „Alice für Deutschland“ wurde ein der SA-Losung „Alles für Deutschland“ phonetisch ähnlicher Slogan provozierend im Wahlkampf eingesetzt, u. a. durch Björn Höcke oder durch den Bundesvorstand selbst. Eine kritische Auseinandersetzung ist somit auch hier weiterhin nicht erkennbar.

Die unmittelbar befürwortende Positionierung eines AfD-Kommunalpolitikers zum historischen Nationalsozialismus blieb im untersuchten Zeitraum des Bundestagswahlkampfes eine singular festgestellte Ausnahme und kann insoweit nicht mit Blick auf die Partei generalisiert werden.

In der Gesamtschau der aufgeführten Belege lässt sich keine die Partei insgesamt prägende positive Positionierung der AfD zum historischen Nationalsozialismus feststellen. Anhaltspunkte für eine geschichtsrevisionsistische Relativierung der Dritten Reichs sind jedoch in der AfD weiterhin verbreitet.

II. Bundestagswahlprogramm 2025

Das auf dem Bundesparteitag am 11./12. Januar 2025 in Riesa (SN) beschlossene Wahlprogramm für die Bundestagswahl umfasst 177 Seiten.

Neben dem Grundsatzprogramm sind Wahlprogramme die wichtigsten programmatischen Schriften einer Partei. Mit letzterem gibt die Partei eine Schrift heraus, mit der sie ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele und Vorhaben für die kommende Legislaturperiode öffentlich kommuniziert. Besondere Relevanz erhalten Wahlprogramme somit durch die Tatsache, dass sie im Gegensatz zu den meist zeitlich beständigeren Grundsatzprogrammen immer nur für die Dauer der jeweiligen Legislatur beschlossen werden und somit regelmäßig neu verfasst und ausgehandelt werden müssen. So können durch den Vergleich von Wahlprogrammen auch programmatische Änderungen oder aber Kontinuitäten einer Partei festgestellt werden. Da Programme nach intensiven und langwierigen innerparteilichen Diskussionen durch den Bundesparteitag als höchstem Parteigremium verabschiedet werden, können sie unmittelbar der Bundespartei zugerechnet werden. Im Falle der AfD wurde das Bundestagswahlprogramm auf dem Bundesparteitag mit nur wenigen Enthaltungen einstimmig angenommen, wodurch die breite Akzeptanz in der Partei nochmals unterstrichen wird.

Das Bundestagswahlprogramm ist somit von Relevanz im Hinblick auf die Bewertung des Auftretts der Partei. Im Folgenden ist es deshalb auf tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu bewerten.

1. Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen

Zu prüfen ist, ob die AfD auch in ihrer repräsentativen programmatischen Schrift einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff vertritt. Die AfD spricht an mehreren Stellen von einer spezifischen europäischen oder deutschen Identität und Kultur, die es zu schützen gelte. So bringt sie zum Ausdruck, dass sie die Bewahrung der europäischen Kulturen und Identitäten als zentrale gemeinsame Interessen einer neu zu gründenden europäischen Gemeinschaft sieht.³⁰⁵⁶ Auch stellt sie die Forderung nach einer „deutsche[n] Leitkultur statt ‚Multikulturalismus‘“ auf.³⁰⁵⁷

³⁰⁵⁶ Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 140.

³⁰⁵⁷ Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 170.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

ETHNISCH-ABSTAMMUNGSMÄßIGE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Speziell heißt es im Abschnitt „Familie und Demografie“:

„Kinder sichern nicht nur den Fortbestand unserer Gesellschaft, weil sie die Bindeglieder in der Folge der Generationen sind. Sie sind für die Eltern auch sinnstiftend und geben dem Leben jenseits materieller Güter eine Bedeutung. Kinder stehen sowohl für eine sich stetig ändernde Zukunft als auch für die Weitergabe der eigenen Kultur, der Traditionen und Fähigkeiten ihres Volkes. Durch eine aktivierende Familienpolitik strebt die AfD eine Geburtensteigerung und damit die demografische Wende in Deutschland an, die nicht nur das individuelle Glück der Eltern, sondern auch unsere Kulturweitergabe sicherstellt und die Sozialsysteme stabilisiert.“³⁰⁵⁸

Dass diese „Kulturweitergabe“ aus Sicht der AfD in der aktuellen Situation aufgrund der demografischen Entwicklung und der Migrationsströme gefährdet ist, wird auch im darauffolgenden Abschnitt deutlich:

„Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit Mitte der 1970er Jahre weit unterhalb des Niveaus zur Bestandserhaltung. Inzwischen gibt es dringenden Handlungsbedarf, weil damit nicht nur ein Kulturabbruch droht, sondern auch der Zusammenbruch unserer Sozialversicherungen.“³⁰⁵⁹

Ferner heißt es im Kapitel „Zeit für Zusammenhalt – Kultur und Medienpolitik“:

„Unsere Identität ist geprägt durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur. Letztere ist durch das Christentum, das antike Erbe, die Aufklärung, volkstümliche Traditionen sowie unsere künstlerischen und wissenschaftlichen Werke wesentlich beeinflusst. Die deutsche Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und uns von anderen unterscheidet. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates. Die gemeinschaftsstiftende Wirkung der deutschen Kultur ist Fundament unseres Grundgesetzes und kann nicht durch einen Verfassungspatriotismus ersetzt werden.“³⁰⁶⁰

Die voranstehenden Äußerungen sind jedoch insgesamt nicht verfassungsschutzrelevant. Die Forderung nach einer gemeinsamen kulturellen Basis exkludiert für sich

³⁰⁵⁸ Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 145.

³⁰⁵⁹ Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 146.

³⁰⁶⁰ Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 170.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDEN- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

genommen nicht etwa Menschen mit Migrationsgeschichte, da eine Leitkultur nicht gleichzusetzen ist mit einem gänzlichen Zwang zur Assimilation.

Damit weicht das Wahlprogramm deutlich von den festgestellten Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären hierzu ab.

2. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

Im Wahlprogramm finden sich in geringem Umfang Aussagen, die als Anhaltspunkte für eine pauschale Herabwürdigung von Migrantinnen und Migranten herangezogen werden können. So heißt es bezogen auf Asyl- und Migrationspolitik:

„In den vergangenen Jahrzehnten wurden die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland so ausgestaltet, dass das Land zum Hauptanziehungspunkt insbesondere für Armutsmigranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika geworden ist. Zusätzlich entfalten deutsche Sozialsysteme eine enorme Sogwirkung und setzen gewaltige Migrationsströme in Bewegung. In Verbindung mit der unverantwortlichen Politik der offenen Grenzen, die die unkontrollierte, millionenfache Zuwanderung noch befeuert, sendet die Bundesregierung damit den Interessen unseres Landes völlig entgegengesetzte Signale aus. Die Folgen davon sind ungesteuertes Bevölkerungswachstum, Überforderung der Staatsfinanzen, signifikant ansteigende Kriminalität, Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme und des Wohnungsmarktes.“³⁰⁶¹

Migrantinnen und Migranten wird implizit der Fluchtgrund abgesprochen, indem behauptet wird, allein der deutsche Sozialstaat provoziere bereits die Einreise „gewaltige[r] Migrationsströme“. Die aus dieser behaupteten Motivation heraus eingewanderten Menschen werden so als elementare und alles überragende Ursache für gesamtgesellschaftliche Problemlagen angeführt.

Im Unterabschnitt „Jugendstrafrecht“ des Kapitels „Innere Sicherheit“ findet sich zudem die folgende pauschale und unbelegte Behauptung:

³⁰⁶¹ Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 100.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

FREMDE- UND MINDERHEITENFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Die Anzahl jugendlicher und heranwachsender Straftäter hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen; besonders auffällig sind hierbei Personen mit Migrationshintergrund.“³⁰⁶²

Damit werden besonders Deutsche mit Migrationsgeschichte unter den Generalverdacht erhöhter Kriminalität gestellt.

Das Wahlprogramm enthält zudem die konkrete Forderung nach „Remigration“:

„Unser Maßnahmenkatalog zur Umkehr dieses migrationspolitischen Staatsversagens heißt Remigration und umfasst folgende Maßnahmen, die bereits heute der geltenden Rechtslage entsprechen oder sich jedenfalls mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen lassen:

- *Wir werden vollziehbar ausreisepflichtige Personen konsequent abschieben und bestehende Fehlanreize (Bürgergeld, Bleiberechte für Ausreisepflichtige, Turboeinbürgerung) abstellen. Ebenso werden wir in diesem Zusammenhang Anreize zur freiwilligen Rückkehr ausbauen.*
- *Wenn der Fluchtgrund entfällt – wie aktuell in Syrien –, endet der Schutzanspruch, der zeitlich begrenzt ist und keinesfalls eine Anwartschaft auf eine dauerhafte Einwanderung begründet. Hierzu sind umgehend Widerrufsverfahren einzuleiten und Verhandlungen mit den Herkunftsländern aufzunehmen. Hierin sehen wir ein großes Remigrationspotential, welches auch durch die Herkunftsländer selbst eingefordert wird.*
- *Ausländische Gefährder, Extremisten und schwere Straftäter werden wir vorrangig zurückführen.*
- *Die Ausweisung ausländischer Straftäter insbesondere bei Gewalt-, Drogen- und Sexualdelikten sowie bei der organisierten und Clankriminalität werden wir deutlich erleichtern.*
- *Dem Import ausländischer Konflikte auf deutschem Boden werden wir nicht länger tatenlos zusehen. Das gilt für die Ausrufung des Kalifats genauso wie für muslimischen Antisemitismus. Die Remigration ausländischer Straftäter werden wir auch in diesem Zusammenhang deutlich erleichtern.“³⁰⁶³*

³⁰⁶² Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 118.

³⁰⁶³ Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 101.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Der Terminus „Remigration“ wurde durch einen Beschluss des Bundesparteitags bewusst in das Programm eingefügt, nachdem er im ursprünglichen Entwurf nicht enthalten gewesen war. Im hier zitierten Fall wird er scheinbar synonym für Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen verwendet und bezieht sich in allen Fällen auf Forderungen, aus denen keine Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ableitbar sind. Gleichwohl handelt es sich um den gezielten Rekurs auf einen Begriff, der innerhalb der AfD – wie oben in Kapitel E. I. 1. b, S. 257 (Verweis OVG). umfassend dargelegt – mehrheitlich in einem fremdenfeindlichen Kontext benutzt wird. Eine überzeugende Abkehr von dieser gängigen Praxis ist aufgrund der bloßen programmatischen Verbalbekundung – die gleichsam überdeutlich den Hinweis enthält, alle aufgezählten Maßnahmen entsprächen der geltenden Rechtslage – nicht zu sehen. Der willentliche Rekurs auf einen Begriff, den Gerichte in der üblichen Verwendungspraxis der AfD als Anhaltspunkt für menschenwürdigewidrige Bestrebungen bewerten, legt nahe, dass die Partei beim Postulat einer konsequenten „Remigration“ über die im Wahlprogramm genannten Fallkonstellationen hinaus Ausweisungen durchsetzen will und sich nicht etwa nur auf die generell oder unmittelbar ausreisepflichtigen Ausländer³⁰⁶⁴ beschränken möchte. Die ständige Forderung bei Parteiveranstaltungen, in Social-Media-Posts oder auf Wahlkampfauftritten nach einer „*millionenfachen Remigration*“ (siehe oben) übersteigt die Zahl der tatsächlich ausreisepflichtigen Menschen um ein Vielfaches. Insgesamt stehen jedoch auch die tendenziell fremdenfeindlichen Bekundungen im Wahlprogramm deutlich hinter den in sonstigen Äußerungen von Parteivertreterinnen und -vertretern festgestellten Anhaltspunkten zurück.

3. Muslim- und Islamfeindliche Aussagen und Positionen

Vergleichsweise konkretisierte Anhaltspunkte finden sich in Bezug auf eine mögliche Verletzung der Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen sowie eine verfassungsschutzrelevante Positionierung gegenüber dem Islam als Religion.

³⁰⁶⁴ Die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer in Deutschland betrug Ende 2024 220.808 Menschen, davon 178.512 Geduldete und 42.296 unmittelbar Ausreisepflichtige. Vgl. Statista: „Anzahl der ausreisepflichtigen und geduldeten Ausländer in Deutschland von 2015 bis 2024“, in: de.statista.com, abgerufen am 12.04.2025.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

So wurde das Wahlprogramm durch einen Änderungsantrag um die folgende Aussage ergänzt:

*„Der Bau von Minaretten und der Muezzinruf sind zu untersagen.“*³⁰⁶⁵

Hierzu hatte bereits das OVG Nordrhein-Westfalen in seiner Entscheidung vom 13. Mai 2024 festgestellt, dass in der pauschalen, unabhängig von möglichen allgemein geltenden baurechtlichen Vorgaben, erhobenen Forderung, den Bau von Moscheen oder Minaretten zu verbieten, eine konkrete Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen liegt, die deren Menschenwürdegarantie dadurch verletzt, dass ihnen allein wegen ihres Glaubens der Bau bestimmter religiöser Gebäude unmöglich gemacht werden soll, während Christen oder andere Religionsgemeinschaften vergleichbare religiöse Bauten errichten dürfen.³⁰⁶⁶

Im Rahmen der Aussprache zu diesem Antrag wurde durch den Vertreter der Bundesprogrammkommission und durch weitere Redner auf die Problemlage hinsichtlich der gerichtlichen Auseinandersetzungen mit dem Verfassungsschutz hingewiesen, was letztlich aber nicht verhinderte, dass die Mehrheit der Delegierten dem Antrag zustimmte. Die Aussage, dass die AfD den Islamunterricht ablehnt, weil nur so der Herausbildung von Parallelgesellschaften entgegengewirkt werden könne, sollte laut Änderungsantrag eigentlich aus „rechtlichen Gründen“ gestrichen werden. Letztlich zog die Bundesprogrammkommission diesen Antrag aber zurück, sodass sich die Aussage nun doch im Programm wiederfindet. Daher ist davon auszugehen, dass sich die AfD bewusst mit der Bewertung der Thesen durch das Gericht als verfassungsfeindlich auseinandersetzte und sie ungeachtet dessen in das Programm aufnahm. Besonders mit Blick darauf, dass das Programm im Übrigen weitestgehend verfassungsschutzrechtlich neutrale Thesen enthält, kommt der reflektierten Entscheidung für die Aufnahme gerade dieser Forderung besonderes Gewicht zu, da sie offensichtlich als unverhandelbar galt.

Weiterhin hatte der ursprüngliche Leitantrag noch an mehreren Stellen den Begriff „Islamisierung“ enthalten.³⁰⁶⁷ Dieser wurde zwar durch einen Änderungsantrag der

³⁰⁶⁵ Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 124.

³⁰⁶⁶ OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 241.

³⁰⁶⁷ AfD: „Leitantrag der Bundesprogrammkommission“ vom 28.11.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum, S. 63, 65, 79.